EU-Rettungsschirm: Wehrlos gegen Brüssel, S.2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 35 – 4. September 2010

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Wehrlos gegen Brüssel
Muss EU-Rettungsschirm bald erstmals zahlen? – Karlsruhe enttäuscht 2

Preußen / Berlin

Funke Wiedergutmachung
Späte Einsicht: Bodenreform-Opfer sollen ihr Land günstig zurückkaufen können 3

Hintergrund

Gezauste Streitmacht
Obwohl die Konflikte um knappe Ressourcen zunehmen, rüstet Deutschland ab 4

Deutschland

Teurer Kompromiss
Sicherungsverwahrung im Sinne des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte 5

Ausland

Japaner bleiben lieber unter sich
Tokio hält Einwanderer fern 6

Kultur

Rekonstruktion als Ziel
Motive für Wiederherstellung zerstörter Gebäude 9

Geschichte

Einheit ohne Osten
1990: »Zwei-plus-Vier-Vertrag« wird unterschrieben 10



Auf ihn mit viel Gebrüll: Nur wenige Buchvorstellungen erleben einen Medienrummel wie bei Thilo Sarrazin. Bild: action press

Front gegen das Volk

Der Fall Sarrazin zeigt, wie weit sich die Politik von den Bürgern entfernt hat

Während sich Politiker in ihrem Entsetzen über Thilo Sarrazins Äußerungen überbieten, erhält er aus dem Volk breite Zustimmung.

Selten zeigte sich ein derart tiefer Graben zwischen der politischen Führung dieses Landes und weiter Teile, wenn nicht gar der großen Mehrheit des Volkes. Die führenden Politiker aller Bundestagsparteien waren sich lange nicht mehr so einig wie in der Verdammung von Thilo Sarrazin. Was sich hingegen in den überquellenden Leserforen, gedruckt und vor allem im Internet, zeigt, ist breite Zustimmung für die vergangene Woche von Sarrazin vorveröffentlichten Teile seines Buches und seine in zahlreichen Interviews geäußerten Thesen.

Kennzeichnend für die Stimmen aus dem Volk ist vor allem die Qualität der Beiträge. Es ist eben nicht „dumpfes Stammtischniveau", das dort zutage tritt, wie einige Politiker, Lobbyisten und Medienmacher reflexhaft behaupten. Was sich in den massenhaften Reaktionen äußert, ist die ernste Sorge von Menschen, die sich durchaus differenziert und kenntnisreich mit den Problemen auseinandersetzen, die sie durch die muslimische Einwanderung hervorgerufen sehen.

Wie »repräsentativ« ist unser Parteiensystem noch?

Nichts davon will man „oben" wissen: Mit aller Unerbittlichkeit soll Thilo Sarrazin an den Rand gedrängt, gesellschaftlich abgeurteilt werden. Die Hoffnung ist, dass Sarrazin bald vergessen ist und sich das Volk schon wieder beruhigen wird. Die erst im vergangenen März 93-jährig verstorbene Pionierin der deutschen Meinungsforschung, Elisabeth Noelle-Neumann, nannte diesen Prozess die „Schweigespirale": Von mächtigen Meinungsmachern dekretiert wird eine bestimmte Meinung mit solcher Wucht verbreitet (und die gegenläufige verworfen), bis zunächst niemand mehr wagt, gegen das Meinungsdekret öffentlich aufzutreten.

Später wagt er auch nicht mehr, im privaten Rahmen zu widersprechen, und eines Tages möchte er nicht einmal mehr „politisch inkorrekt" denken, passt sich auch innerlich an. In diesem Stadium dann sind die Abweichler endgültig zum Schweigen gebracht.

Angesichts der Menge an Sarrazin-freundlichen Reaktionen aus dem Volk erscheint es allerdings zum derzeitigen Stand fraglich, ob die „Spirale" hier noch wirkt. Der Unwille, den bisherigen Bahnen der offiziellen „Integrationsdebatte" zu folgen, hat kaum geahnte Ausmaße angenommen. Es hat sich eine innere Distanz zwischen „unten" und „oben" aufgebaut, die in den Zentralen der Macht offenbar lange nicht wahrgenommen wurde.

Doch wenn die „Repräsentanten des Volkes" in einer so existenziellen Frage wie Immigration und Integration per Einheitsfront gegen eine klare Mehrheit des Volkes auftreten, dann werden bald Fragen laut, wie „repräsentativ" unser Parteiensystem überhaupt noch ist. Die Debatte ist Wasser auf die Mühlen derer, die sagen, dass unser Parteienspektrum das Meinungsspektrum der Deutschen längst nicht mehr angemessen widerspiegelt.

Hans Heckel

Hans Heckel:

Erbärmlich

Als hätten sie darauf gewartet: Thilo Sarrazins ungeschickte Auslassung über ein „Juden-Gen" ließ seine Widersacher erst richtig von der Leine. Damit gab ihnen der Querdenker die Gelegenheit zu tun, was sie von Anfang an wollten – die Diskussion niedertrampeln, indem man ihren Auslöser moralisch vernichtet.

Sarrazin hatte offenbar einige jüngere Forschungsergebnisse gelesen. US-Forscher haben ermittelt, dass aschkenasische Juden genetische Gemeinsamkeiten aufwiesen, die auf eine sehr alte gemeinsame Abstammung hindeuteten. Ein einzelnes Gen, das alle Juden teilten, fanden sie indes nicht. Darin allein liegt Sarrazins Ungenauigkeit, aus der man ihm nun eifrig den Strick drehen will.

Das ist erbärmlich. Und es macht noch deutlicher, wie nackt die politischen Parteien, Gewerkschaften, Lobbyisten und selbst Wirtschaftskapitäne dastehen, wenn es um die fatalen Versäumnisse der Einwanderungspolitik geht. Siemens-Chef Peter Löscher meint, schon jetzt habe die Debatte dem „internationalen Ansehen des Standortes Deutschland mit Sicherheit geschadet". „Mit Sicherheit" soll heißen: Er weiß es nicht, hat aber vorsorglich schon mal Angst davor.

Löscher deckt auf, wie diese Art von „Elite" denkt. Bloß nicht drüber sprechen, und wenn, dann nur alles schönreden. So passiert schon nichts, oder erst später, wenn wir nicht mehr in der Verantwortung sind. Das genau ist es, was Sarrazin anprangert. Die Mächtigen des Landes denken nur in kurzen Zeiträumen und ignorieren aus Feigheit und Opportunismus die langfristigen Folgen ihres Handelns.

Sperriger Tag

Medien schweigen über den 23. August

Nur ein minimales Medienecho fand der Europäische Tag des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus am 23. August. Dieser Gedenktag geht auf eine Initiative des früheren tschechischen Präsidenten Václav Havel und Mitgliedern des EU-Parlaments im Juni 2008 zurück. In der „Prager Erklärung" forderten sie, jeweils am Jahrestag der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes vom 23. August 1939 europaweit der Opfer der beiden totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts – Nationalsozialismus und Stalinismus – zu gedenken.

Stalins Opfer werden lieber ignoriert

Obwohl dieser Gedenktag „quer" zur üblichen Bevorzugung der NS-Opfer in der deutschen und europäischen Geschichtspolitik liegt, fand er eine breite Mehrheit im EU-Parlament, das ihn im April 2009 mit 533 gegen 44 Stimmen einführte. Von deutschen Medien und Politikern wird dieser bemerkenswerte Gedenktag weithin ignoriert. Die Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV) nahm ihn jedoch zum Anlass, an die ungelöste Problematik der Vertreibung von rund 20 Millionen Europäern nach dem Zweiten Weltkrieg zu erinnern (Seite 6). *K.B.*

CDU-Kronprinz freut sich auf Stegner

Schleswig-Holstein muss neu wählen: Beide Lager geben sich siegesgewiss

Für die Grünen in Schleswig-Holstein war der 30. August ein Glückstag. Die Entscheidung des Landesverfassungsgerichts Schleswig-Holstein, den schleswig-holsteinischen Landtag vorzeitig aufzulösen, war eine Reaktion auf eine Klage der Partei. Das Gericht hatte entschieden, dass der amtierende Landtag „auf verfassungswidriger Grundlage" gewählt worden sei und bis spätestens 30. September 2012 Neuwahlen durchgeführt werden müssen.

Die Grünen, der SSW als Partei der dänischen Minderheit und 50 Bürger hatten geklagt: Es könne nicht angehen, dass die Oppositionsparteien – SPD, Grüne, SSW und Linke – bei der Wahl im September 2009 zwar 27 000 Wählerstimmen mehr einfuhren als CDU und FDP, letztere dennoch eine Mehrheit im Parlament erhalten haben. Wenn jede Wählerstimme gleichviel wert sei, könne diese Rechnung nicht aufgehen.

Streit um »schiefe Mehrheit« entschieden

Das bestehende Landeswahlrecht, das übrigens unter einer rot-grünen Landesregierung zustande kam, sei nicht verfassungsgerecht. Die Aufteilung des Landes in 40 Wahlkreise führe zwangsläufig durch Überhangmandate zu einer Aufblähung des Landtages (statt der vorgesehenen 69 Abgeordneten gehören gegenwärtig 95 dem Landesparlament an). Da den anderen Parteien nur ein Teil der Überhangmandate ausgeglichen wurde, sei das Ergebnis der Wahl verzerrt worden.

Außerdem verlangt das Landesverfassungsgericht als Konsequenz ein neues Wahlrecht bis zum 31. Mai 2011 und vorgezogene Neuwahl bis spätestens zum 31. September 2012.

Noch am Abend des Urteils zog Ministerpräsident Peter Harry Carstensen eine erste Konsequenz. Entgegen seiner bisherigen Pläne wird er am 18. September nicht wieder als Landeschef der CDU kandidieren. Dafür ist nun Fraktionschef Christian von Boetticher vorgesehen.

Während die Oppositionsparteien jetzt auf eine möglichst baldige Neuwahl drängen, möchten CDU und FDP die ihnen vom Gericht zugestandene Frist möglichst weit ausnutzen.

Doch noch während SPD-Chef Ralf Stegner triumphiert, eine „Regierung auf Abruf" vor sich her treiben zu wollen, feixt der nominierte CDU-Chef von Boetticher, falls die SPD den in der Bevölkerung absolut unbeliebten Stegner als Ministerpräsidenten-Kandidaten aufstelle, sei das für die CDU „wie sechs Richtige im Lotto".

Klaus J. Groth

MELDUNGEN

Gewinner der Abo-Aktion

Hamburg – Vom 9. Juli bis zum 20. August lief das Gewinnspiel dieser Zeitung für neue Abonnements. Inzwischen wurden die 20 Gewinner ausgelost. Der erste Preis von 500 Euro geht an unseren neuen Leser Hans-Joachim Kroschewsky in Hennigsdorf. Den zweiten Preis gewann Neuleser Prof. Dr.-ing. Hermann Flessner aus Hamburg, er kann sich über 350 Euro freuen. Den dritten Preis von 100 Euro gewann Hans Gontard im bayerischen Greding. Weitere 17 neue Leser haben das Buch „50 Thesen zur Vertreibung“ des US-amerikanischen Völkerrechtlers und Historikers Alfred M. de Zayas gewonnen. Allen Gewinnern herzlichen Glückwunsch! Ihnen und den anderen Teilnehmern unserer Verlosung Woche für Woche viel Freude mit der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*! Weitere Gewinnspiele sind geplant. *PAZ*

Geben Türken Pauluskirche frei?

Ankara – Der Chef der türkischen Religionsbehörde (Diyanet), Ali Bardakoglu, hat sich dafür ausgesprochen, die Pauluskirche in Tarsus wieder für Gottesdienste zu öffnen. Wie er gegenüber der Zeitung „Milliyet“ erklärte, fände er es „richtiger, wenn die Pauluskirche als Gotteshaus genutzt werde statt als Museum“. Es sei nicht verständlich, den Christen die Abhaltung religiöser Zeremonien in diesem Gebäude zu verbieten. Die mittelalterliche Kirche war 1943 verstaatlicht worden. Während des von der katholischen Kirche ausgerufenen Paulusjahres vor zwei Jahren war das Gebäude dank einer Sondergenehmigung zwischenzeitlich für Gebete geöffnet. CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe begrüßte Bardakoglus Vorstoß. „Für Christen in aller Welt wäre es ein wichtiges Signal, wenn gerade in der Kirche im Geburtsort des Apostel Paulus wieder Gottesdienste gefeiert werden könnten“, sagte er. *idea*

Wehrlos gegen Brüssel

Muss EU-Rettungsschirm bald erstmals zahlen? – Karlsruher Richter enttäuschen Hoffnungen

Während das Bundesverfassungsgericht sich vergangene Woche bewusst dem Europäischen Gerichtshof unterwarf, werden die Gefahren des Euro-Rettungsschirmes für die Bürger kleingeredet.

Alles ist gut, alles ist fein, so der Tenor der Aussagen von Klaus Regling, dem Chef des Europäischen Rettungsfonds. Doch der Zeitpunkt, zu dem er diese Aussagen traf, war ein eindeutiger Beweis dafür, dass eben nicht alles „auf Entspannung“ hindeutet, wie er behauptet. Denn der unbekannte Regling trat erst ins Licht der Öffentlichkeit, nachdem die Ratingagentur Standard & Poor’s Irlands Kreditwürdigkeit weiter heruntergestuft hatte.

Das hat zur Folge, dass sich das bereits stark überschuldete Euro-Land nun zu höheren Zinsen am Geldmarkt refinanzieren muss und das macht für die Iren die von Regling geführte, erst im Juni ins Leben gerufene Finanzmarktstabilisierungsfazilität (EFSF), die wesentlicher Bestandteil des Euro-Rettungschirmes ist, interessant. Denn während das wirtschaftlich deutlich instabilere Griechenland nach seiner Beinahe-Pleite auf ein eigenes EU-Hilfspaket zurückgreifen kann, das ihm Geld zu niedrigeren Zinsen anbietet, als Athen regulär am Kapitalmarkt zahlen müsste, wird Dublin voll zur Kasse gebeten. Zwar müssen die Iren aufgrund besserer wirtschaftlicher Basisdaten auch am Kapitalmarkt weniger zahlen als die Griechen, die inzwischen wieder 11,4 Prozent Euro für zehnjährige Anleihen berappen müssen, doch auch Irland wird bald um die sechs Prozent erübrigen müssen. Geld von der EFSF wäre vermutlich billiger, auch wenn es mit viel bürokratischen Aufwand und Auflagen verbunden wäre, doch da allein im Monat September 13 Milliarden Euro staatsgarantierter Bankanleihen fällig werden, können derartige Erschwernisse Irland nicht unbedingt schrecken. Und auch in Portugal und Spanien muss man neue Schulden in Milliardenhöhe aufnehmen, um alte Schulden zurückzuzahlen.

Doch Klaus Regling beteuert unverdrossen, dass alle Euroländer, auch Spanien, Portugal und Griechenland, in den letzten Wochen kein Problem gehabt hätten, Geld an den Märkten aufzunehmen. „Das alles deutet auf Entspannung hin“, so der EFSF-Chef, der der EU-Kommission untersteht. Zwar hat er recht, dass derzeit alle Euro-Länder Geld am Kapitalmarkt bekommen, doch den zum Teil exorbitanten Preis lässt er genauso unerwähnt wie die zum Teil unerfreulichen aktuellen Wirtschaftsdaten, die aus vielen der bereits angeschlagenen Ländern kommen. Wie eine Erholung so möglich sein soll, zumal über den Atlantik eine unerfreuliche Wirtschafts-Nachricht aus den USA nach der nächsten schwappt, bleibt im Nebel. Und auch wenn Regling überzeugt ist, dass eine Inanspruchnahme der EFSF „äußerst gering“ sei, so bemüht er sich derzeit um ein gutes Rating bei den drei seit der Bank-

EU-Konstrukt lässt Ratingagenturen zögern

enkrise umstrittenen, aber immer noch tonangebenden US-Ratingagenturen. „Die Gespräche dauern etwas, die EFSF ist ja eine ungewöhnliche Gesellschaft“, versucht der deutsche Spitzenbeamte die Tatsache zu überspielen, dass die Ratingagenturen offenbar Probleme haben, das „ungewöhnliche“ Konstrukt einzuschätzen, schließlich sind hier die 16 Euro-Länder Aktionäre, Bürgen und potenzielle Kreditnehmer in einer juristischen Person, die sich ohne aufsichtsrechtliche Kontrolle am Kapitalmarkt fremdfinanzieren wollen. Und während Standard & Poor's, Moody's und Fitch darüber grübeln, wie sie die Kreditwürdigkeit des Fonds einschätzen sollen, war gegen diesen zuvor vergeblich am deutschen Bundesverfassungsgerichtshof in Karlsruhe Klage eingereicht worden. Doch aus Sicht der Karlsruher Richter waren die Argumente der Bundesregierung für eine deutsche Beteiligung, die Berlin im schlimmsten Fall nach bisherigen Schätzungen 148 Milliarden Euro kosten könnte, gewichtiger, als die der Klageerheber.



Euro-Statue in Brüssel: Der Euro schweißt jene EU-Länder, die ihn führen, noch enger zusammen.

Die Griechenland- und Euro-Rettung sind vielen Deutschen ähnlich unheimlich wie die Folgen des seit 1. Dezember 2009 gültigen Lissabon-Vertrages. Wo hört die EU auf und wo fängt Deutschland an? Die nationalen Grenzen sind nur noch auf Landkarten klar auszumachen, die Grenzen der jeweiligen Einflussnahme verschwimmen immer mehr, wie ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes letzte Woche erst wieder bewiesen hat. Dabei lagen auf Karlsruhe die letzten Hoffnungen jener, die meinen, dass die EU zu viel Einfluss auf nationale Belange erhält. Selbst Ex-Bundespräsident Roman Herzog hatte an die deutschen Verfassungsrichter appelliert, doch sein Aufruf „Stoppt den Europäischen Gerichtshof“ in der „FAZ“ verhallte so gut wie unbeachtet. Nur der 2005 auf Initiative der CDU/CSU in Richteramt in Karlsruhe gelangte Herbert Landau sah die zur Überprüfung vorliegende Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes als Kompetenzüberschreitung an, schließlich würde deren sogenanntes Mangold-Urteil in den Bereich Arbeits- und Sozialpolitik fallen. Diese seien laut EU-Verträgen aber noch eindeutig nationale Einflusssphäre. Doch seine Kollegen aus dem zweiten Senat um Andreas Vosskuhle urteilten anders. Und nicht nur das, sie betonten sogar, künftig nur noch einzuschreiten, wenn EU-Institutionen ihre Kompetenzen in „schwerwiegender Weise“ überschreiten würden.

„Deutschland hat seit 1950 sehr viel Gutes getan und wird dies weiter tun. Aber welches Deutschland“, fragte der britische Thriller-Autor Frederick Forsyth, der sich selbst als EU-, aber nicht europakritisch bezeichnet, unlängst im „Focus“. „Ein ins Zaumzeug gespannter Ackergaul, der Tag und Nacht schuftet, um für die Faulenzer unter ihren Olivenbäumen zu bezahlen? Oder eine stolze Nation, die auf ihrer nationalen Souveränität beharrt, die bereit ist, mit Brüssel zusammenzuarbeiten, sich aber nicht einer undemokratischen Regierung in einer belgischen Stadt unterwirft?“ *Rebecca Bellano*

Die Schulden-Uhr:

Pensionen im Visier

Der Betrag 1,8 Billionen Euro machte vergangenes Wochenende die Runde durch die Medien. So viel würden die Pensionsverpflichtungen für die bis zum Jahr 2050 ausscheidenden Beamten die bereits jetzt überstrapazierten Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden in etwa kosten. Der CDU-Abgeordnete Jens Spahn, der bereits als „Rentnerschreck“ in Erscheinung trat, will nach der Sommerpause in Berlin eine Reform der Pensionen mit Eintrittsalter 68 initiieren. „Es wird zu Recht als ungerecht empfunden, wenn die Pension sich nach dem Verdienst der letzten drei Jahre berechnet, für die Bemessung der Rente zählt aber das gesamte Berufsleben“, klagt Spahn. Bel

1.707.350.080.842 €

Vorwoche: 1.705.227.889.707 €
Verschuldung pro Kopf: 20 885 €
Vorwoche: 20 859 €

(Dienstag, 31. August 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Waffenkäufe dank Konflikt

Der Nahe Osten rüstet auf und geht im Westen auf Einkaufstour

Angesichts der akuten Kriegsgefahr im Nahen Osten verdienen Waffenverkäufe oder Geschenke dorthin besondere Aufmerksamkeit: Schrecken sie ab oder erhöhen sie die Risiken? Werden Bedrohungen gar aufgebauscht, um die Umsätze zu erhöhen? Auf jeden Fall wird die andere Seite, etwa der Iran, zu noch mehr eigenen Anstrengungen veranlasst.

Die USA, der mit Abstand größte Waffenexporteur, haben soeben Verkäufe im Ausmaß von 60 Milliarden Dollar an die arabischen Golfstaaten genehmigt, um ihnen militärische Überlegenheit über den Iran zu garantieren. Zugleich erhält auch Israel modernstes Gerät. Mit Unterschieden: An die Ölscheichs wird bar verkauft, und Israel profitiert wie zuvor von US-Militärprogrammen, sprich vom Steuerzahler.

Außerdem kriegen die Saudis abgespeckte F15, die nicht mit den neuesten Zielsystemen und Langstreckenwaffen ausgerüstet sind, Israel aber die neuen, für Radar praktisch unsichtbaren F-35L-Kampfflugzeuge. Damit sei die Lufthoheit Israels gesichert, erklärte der israelische Verteidigungsminister Ehud Barak befriedigt. Zugleich drängt Israel die Bundesrepublik Deutschland, sich auch an der Lieferung des sechsten hochmodernen Dolphin-U-Boots wieder „finanziell zu beteiligen“ – obwohl Israel die Boote für atomare Marschflugkörper umrüstet.

Unabhängig von den realen Möglichkeiten des Iran rentiert es

Auch Israel ließ die IAEA eiskalt abblitzen

sich also auch für manche westlichen Staaten, Teheran möglichst bedrohlich darzustellen. So auch die Inbetriebnahme des AKW in Buschehr und die jüngsten iranischen Raketentests. Dabei geht unter, dass es zwischen einem Test und der Serienreife gewaltige Unterschiede gibt, und dass Buschehr unter Kontrolle Russlands und der Internationalen Atombehörde (IAEA) steht.

Interessanterweise ging in der Berichterstattung weitgehend unter, dass IAEA-Chef Yukiya Amano vorige Woche in Israel von der Regierung komplett ignoriert und Forderungen auf Zutritt zu israelischen Atom-Anlagen kalt abgeschmettert wurden.

Auch Russland bemüht sich vermehrt um Waffenexporte. Aber anders als für die UdSSR hat der kommerzielle Aspekt Vorrang – und zudem stößt man wegen des Eigenbedarfs an Kapazitätsgrenzen. Während ein MiG-29 Geschäft mit Algerien platzte, ist Libyen wie einst ein Abnehmer von Kampfflugzeugen, Panzern und Luftabwehrsystemen. An die Saudis wurden konkrete Angebote unterbreitet, Ausgang offen. Der Jemen will MiG-29SMT-Jäger, Kampf- und Transporthubschrauber, T-72M1 Panzer und Luftabwehrsysteme SS-300 haben – deren Auslieferung an den Iran Russland auf US-Druck weiter verzögert. Syrien, wo Russland den alten Sowjet-Stützpunkt Tartus für Kreuzer und Flugzeugträger ausbaut, ist zwar ein alter Kunde, aber mit begrenzten Mitteln. Bemerkenswerterweise hat ein Sprecher von Präsident Dmitrij Medwedew jüngste israelische Meldungen dementiert, dass Israel dränge, keine Überschall-Seezielraketen an Syrien zu liefern, weil diese an die Hisbollah gehen könnten. *R. G. Kerschhofer*

Längst entbehrlich

Auch Stoiber konnte Koch nicht halten

Man hätte den Verlauf des Telefongesprächs gerne mitverfolgt. Laut „Bild“ soll der CSU-Ehrenvorsitzende und ehemalige Ministerpräsident Bayerns, Edmund Stoiber, bei Kanzlerin Angela Merkel (CDU) angerufen haben. Sie solle Roland Koch als Finanzminister ins Bundeskabinett holen, so Stoiber angeblich. Doch Merkel schwieg eisern, trotz schlechter Umfragewerte.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Steffen Bilger machte sich bereits Hoffnungen: „Wenn es gelänge, Koch ins Kabinett zu holen, wäre das ein großer Schub für die Landtagswahlen im nächsten Jahr.“ Der Bonner Politologe Gerd Langguth hielt Stoibers angeblichen Vorschlag gegenüber „Bild“ gar für einen „Coup“, der „die Stimmung für die Union“ gedreht hätte. Doch ansonsten blieb die Resonanz auf diesen möglichen „Coup“ verhalten und so nahm Roland Koch am 31. August seinen Abschied als hessischer Ministerpräsident und aus der Politik.

Stoibers von „Bild“ in Umlauf gebrachtes Gesuch offenbart die Panik in den Reihen der Union. Mit Koch ging der letzte markante Kopf von Bord, der die konservative Stammwählerschaft anlockte, so hallt es durch den Blätterwald.

Hesse hat Kurs der CDU nicht beeinflusst

Stoibers taktisches Kalkül ging ins Leere, auch weil es mittlerweile zu durchschaubar gewesen wäre. Koch, der lange als künftiger Kanzler-Kandidat und Merkel-Rivale galt, hatte dem in der Basis so ungeliebten Kurs der Partei nur selten etwas entgegenzusetzen. In den Medien stilisierte man ihn zwar zum „konservativen Hardliner“, doch nur, weil es sonst niemanden gab. Dabei ließ er es sich nicht nehmen, vor seinem offiziellen Rücktritt in einem Interview mit dem „Stern“ nochmal darauf hinzuweisen, für seine Integrationspolitik von der türkischen Regierung gelobt worden zu sein. Auch Schwarz-Grün erteilte er keine eindeutige Abfuhr.

Koch war für viele Konservative an der Basis längst entbehrlich, sie hegten keine Hoffnungen mehr. Der Hesse verlasse nur das sinkende Schiff, lautete ihr Tenor. *Carlo Clemens*

Böses Erwachen in Schönefeld

Von Harald Fourier

Nicht nur die Fertigstellung des neuen Großflughafens in Schönefeld bei Berlin verzögert sich. Es gibt nun auch noch einen handfesten Streit um die Gebühren, die die Fluggesellschaften – letztlich also die Fluggäste – an den Flughafen entrichten müssen. Betroffen sind vor allem die „Billigfluggesellschaften“ wie Easyjet oder Air Berlin, bei denen jeder Euro zählt. Für Easyjet könnten die Flughafengebühren um fast 200 Prozent steigen!

Alternativen haben die Kunden bald nicht mehr, weil auch der Flughafen Tegel geschlossen wird. Zwar liebäugeln die Billigfluggesellschaften mit Abwanderung an andere Standorte, aber das sind leere Drohungen. Wohin wollten sie denn gehen? Eine Bahnfahrt zum Leipziger Flughafen dauert 100 Minuten und kostet fast 90 Euro (hin und zurück). Fahrten nach Hamburg oder Hannover sind noch teurer.

Außerdem ist der kostenbewusste Berliner Fluggast nicht so wichtig für die Fluggesellschaften. In Berlin wird überwiegend „hereinkommender“ Flugverkehr abgewickelt, also Besucher, die nach Berlin fliegen – und nicht Berliner, die eine Reise unternehmen. Die gibt es auch, aber sie sind nicht so zahlreich wie die Besucher.

Für die Berlinbesucher aus dem Ausland kommt ein anderer Flughafen nicht in Betracht. Ein deutscher Urlauber, der nach Rom reist, würde ja auch nicht aus Kostengründen nach Neapel fliegen und dann den Zug nehmen. Er wird den höheren Preis bezahlen oder gleich ein günstigeres Reiseziel ansteuern.

Deswegen ist die Flughafengesellschaft in einer günstigen Situation: Sie kann die Preisschraube bis zum Anschlag drehen. 2012 wird der Flughafen Tegel geschlossen, dann ist auch der letzte Konkurrent von Schönefeld beseitigt. Was mit der Schließung des Flughafens Tempelhof vor zwei Jahren begonnen hat, ist dann Realität: Schönefeld hat ein Monopol und diktiert folgerichtig die Preise. Die jetzt vorgesehene Gebührenerhöhung von durchschnittlich 30 Prozent ist nur der Anfang.

Diese Entwicklung ist nicht vom Himmel gefallen. Bürgermeister Klaus Wowereit hat es vor der Volksabstimmung 2008 immer wieder gesagt: Die Betreiber des Großflughafens verlangen die Schließung der anderen Flughäfen. Warum wohl? Natürlich hat er die Gründe verschwiegen. Die Antwort: Weil sie genau dieses Monopol errichten wollten. Tempelhof kostet uns zu viel Geld, haben die Tempelhof-Gegner damals behauptet. Sie haben gelogen. Denn das nun errichtete Monopol wird die Berliner noch viel, viel mehr Geld kosten. Das wird ein böses Erwachen.

Ein Funke Wiedergutmachung

Späte Einsicht: Bodenreform-Opfer sollen ihr Land günstig zurückkaufen können



Zahllose, einst prachtvolle Herrenhäuser sind infolge der Enteignung durch die Kommunisten zu Ruinen verkommen: Das Gutshaus Üselitz in Vorpommern stürzte 1970 ein und verkam seither

Bild: pa

Für viele der 1945 bis 1949 in der sowjetischen Zone Enteigneten keimt neue Hoffnung auf. Zum 20. Jahrestag des Einigungsvertrages kommt aus mehreren Richtungen Bewegung in die Debatte um das ihnen geschehene Unrecht – in der Politik wächst das Drängen auf Wiedergutmachung. Allein die Linkspartei hält die Enteignung der „Junker“ noch heute für legitim.

„Den Betroffenen ist schweres Unrecht widerfahren“, stellt der FDP-Rechtspolitiker Max Stadler fest, „das wollen wir nicht einfach ruhen lassen.“ Der jetzige Parlamentarische Staatssekretär im Bundesjustizministerium setzte sich in den Koalitionsverhandlungen energisch für die Enteignungsopfer ein. Die FDP sorgte auch dafür, dass in den schwarz-gelben Koalitionsvertrag ein entsprechender Passus aufgenommen wurde, der lautet: „Wir werden eine Arbeitsgruppe bilden, die im Hinblick auf die Enteignungen in der SBZ von 1945 bis 1949 prüfen soll, ob es noch Möglichkeiten gibt, Grundstücke, die sich im Eigentum der öffentlichen Hand befinden, den Betroffenen zum bevorzugten Erwerb anzubieten.“ Aus dem Bundesfinanzministerium, das hier federführend ist, heißt es, man wolle den Prüfungsauftrag „sehr ernst“ nehmen. Stadler hofft durch eine Wiedergutmachung für die Alteigentümer auch auf neue Investitionen in den neuen Bundesländern.

Dagegen kommt von der Linkspartei scharfe Kritik: „Die FDP verstößt gegen einen wichtigen Konsens der Wendezeit“, meint die Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann, stellvertretende Vorsitzende der Linken in Brandenburg. Sie hält die Bodenreform für gerechtfertigt, wenngleich die „Radikalität der Bodenreform mit entschädigungsloser Enteignung, Ausschluss des Rechtsweges und Ausweisung der enteigneten Familien“ den „demokratischen Charakter beschädigt“ habe. Auch Linke-MdB Ulla Jelpke hält die Enteignungen nach wie vor „für völlig gerechtfertigt“, weil die Großgrundbesitzer „Kriegsverbrecher und Unterstützer des Naziregimes“ gewesen seien. Die vielen adligen Widerständler ignoriert sie.

> Linke verharrt in der alten SED-Propaganda

Damit wiederholt die Linkspartei fast ohne Abstriche die kommunistische Propaganda von 1945, die zur Enteignung von fast 12 000 Höfen führte. Die Schuld der „Faschisten“ und „Kriegsverbrecher“ wurde allerdings nie gerichtlich festgestellt. Unter dem Schlachtruf „Junkerland in Bauernhand“ enteigneten die sowjetischen Besatzer alle Grundbesitzer mit mehr als 100 Hektar Fläche: insgesamt mehr als drei Millionen Hektar Äcker, Weiden, Wiesen und Wälder, rund ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf dem Gebiet der späteren DDR. Hinzu kamen mehrere Tausend Immobilien und mittelständische Industriebetriebe.

Nach der Vereinigung wurden nur diejenigen Enteignungsopfer entschädigt, deren Grundstücke während der DDR-Zeit (ab 1949) verstaatlicht worden waren. Die sowjetische „Bodenreform“ ließ die Kohl-Regierung hingegen nicht antasten, weil dies eine Bedingung Russlands für die Vereinigung gewesen sei. Das Bundesverfassungsgericht folgte dieser Argumentation und lehnte 1991 und 1996 eine Restitution ab. Auch der Europäische Gerichtshof verweigerte den Alteigentümern 2005 alle Ansprüche. Allerdings hatte der ehemalige sowjetische Präsident Michail Gorbatschow schon 1998 erklärt, dass Russland eine solche Bedingung nie aufgestellt habe. Auch der damalige Verhandlungsführer auf westdeutscher Seite, der heutige Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, verneinte die Kenntnis einer solchen Bedingung. Im Jahr 2004 distanzierte sich sogar Alt-Bundeskanzler Hellmut Kohl von seiner damaligen Behauptung.

Heute bedauert der damalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts und spätere Bundespräsident Roman Herzog ausdrücklich, dass nach 1996 keine weiteren Schritte zu einer rechtlichen Wiedergutmachung unternommen wurden. Karlsruhe habe zum damaligen Zeitpunkt aufgrund der Tatsachenlage „nicht anders handeln können“. Das Gericht habe jedoch in seiner Urteilsbegründung den Opfern „alle rechtlichen Möglichkeiten offengelassen“. Er sehe gute Chancen für eine Wiedergutmachungsinitiative, erklärte der Jurist.

So keimt für zumindest etwa 600 000 Opfer eine späte Hoffnung auf. Es geht um Grundstücke im Wert von rund zwei Milliarden Euro mit einer Gesamtfläche von 500 000 Hektar. Sie gehören heute dem Bund und werden von der staatlichen Boden-Verwertungs- und Verwaltungsgesellschaft (BVVG) verwaltet. Davon sind etwa 420 000 landwirtschaftliche und 80 000 Hektar forstwirtschaftliche Fläche. Die Enteignungsopfer sollen sie nun verbilligt, etwa zu einem Viertel des Wertes, zurückkaufen können.

So könnte auch das Gut der Familie Bismarck im sachsen-anhaltischen Schönhausen oder die Schnapsbrennerei der von Fontane besungenen Ribbecks im Havelland an die Eigentümer zurückgehen. Kämpferisch gibt sich in einem Bericht der „Welt“ Albert Graf von Schlieffen. Der Urgroßneffe des kaiserlichen Generalfeldmarschalls und Autors des „Schlieffen-Plans“ kaufte für 100 000 Euro das verfallene Gutshaus seiner traditionsreichen Familie zurück. Nach der aufwändigen Renovierung des Hauses fehlt ihm aber das Geld für den Rückkauf von 1300 Hektar enteigneten Landes. Der heute 70-jährige Graf Schlieffen hofft jetzt auf die kostenlose Rückgabe des Bodens aus der Hand der BVVG. *Hinrich E. Bues*

Land der Billiglöhner

Brandenburg: Unsichere und schlechtbezahlte Stellen nehmen zu

Laut neuesten Zahlen prägen niedrige Löhne und unsichere Beschäftigung Brandenburgs Arbeitsmarkt in zunehmendem Maße. Die Studie „Betriebspanel Brandenburg 2009“ zeigt: 32 Prozent der Beschäftigten haben eine befristete Stelle, eine geringfügige Arbeit oder arbeiten in Teilzeit. 1996 fielen erst 19 Prozent in diese Kategorien. Die rot-rote Landesregierung stellte nun die Zahlen vor und kritisiert die Wirtschaft.

„Brandenburg muss vom Image eines Billiglohnlandes wegkommen“, fordert Andreas Bernig, Arbeitsmarktpolitischer Sprecher der Linkspartei. Vor zwei Jahren bemerkte die Linke: „Lohndumping weitet sich auch in Brandenburg immer mehr aus.“ Damit sei „fast das Niveau der USA erreicht“.

Die Landesregierung aus SPD und Linkspartei hat das Thema also für sich entdeckt – wieder einmal. „Der Anstieg von Minijobs und Teilzeitarbeit führt dazu, dass viele kaum von ihrem Lohn leben können“, sagt Arbeitsminister Günter Baaske (SPD) zur Vorstellung des Betriebspanels.

Brandenburgs Probleme mit Niedriglöhnen seien vor allem auf die geringe Qualifikation vieler

> Rot-Rot ließ EU-Fördergelder sausen

Arbeitnehmer zurückzuführen, erklärt Roswitha Schier, Arbeitsmarktexpertin der CDU im Landtag. Doch die rot-roten Forderungen an die Wirtschaft stellten nur ein Ablenkungsmanöver dar, denn die Strukturpolitik der Landesregierung bremse die Schaffung von guten Arbeitsplätzen.

Hier könnte es bald noch mehr Probleme geben: Potsdam hat die Höchstförderung durch die EU für den Süden Brandenburgs verloren. Ab 2011 schmelzen die EU-Mittel. Schuld daran ist die Landesregierung selbst: Vor drei Jahren lobte Potsdam einen Wettbewerb aus, um Jobchancen von Menschen ohne Schul- und Berufsabschluss zu verbessern. Mit bisher bescheidenem Erfolg, wie das aktuelle Panel zeigt.

Verantwortlich für die Projekte ist die Landesagentur für Struktur und Arbeit (Lasa). Als EU-Prüfern dort 2009 kein Einblick in die Verwendung der europäischen Fördermittel gewährt wurde, drehten sie den Geldhahn zu. Ein Skandal, den die rot-rote Regierung wochenlang dem Landtag verschwieg. Die Versäumnisse bei der Lasa wiegen umso schwerer, da sie nach eigenen Angaben eine „Vielzahl der Förderprogramme aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert“. Dafür ist bald noch weniger Geld da. Für die Entwicklung des Arbeitsmarktes kein guter Ausblick. *SV*

Tut Gutes und redet drüber

Berlin will seine Millionäre zum Spenden animieren

Oliver Friederici (CDU), Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, stellte vor zwei Jahren eine kleine Anfrage im Parlament, wie viele Einkommensmillionäre es in der Hauptstadt gebe. Die Antwort ergab für 2005 ganze 368, für das Folgejahr aber schon 404. Die neueste Zahl für 2007 weist sogar 562 Einkommensmillionäre aus. Wirtschaftsexperten sehen den Zuwachs indes nicht als Erfolg der rot-roten Regierung, sondern begründen ihn mit dem Hauptstadtcharakter.

Die vielen Millionäre sollen sich stärker engagieren und mehr spenden, wünschen sich Berliner Politiker. Dabei sollten sie ruhig mehr über ihre Spenden sprechen, empfiehlt Monika Helbig, Senatsbeauftragte für bürgerschaftliches Engagement. Statt „Diskretion an der falschen Stelle“ sollten sie die Hauptstädter wissen lassen, wie großzügig die Millionäre sind. Und damit Nachahmer zu animieren, so das Kalkül. Indes: Der bisherige Umgang mit spendablen Millionären, beispielsweise dem Berliner Hans Wall, zeigt, dass die Stadt auch selbst an ihrer Spendenkultur arbeiten muss. Wall will für den Wiederaufbau der historischen

> In der Hauptstadt fehlt vor allem das »alte Geld«

Bauakademie viel Geld geben. Der scheitert bisher aber an den wenig vorteilhaften Nutzungsbedingungen für Investoren durch die Stadt. Damit vermittelt Berlin die Botschaft, weder das Projekt noch die Spende zu wollen.

Die Steuerpolitik hält zudem reiche Zuzügler fern: Eine hohe Grunderwerbsteuer macht Berlin als neuen Wohnsitz unattraktiv. Potenziell spendenbereite Großverdiener stoßen sich zudem an der geringen Eigenleistung der Stadt, die zu starken sozialen Gegensätzen beitrage.

Klaus Wowereits Losung „arm aber trotzdem sexy“ lockt reiche Spender zudem kaum, ebenso wenig wie nächtliche Brandanschläge auf ihre Edelkarossen. Die gibt es in Hamburg auch, dennoch hat die Stadt rund 600 Einkommensmillionäre bei gut halb so vielen Einwohnern.

Neben der Schwäche der Berliner Wirtschaft macht der Stadt das Fehlen „alten Geldes“ zu schaffen: Alteingesessene Vermögende zogen nach dem Krieg weg, kehrten bisher selten wieder. Gerade die Zahl derer, deren jährliches Einkommen zwar nicht in Millionen zählt, die aber auf ein millionenschweres Vermögen blicken, ist in Berlin auffällig gering – auch im europäischen Vergleich. Laut Berliner Volksbank waren das 2008 rund 10 000 Menschen. *SV*

Zeitzeugen



Harald Kujat – „Derzeit steht ja die Frage nach der Wehrpflicht im Zentrum der Diskussion. Viel entscheidender sind aber sicherheitspolitische Fragen“, warnt der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr und damit höchster Offizier der Bundeswehr (2000–2002) Harald Kujat. „Welches sind unsere Interessen, welche Aufgaben muss die Bundeswehr im Rahmen der Bündnisse erfüllen? Welche Fähigkeiten braucht sie dafür, wie muss sie ausgestattet werden? Die Frage, ob dies mit der Wehrpflicht geschehen soll, resultiert daraus“, so der Militär, der von 2002 bis 2005 den Vorsitz des Militärausschusses der Nato inne hatte.



Peter Struck – Ziemlich zu Beginn seiner Amtszeit als Verteidigungsminister (2002–2005) ließ der SPD-Politiker die Verteidigungspolitischen Richtlinien neu überarbeiten. Darin steht nun: „Verteidigung heute umfasst allerdings mehr als die herkömmliche Verteidigung an den Landesgrenzen gegen einen konventionellen Angriff. Sie schließt die Verhütung von Konflikten und Krisen, die gemeinsame Bewältigung von Krisen und die Krisennachsorge ein. Dementsprechend lässt sich Verteidigung geographisch nicht mehr eingrenzen, sondern trägt zur Wahrung unserer Sicherheit bei, wo immer diese gefährdet ist. Die Vereinbarkeit internationaler Einsätze der Bundeswehr, die im Rahmen von Systemen kollektiver Sicherheit durchgeführt werden, mit der Verfassung wurde durch das Bundesverfassungsgericht und den Deutschen Bundestag bestätigt. Deutsche Verteidigungspolitik ist das Handeln Deutschlands zur Sicherheitsvorsorge im Rahmen seiner Außen- und Sicherheitspolitik. Streitkräfte sind ein wesentlicher Teil einer auf Vorbeugung und Eindämmung von Krisen und Konflikten zielenden Außen- und Sicherheitspolitik.“



Gerhard von Scharnhorst – Zusammen mit Carl Philipp Gottlieb von Clausewitz und August Graf Neidhardt von Gneisenau stand der preußische Heeresreformer 1807 als Vorsitzender der Militärreorganisations-Kommission vor der Herausforderung, die Napoleon unterlegene preußische Armee zu reformieren. Da der General am deutlichsten den Zusammenhang zwischen Militärreform und gesellschaftlichen Veränderungen erkannte, gilt er noch heute als der Vorbildlichste der Militärreformer der Zeit der Befreiungskriege.

Gezauste Streitmacht

Obwohl die Konflikte um knappe Ressourcen zunehmen werden, rüstet Deutschland ab

Alle vom Verteidigungsminister vorgestellten Modelle zur zukünftigen Struktur und Ausstattung der Bundeswehr haben eines gemeinsam: Die Fähigkeit zur „kollektiven Landesverteidigung“, sprich Bündnisverteidigung, im Rahmen der Nato wird aufgegeben.

150 Kampfpanzer haben nur symbolischen Wert. Die de facto Abschaffung der Wehrpflicht und die damit verbundene sinkende Anzahl von Reservisten, auf die im Bedarfsfall zurückgegriffen werden kann, verschärfen das Problem. Auch wird durch die dann fehlenden Reservisten eine wirksame Heimatschutzverteidigung aufgegeben.

Es ist richtig, dass Deutschland im Zentrum Mitteleuropas in absehbarer Zeit nicht durch einen massiven Angriff mit Panzern und Kampfflugzeugen bedroht ist. Es ist auch richtig, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr wahrscheinlicher bleiben und daher Priorität genießen. Aber gilt dieses Szenario eines relativ unwahrscheinlichen Falles einer „kollektiven Landesverteidigung“ für die gesamte Nato, die durch die Erweiterung nach Osten und Südosten näher an Konfliktregionen herangerückt ist?

Die neuen Mitgliedstaaten haben bei ihrem Beitritt auf die Solidarität der Bündnispartner – besonders der Vereinigten Staaten und Deutschlands – gesetzt. Auch wenn es keine automatische Beistandspflicht in der Nato gibt, so verlassen sich doch alle Nato-Mitgliedstaaten auf den Willen und die Fähigkeit ihrer Partner zum militärischen Beistand.

Quantität und Qualität müssen gleichermaßen stimmen

Außer einem symbolischen Beistand hat Deutschland seinen Partnern nichts mehr zu bieten. Die „kollektive Landesverteidigung“ ist nicht das einzige denkbare Szenario für den Einsatz kampfstarker militärischer Kräfte.

Bei einem Blick über den Tellerrand Mitteleuropas wird deutlich, dass schwere Konflikte um knappe Ressourcen – wie Wasser, Öl, Gas, „strategische“ Rohstoffe und Nahrungsmittel drohen – verflochten mit Folgen massiver Migration und des internationalen Terrorismus.

Als vom Import von Rohstoffen und dem ungehinderten Export hochwertiger Güter abhängiges Land muss Deutschland in der Lage sein, einen wirkungsvollen militärischen Beitrag zu gemeinsamen Missionen der Nato und der EU zu leisten.

Bei der Befreiung des Kosovo im Jahre 1999 war eine kampfstarke deutsche Brigade als „Speerspitze“ der Nato erfolgreich im Einsatz. Die Ebene der Brigade, bisher entscheidender Träger des „Gefechtes der verbundenen Waffen“ des Heeres, soll es in Zukunft nicht mehr geben.

Wer soll in Zukunft solche Einsätze zur „Friedenserzwingung“ im Gefecht führen? Die Bundeswehr braucht ein Mindestmaß an kampfstarken Verbänden, die einen wirkungsvollen Beitrag zur „kollektiven Landesverteidigung“ und zu Kampfeinsätzen zur „Friedenserzwingung“ leisten können. Sie braucht auch Offiziere und Unteroffiziere, die solche Kampfarten beherrschen.

Deutschland hatte dank der Qualität und Quantität seiner Streitkräfte ein hohes Ansehen in der Nato und – zum Glück – bei den ehemaligen potentiellen Aggressoren.

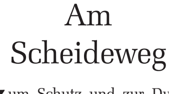
Die Bekanntgabe der Modelle kommt zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Die Nato erarbeitet in einem komplizierten Prozess die zukünftige Strategie, die auch den Spagat zwischen der „kollektiven Landesverteidigung“ und den Einsätzen im Rahmen der Krisenprävention und -bewältigung leisten muss.

Diese neue Strategie der Nato hätten die Mitgliedstaaten zu einem neuen Ansatz der Aufgabenteilung und Rollenverteilung nutzen können und müssen. Leider ist Deutschland dieser gemeinsamen Anstrengung zuvorgekommen. Aber noch ist Zeit, die Modelle kritisch zu prüfen und substanziell zu verändern. *D. Farwick*

Der Autor ist Brigadegeneral a. D. und Chefredakteur von www.worldsecurity-network.com. Er war Direktor des Militärischen Abschirmdienstes der Bundeswehr.



Für mehr als Kriegsspiele reicht es kaum: Selbst die neutrale Schweiz hat mehr Panzer als Deutschland hat und haben wird. Bild: ddp



Am Scheideweg

Zum Schutz und zur Durchsetzung ihrer vitalen Interessen brauchen kleinere und mittlere Staaten – wie Deutschland – politisch-militärische Allianzen. Im „Kalten Krieg“ war Deutschland größter Nutznießer der Nato. Deutschland hat seine Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit auch den Bündnispartnern zu verdanken, die glaubwürdig machen konnten, dass sie willens und fähig waren, Deutschland auf seinem Territorium gegen Erpressung und Angriffe zu verteidigen. Dafür haben sie über Jahrzehnte menschliche und materielle Opfer gebracht.

Vorbei und vergessen? Mit der Vorstellung der neuen Struktur der Bundeswehr kündigt Deutschland den Rückzug aus diesem Solidarpakt an. Kein Verbündeter kann sich künftig auf einen wirkungsvollen militärischen Beistand Deutschlands verlassen. Dies wird das Ansehen und den Einfluss Deutschlands im Bündnis und darüber hinaus weiter schwächen, zumal Deutschland noch bestehende Verpflichtungen gegenüber der Nato und der EU nicht mehr einhalten kann.

Welche Rolle soll Bundeswehr haben?

Im Inland wird die Bundeswehr noch weniger in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Das „freundliche Desinteresse“ (Ex-Präsident Horst Köhler) wird weiter zunehmen. Bei Naturkatastrophen kann die Bundeswehr nicht mehr schnell genügend Personal und Material zur Verfügung stellen. Öffentliche „Feierliche Gelöbnisse“ in den Standorten – immer ein besonderes Ereignis für die Soldaten, ihre Angehörigen und die Garnisonsgemeinde – werden kaum noch stattfinden können. In den Familien wird das Thema „Grundwehrdienst“ – und damit auch der Ersatzdienst – kaum noch eine Rolle spielen.

Die Bundeswehr steht am Scheideweg. *Dieter Farwick*

Vernunft und Emotionen

Verteidigung bleibt vor allem eine nationale Aufgabe

„Wir sind von lauter Freunden umzingelt“, so eine legendäre Äußerung vom damaligen Kanzler Helmut Kohl in den frühen 1990er Jahren. Damals zählte die Nato bloß 16 Mitglieder und selbst demokratische Lichtgestalten wie Vaclav Havel meinten, sie würde demnächst als überflüssig aufgelöst, nachdem ihr feindseliges Pendant, der Warschauer Pakt, mit dem Sturz des Kommunismus unrühmlich verschieden war. Doch Havel irrte: Seit 2007 zählen die EU 27, seit 2009 die Nato 28 Mitglieder, unter letzteren bis auf die früheren Sowjetrepubliken alle Länder des einst kommunistischen Ostblocks. Fachleute unterscheiden die Phasen Nato I (1949 bis 1989), Nato II (1990 bis 1999) und Nato III seither.

Die EU verfügt (wie auch die Nato) nicht über eigene Soldaten, möchte aber als „globaler Akteur“ auch zu zivilem oder militärischem Krisenmanagement befähigt sein. Das entsprechende Instrument war die 1992 in Maastricht geschaffene Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die im Maße verfehlter EU-Integration und eskalierender Weltkonflikte ungenügend war. Folglich wurde sie 1999 durch die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) verstärkt. An dieser können auch Nicht-EU-Staaten wie beispielsweise die Schweiz teilnehmen, und die Anschläge vom 11. September 2001 haben die Notwendigkeit vereinter Terrorabwehr demonstriert.

Freund und Feind wechseln im Laufe der Jahrzehnte

Und da liegt die Flinte im Korn, denn Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind und bleiben Domänen nationaler Regierungen. Die 27 EU-Staaten bieten derzeit 1,8 Millionen Soldaten auf und finanzieren Wehretats von zusammen 275 Milliarden Euro.

Diese Mittel verpuffen größtenteils, denn hinter ihnen stecken auch nationale Phobien. Beispielweise leisten sich die elf Millionen Griechen mit 134 000 Soldaten die relativ größte Armee Europas, für die sie 4,3 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts auswerfen, wo 1,7 Prozent europäischer Durchschnitt sind. Das hat jüngst den Unmut der OECD erregt, denn Athen hat keine Feinde, nur hausgemachte Ängste vor dem „Erzfeind Türkei“ (Nato-Partner) und dem „Landräuber Makedonien“ (EU-Beitrittskandidat).

Vor allem deutsche Rüstungsbetriebe profitieren von der griechischen Mittelverschwendung, die allein durch den Verkauf von rund 1000 Leopard-Panzern über zwei Milliarden Euro einstrichen. Dabei können die 330 modernsten Leopards seit Wochen nicht benutzt werden, weil dem fast bankrotten Land Geld für Treibstoff und Munition fehlt.

Überdimensioniert erscheinen auch die Armeen Polens (150 000), Rumäniens (62 000) und Tscheschiens (24 000). Der reale Nutzen aller Armeen ist gering, wie militärische ESVP-Missionen am Horn von Afrika, im Kosovo, in Afghanistan, Georgien zeigen: Hohe Kosten, viele Opfer, wenig Erfolg. Zum Glück geschah das Gros der 22 Missionen seit 1999 im zivilen Bereich. *Wolf Oschlies*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **8394**

Verlierer ist die Sicherheit

Sicherungsverwahrung: Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte erzwingt abenteuerliches Konstrukt

Mit einem Scheinkompromiss zur Sicherungsverwahrung für hochgefährliche Schwerverbrecher rettet das schwarz-gelbe Bündnis den Koalitionsfrieden, vermutlich auf Kosten der bedrohten Bevölkerung und in jedem Fall des Steuerzahlers. Der Fall zeigt, zu welch abenteuerlichen Rechtskonstruktionen Urteile Europäischer Gerichte Deutschland zwingen können.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg ist nicht – wie in breiten Kreisen der Bevölkerung fälschlich angenommen – eine Einrichtung der EU, sondern des Europarates. Hier fällen mitunter also auch Richter aus zweifelhaften Staaten Urteile über die Menschrechtslage in Deutschland und Italien – bekanntes Beispiel ist das Verdikt gegen Schulkreuze in Italien vom November 2009, als ausgerechnet ein türkischer Richter verkündete, das Symbol der Christenheit verstoße gegen die Menschenrechte.

Beinahe gleichzeitig, im Dezember 2009, entschied der EGMR, die rückwirkend verhängte unbegrenzte nachträgliche Sicherungsverwahrung in Deutschland sei ein Verstoß gegen das Rückwirkungsverbot – und damit gegen die Menschenrechte der aufgrund dieser Maßnahme einsitzenden Schwerverbrecher. Das Gericht hat also keineswegs – wie von FDP-Seite fälschlich behauptet – die nachträgliche Sicherungsverwahrung generell abgelehnt, sondern nur die rückwirkende nachträgliche Verhängung der unbegrenzten Sicherungsverwahrung aufgrund eines während der Haftzeit geänderten Gesetzes. Bis 1998 war die nachträgliche Sicherungsverwahrung nämlich auf zehn Jahre begrenzt, ehe eine Gesetzesänderung diese Schranke aufhob, um die Bevölkerung vor neuen Untaten haftentlassener Schwerverbrecher zu schützen – vor allem Sexualstraftäter und Mörder, bei denen die besondere Gefährlichkeit erst während der Haftzeit erkannt wird.

Der EGMR-Richterspruch könnte theoretisch rund 80 Gefangenen in Deutschland zur Freilassung verhelfen. 15 mussten bereits freigelassen werden – zum Schutz der Bevölkerung überwacht die Polizei diese Tätergruppe mit hohem personellen und finanziellen Aufwand rund um die Uhr. Die Zeit für eine Neuregelung drängt, denn im Lauf des Jahres könnten noch mehr der hochgefährlichen Schwerverbrecher auf freien Fuß kommen. Auch störte sich der EGMR daran, dass die Sicherungsverwahrung in der praktischen Umsetzung eine Verlängerung der Haft ist, also meist in Gefängnissen abgebüßt wird.

Der nun gefundene Kompromiss sieht so aus: Ein Großteil der bereits einsitzenden und offenbar gemeingefährlichen Schwerverbrecher soll mehr oder weniger für „psychisch gestört" erklärt werden, durch je zwei unabhängige Gutachter vor Landgerichten. Die Bundesländer sollen schnell (und mit Millionenaufwand) eigene geschlossene forensische Anstalten schaffen, in denen die Sicherungsverwahrten „therapiert" werden.

Wer entscheidet da eigentlich in Straßburg?

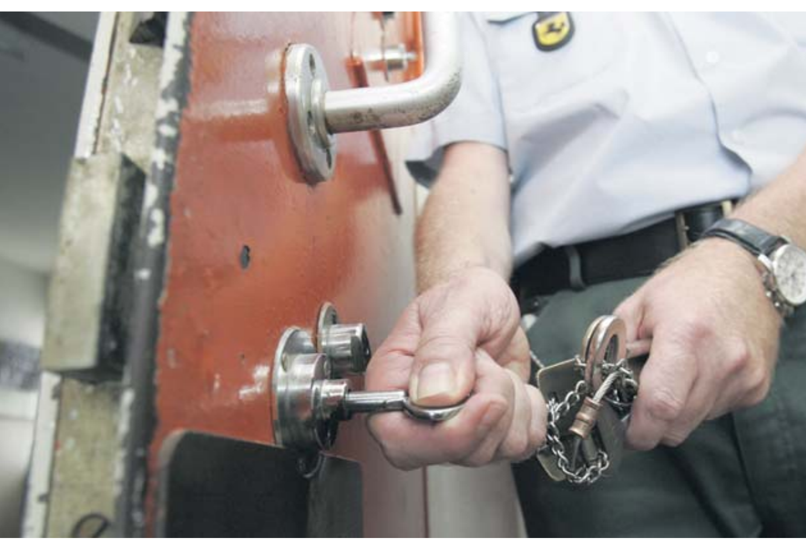
Im Eckpunktepapier der Regierung, das CDU-Innenminister Thomas de Maiziére und Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger gemeinsam vorstellten, heißt es, die Verurteilten sollten „nach Möglichkeit den Weg in ein Leben ohne Straftaten finden, wie es auch dem berechtigten Sicherheitsinteresse der Allgemeinheit entspricht". Neue Konzepte und spezifische Therapieangebote für die Täter sollen dafür sorgen, dass deren Lebensführung „nur so weit eingeschränkt wird, wie dies für die Durchführung einer Therapie in einer geschlossenen Einrichtung nötig ist". Dieser Formulierung merkt man die Handschrift von Leutheusser-Schnarrenberger an, gleichzeitig dürfte dies ein Kotau vor den Wünschen des EGMR sein.

Wie dies im Einzelnen ausgestaltet wird, hängt von den Ländern ab. Man darf davon ausgehen, dass diese Anstalten etwa im CSU-regierten Bayern anders aussehen werden als im rot-grünen NRW oder im rot-roten Berlin – wenn es überhaupt dazu kommt: Mehrere Ländervertreter von SPD und Grünen haben bereits Ablehnung über den Bundesrat angekündigt, die Bundes-SPD hingegen signalisierte Zustimmung.

Für künftige Fälle soll das Instrument der vorbehaltenen Sicherungsverwahrung ausgebaut werden. Richter sollen häufiger als bisher schon im Urteil feststellen, dass der Täter möglicherweise rückfallgefährdet ist, was dann aber endgültig doch wieder während der Haftzeit festgestellt werden muss. Die bisherige nachträgliche Sicherungsverwahrung ist weiter ein Streitpunkt zwischen den Koalitionären: Die Union will sie beibehalten, Leutheusser abschaffen. Das muss im Lauf des parlamentarischen Verfahrens ausgekartelt werden. Insgesamt hat die Union nach heftigen Protesten speziell aus der CSU den verunglückten Gesetzentwurf Leutheusser-Schnarrenbergers – er hätte vermutlich zur schnellen Freilassung aller 80 in Rede stehenden Verbrecher geführt – noch in vielen Punkten nachgebessert, nachdem er unverständlicherweise bereits das Bundeskabinett passiert hatte.

Hinter dem Projekt stehen weiter eine Menge Fragezeichen: Fraglich ist, ob die Regelung erstens den gewünschten Effekt erzielt, die Bevölkerung zuverlässig vor gefährlichen Straftätern zu schützen, zweitens, welche Kosten auf die Länder zukommen – die Rede ist von dreistelligen Millionenbeträgen, die man anderweitig sicher besser anlegen könnte –, und drittens, ob die Neuregelung letztlich vor dem EGMR und dem Bundesverfassungsgericht Bestand haben wird. Schon im Spätherbst stehen nämlich in Karlsruhe weitere sechs Klagen von Sicherungsverwahrten zur Entscheidung an.

Anton Heinrich



Am liebsten wieder hinter Schloss und Riegel: Der Wunsch vieler Bürger kann nicht erfüllt werden. Bild: AP



MELDUNGEN

Ausschluss wegen Wilders

Berlin – Der Berliner Stadtverordnete René Stadtkewitz soll am 7. September aus der CDU-Fraktion ausgeschlossen werden. Das entschied der Fraktionsvorstand am vergangenen Montag. Stadtkewitz kam der Forderung des Fraktionschefs Frank Henkel, eine Einladung an den niederländischen Islamkritiker Geert Wilders nach Berlin zurückzuziehen, nicht nach. Bereits letztes Jahr verließ der 45-Jährige aufgrund inhaltlicher Differenzen die CDU, blieb der Fraktion jedoch erhalten. Indes traten in der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg drei von vier FDP-Abgeordneten zur CDU über, darunter die Fraktionsvorsitzende. Die Liberalen verlieren damit den Fraktionsstatus. Grund sollen maue Umfragewerte und interne Unstimmigkeiten sein. *C. C./H. L.*

Teilung in den Köpfen

Berlin – Am 31. August, 20 Jahre nach Unterzeichnung des Einigungsvertrages zwischen Ost und West, sprach Kanzlerin Merkel von einer weltweiten Verantwortung Deutschlands für Demokratie und Freiheit: „Der Einigungsvertrag sollte uns gutes Beispiel sein für weitere Verträge, die auf der Welt zu schließen sind." Am selben Tag veröffentlichte der Bundesverband Volkssolidarität eine Studie, wonach die deutsche Einheit in alten und neuen Bundesländern noch immer unterschiedlich bewertet wird. Etwa die Hälfte der Westdeutschen, doch nur 17 Prozent der Mitteldeutschen sähen die Einheit als „vollendet". Mehr als die Hälfte in den neuen Bundesländern fühle sich unwohl in der Bundesrepublik, möchte jedoch ebenso wenig die DDR zurück. Verbandspräsident Gunnar Winkler warnte vor einer „Atmosphäre gegenseitigen Aufrechnens". *C. C.*

Grüne auf Stimmenfang

»Stuttgart 21« wird zum großen Thema bei der Landtagswahl

Für den Stuttgarter Oberbürgermeister Wolfgang Schuster (CDU) wird es eng: Die Proteste gegen das Bauvorhaben „Stuttgart 21", das vorsieht, den Hauptbahnhof der baden-württembergischen Landeshauptstadt zu einem unterirdischen Durchgangsbahnhof umzubauen, werden immer stärker. Bestehende Unklarheiten im Bauprozess sowie wackelnde Fronten könnten dafür sorgen, dass am Ende Köpfe rollen. Zumindest stehen alsbald entscheidende Gespräche an.

In diesem Monat erreichten die Proteste ungekanntes Ausmaß: Am 27. August kamen etwa 30000 Menschen auf die Straße (die Veranstalter zählten 50000) und zogen vom Bahnhof zum Landtag. Bilder von drei Protestlern, die sich via Hebebühne an einen Großbagger ketteten, der zum Abriss eines Bahnhofsflügels eingesetzt wird, sorgten für Furore. Unmut verursachten krawallmachende „Protest-Touristen", die nicht selten unter der Fahne linksextremer Organisationen segelten. Die neue Schärfe im Protest war Anlass für einen Offenen Brief von OB Schuster. In diesem forderte er zu einer sachlicheren Diskussion auf: „Ich habe kein Verständnis für verbale Attacken, Diffamierungen oder Beleidigungen, mit denen Stuttgart 21-Befürworter eingeschüchtert, genötigt oder bedroht werden."

Die Grünen, die von Anfang an gegen das Projekt waren, sprachen von einer „Diffamierung" des Aktionsbündnisses gegen „S21" und wiesen den Vorwurf einer „Radikalisierung" zurück: „Der Protest ist getragen von abertausenden von eigenständig und kritisch denkenden Bürgern, die sich individuell gegen das Projekt stellen. Sie laufen nicht hinter irgendeiner Fahne her, sondern nehmen ihr in der Demokratie verankertes Recht auf freie Meinungsäußerung in Anspruch." Auf Seiten der Gegner ruft man unverändert zu „kreativen" und „phantasievollen" Aktionen auf.

Stefan Mappus macht sich Gedanken um Koalitionspartner

Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU), OB Schuster und Bahn-Chef Rüdiger Grube kündigten nun für Anfang September einen Runden Tisch an, zu dem auch der grüne Landes-Fraktionschef Winfried Kretschmann eingeladen wurde. Neuer Streitpunkt ist die Forderung der Gegner, während der Gespräche einen Baustopp zu verhängen, was bislang abgelehnt wird.

Die Grünen im Stuttgarter Gemeinderat bleiben dagegen bei der Forderung. Sie wissen, dass sie seit letztem Jahr mit 25,3 Prozent nur deshalb die größte Fraktion in der Landeshauptstadt bilden, weil sie den Protest gegen „S21" auf sich vereinigen konnten. Laut einer Umfrage der „Stuttgarter Nachrichten" von Mitte August sprechen sich 63 Prozent der Stadtbewohner gegen das vier Milliarden schwere Prestigeprojekt aus. Gangolf Stocker, Sprecher des Aktionsbündnisses, antwortete zynisch und enttäuscht auf die Frage, was sich Kretschmann vom Gesprächsangebot der Gegenseite erhoffte: „Vielleicht eine Koalition nach der Landtagswahl?"

In der Tat dürfte die nahende Landtagswahl im März 2011 für eine völlig neue Ausgangssituation sorgen: Mappus, der damit rechnen muss, dass es für Schwarz-Gelb nicht mehr reicht, liebäugelt mit der SPD, die zwischen die Fronten gerät. Die Grünen müssten sich in ihrer Position mäßigen, wollen sie Regierungsluft schnuppern. Eine Entscheidung drängt. *C.C.*

Hamburger Krawall-Tradition

Polizeigewerkschaft: Nicht gewappnet für »geduldetes« Fest

Neben Berlin gilt Hamburg als zweite Hochburg des gewaltbereiten Linksextremismus in Deutschland. Hier wie dort gibt es pünktlich zum 1. Mai Krawalle und werden regelmäßig Autos abgefackelt. Eine Hamburger Besonderheit ist der Krawall beim Schanzenfest, in diesem Jahr am 4. September. Mit Unverständnis sieht man in Hamburg diesem Tag entgegen. Letztes Jahr lieferten sich bis zu 1000 Linksextremisten Straßenschlachten mit der Polizei. Ein jährliches Ritual, das vollzogen wird, wenn das eigentliche Stadtteilfest gegen Abend endet. Dann brennen die ersten Tonnen, Flaschen grüßen in hohem Bogen Polizeibeamte. Nicht nur die Einwohner im Szeneviertel haben die Schnauze voll von hergereisten „Krawalltouristen", alkoholisierte Jugendliche, die oft nur den Kick in der Randale suchen und mit Politik nichts am Hut haben.

Wenn die Scherben der demolierten Geschäfte, Bars und Restaurants aufgekehrt werden, sitzen viele der Täter bereits mit Wochenendticket im Heimzug. Verantwortliche sind schwer auszumachen: Das Schanzenfest wird seit jeher ohne offiziellen Veranstalter durchgeführt. Diesmal wollte das zuständige Bezirksamt Altona das Fest unterbinden, sollten sich keine eingetragenen Ausrichter finden. Und erstmals konnte man den Eindruck gewinnen, dass sich die Stadtverwaltung nicht länger auf der Nase herumtanzen lässt. Doch man hielt dem Druck nicht stand, das links-alternative Schanzenfest erhielt eine Duldung. Der neue Erste Bürgermeister der Stadt, Christoph Ahlhaus (CDU), noch in

Schuldzuweisungen schon bevor es »gekracht« hat

Funktion des Innensenators, zeigte sich enttäuscht über die vergebliche Suche. Die mitregierende GAL begrüßte die Duldung hingegen als „vernünftige Lösung". Man hoffe, die Nachsicht trage dazu bei, „dass auch im Anschluss an das Straßenfest alles friedlich bleibt". Die Linkspartei mahnte alsbald in Richtung Innenbehörde und Polizei, „sich anders als in den vergangenen Jahren strikt an das Kooperations- und Deeskalationsgebot zu halten". Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) sprach sich gegen eine Duldung aus. Man prognostizierte einen „polizeilichen Notstand", da zeitgleich zum Schanzenfest noch eine weitere Festveranstaltung in der Stadt stattfindet. Ohne 1000 Mann Unterstützung aus anderen Bundesländern sei das nicht zu bewältigen.

Die Innenbehörde wies die Warnung zurück. Unbeirrt stehen die Polaritäten um „Hamburgs politischsten Stadtteil" (Eigenbezeichnung) im Raum. „Autonome" klagten bereits über die „vergiftete Atmosphäre" durch das Zögern bei der Freigabe. So wird die Verantwortung für die befürchtete Eskalation schon jetzt von allen Beteiligten weitergereicht. Hoffnungsvoll stimmt allein der wachsende Unmut der einfachen Schanzenbewohner. Nicht nur die „sinnlosen Krawalle" erwartet man in Internet-Diskussionen verständnislos. Auch die „Rote Flora", seit 1989 besetzte Schaltzentrale linksextremer Umtriebe, gilt zunehmend als „Fremdkörper" ohne „soziale Bindung ans Viertel". Die Stadt stand mit dem Eigentümer des Anwesens in Verhandlungen für den Kauf des Grundstücks um das Autonomenzentrum. Im Internet wird in linksextremen Videos schon zur gewaltsamen Verteidigung aufgerufen. Das Schanzenfest 2010 könnte besonders gewaltsam enden.

Carlo Clemens

MELDUNGEN

Ruanda droht UN

Kigali – Die Regierung von Ruanda droht den Vereinten Nationen, im Falle der Veröffentlichung eines UN-Berichtes sich aus seinen Verpflichtungen wie seiner Beteiligung an UN-Friedensmissionen zurückzuziehen. In dem Entwurf des umstrittenen UN-Berichts heißt es, ruandische Soldaten und kongolesische Rebellen hätten in den 90er Jahren im Kongo Zehntausende Hutus getötet. Dies kann und will die ruandische Regierung mit ihrem Präsidenten Paul Kagame nicht auf sich sitzen lassen, galt Kagame offiziell doch bisher als derjenige, der den Genozid zwischen Hutu und Tutsi im eigenen Land gestoppt habe. Sollte UN-Generalsekretär Ban Ki Moon die Veröffentlichung nicht verhindern, werde man seine Truppen aus Darfur sofort abziehen. *Bel*

Neue Moscheen in Österreich

Wien – Der Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich, Anas Schakfeh, der für sich in Anspruch nimmt, die 500000 ansässigen Muslime zu vertreten, erklärte im Interview, er wünsche sich „auf lange Sicht" mindestens in jeder Landeshauptstadt eine Moschee mit Minaretten. Über deren Höhe könne man aber Kompromisse eingehen, und auch Lautsprecher müssten nicht unbedingt sein. Schakfehs Äußerungen, durch die der Minarett-Streit in Österreich neu angeheizt wurde, haben aber einen weiteren Aspekt: Laut Umfrage tendieren eingebürgerte Türken mehrheitlich zur SPÖ, zeigten bisher aber eine sehr geringe Wahlbeteiligung. Und da es bei den Wiener Landtagswahlen am 10. Oktober darum geht, ob die SPÖ ihre absolute Mehrheit halten kann, könnten die von Schakfeh nun mobilisierten Glaubensbrüder ausschlaggebend sein. *RGK*

Japaner bleiben lieber unter sich

Tokio hält Einwanderer bewusst fern – Nur kleine Gruppen von Chinesen, Nordkoreanern und Thailändern

Zuwanderung als Antwort auf eine alternde Gesellschaft? Die Japaner, die ähnliche demographische Probleme haben wie Deutschland, halten wenig von dieser Idee.

Japan ist keine multikulturelle Gesellschaft und will auch keine werden. Die Probleme des Westens mit nicht integrationsfähigen oder -willigen Immigrantenströmen sind für die japanischen Ministerien und die politischen Entscheidungsträger abschreckend genug. Auch die demographische Krise ist kein Motiv für eine liberalere Einwanderungspolitik.

Derzeit leben rund zwei Millionen Ausländer im 127 Millionen Einwohner zählenden Japan. Die Hälfte sind ethnische Chinesen und Koreaner, zumeist Nachfahren der zweiten oder dritten Generation ehemaliger Zwangs- oder Fremdarbeiter, die in den Nachkriegswirren beschlossen hatten, nicht in ihre Heimat zurückzukehren. Die meisten sind in der japanischen Gesellschaft voll integriert, vom Parlamentsabgeordneten bis zum Bankpräsidenten. Ausnahmen sind die Parteigänger Nordkoreas, die große Teile der Pachinko-Industrie (bestimmte Art von Spielautomaten) kontrollieren und mit eigenen Schulen und Kulturzentren in Parallelgesellschaften leben, wo sie dem Kim-Kult huldigen. Dennoch enden viele nach ihrer von der Partei befohlenen Übersiedlung in das Arbeiter- und Bauernparadies, als japanische „Spione" enttarnt und enteignet, bald elend in Strafarbeitslagern.

Ein weiteres Viertel der Ausländer besteht aus Brasilianern und Peruanern japanischer Herkunft (Nikkeijin), deren Vorfahren als arme Bauern aus Kyushu Ende des 19. Jahrhunderts als Siedler nach Lateinamerika ausgewandert waren. Ihr prominentester Vertreter war der peruanische Ex-Präsident Alberto Fujimori, den die Peruaner el Cinese nannten. Die Regierung hatte erwartet, dass jene Remigranten, die meist nur noch Spanisch oder Portugiesisch sprachen, aufgrund ihrer Gene und ihrem in Lateinamerika berühmten Fleiß, sich leichter in die japanische Gesellschaft integrieren würden als andere Nationalitäten, und ihre Immigration deshalb systematisch gefördert. Das Experiment gelang jedoch, ähnlich wie bei den Russlanddeutschen, nur in Ausnahmefällen, zu stark war die mittlerweile in der Ferne akkulturierte lautstarke Lebensart und das spontane Temperament der Latinojapaner von der nüchternen und konformistischen Lebensweise der alten Heimat entfremdet. Mit ihren Sprach- und Ausbildungsdefiziten und ihrem geringeren Leistungswillen blieb ihnen der Arbeitsmarkt bis auf die niedrigsten und am schlechtesten bezahlten Hilfsarbeiter- und Anlernjobs verschlossen. In der Krise von 2008/09 als erste arbeitslos geworden, zahlt die Regierung ihnen Prämien und den Rückflug unter der Auflage, sich sobald, das heißt mindestens drei Jahre, in Japan nicht wieder blicken zu lassen.

Während der „Seifenblasen-Ökonomie" der 80er Jahre wurden einige Hunderttausend Asiaten aus China, den Philippinen, Vietnam, Indonesien, Thailand, aber auch aus Bangladesch, Sri Lanka, Iran und Pakistan mit befristeten „Trainee"-Visen ins Land gelassen. Da sie schmutzige und gefährliche Arbeiten machten, die die Japaner nicht länger tun wollten, wurden ihre Aufenthaltsüberschreitungen zunächst toleriert. Das galt und gilt auch für die eingewanderte Damenwelt, die zumeist als aus den Philippinen stammende „Japan-yuki" in dem von den Yakuza kontrollierten und ausgebeuteten Nachtleben ein Auskommen findet.

Ausländer lange von Führungspositionen ausgeschlossen

Mit dem Ende des Baubooms und dem starken Anwachsen der japanischen Arbeitslosenzahlen setzte das Justizministerium die zügige Repatriierung der illegalen Ausländer durch. Ihre beginnende Ghettoisierung und kleinkriminelle Massentreffpunkte wie Omotesando, das damals schon Klein-Teheran genannt wurde, wurden aufgelöst und rückgängig gemacht. Xenophobie und Ausländerkriminalität gibt es deshalb in Japan weiter so gut wie nicht.

Akzeptiert dagegen wird die temporäre Immigration von Studenten, Sprachlehrern, qualifizierten Fachkräften und Akademikern für den Bedarf der japanischen Industrien und ausländischer Niederlassungen sowie von weiblichen Pflegekräften aus den Philippinen und Thailand, nach denen in Japans alternder Gesellschaft ein wachsender Bedarf besteht, und die diese aufreibende Aufgabe besonders gut zu meistern verstehen.

Ende der 80er Jahre, als die ersten ausländischen Jungmanager in progressiven Firmen engagiert wurden, wurde lauthals Klage geführt, dass Ausländer nie in japanische Führungsetagen und Vorstände vordringen würden. Heute leiten ein Brasilianer libanesischen Ursprungs, Carlos Goshn, Nissan und ein Amerikaner britischer Herkunft, Sir Howard Springer, Sony. Nicht zuletzt gibt nicht nur beim Sumo, im Fußball und an den Hochschulen ein unübersehbares Ausländerkontingent, es gibt sogar mit Marutei Tsurunen (eigentlich Martti Turunen) einen Oberhausabgeordneten der Demokratischen Partei finnischer Herkunft, der sich als Missionar hatte naturalisieren lassen. Ob er in der Bekehrung der politischen Kultur mehr Erfolg haben wird, ist noch nicht ausgemacht.

Das Staatsbürgerrecht beruht wie in Kontinentaleuropa auf dem ius sanguinis, der Abstammung von japanischen Eltern, und nicht wie in früheren Siedlungskolonien wie den USA auf den Zufälligkeiten des Geburtsortes. Die Bedingungen für den Erwerb der japanischen Staatsbürgerschaft erscheinen im Prinzip unschwer zu erfüllen: der ständige Wohnsitz in Japan während mindestens fünf Jahren, die Volljährigkeit, ein vorstrafenfreies Wohlverhalten, genügend Kapital oder Fähigkeiten, um sich selbst wirtschaftlich zu erhalten, sowie die Bereitschaft, die bisherige Staatsangehörigkeit aufzugeben. Das Justizministerium überprüft die Erfüllung dieser Kriterien während eines Jahres nach Antragseingang. Angesichts der teilweise vage formulierten Kriterien hat es den in Japan üblichen großen Ermessensspielraum für seine Entscheidung. Jugendliche mit doppelter Staatsangehörigkeit müssen sich bei Erreichen der Volljährigkeit (das heißt mit 21 Jahren) entscheiden, ob sie für die japanische Nationalität optieren oder nicht. Doppelstaatbürgerschaften sind, wie erwähnt, unzulässig. Als Liberalisierungsschritt wurde die Verpflichtung, einen japanischen Familiennamen anzunehmen, Ende der 80er Jahre abgeschafft.

Albrecht Rothacher


Foto: f1-online

Nordkoreanern auf dem Leim gegangen: Pachinko-Spielautomaten werden von der Minderheit kontrolliert.

Mehr Toleranz bitte

Slowakei fordert europäische Werte von EU

Das slowakische Nein zum Griechenland-Rettungsschirm zieht weitere Kreise. Bei ihrem Deutschland-Besuch in der letzten Woche machte die neue slowakische Regierungspräsidentin Iveta Radicová weiterhin Front gegen die Gängelung durch EU-Bürokraten. Sie forderte von EU-Währungskommissar Olli Rehn eine offizielle Entschuldigung, weil der die Slowakei beleidigt habe.

Die als „Tigerin von der Tatra" bekannte Ministerpräsidentin will im Konflikt mit der EU nicht nachgeben. Das machte sie bei ihrem Berlin-Besuch erneut deutlich. Zunächst schien die Stimmung der beiden Staatschefinnen entspannt. Bundeskanzlerin Angela Merkel galt lange als politisches Vorbild Radicovás. Doch die Schlichtungsversuche Merkels schlugen fehl. Die erste Frau an der Spitze der Slowakei will Europa aufrütteln.

In dem Konflikt geht es nicht allein um bestimmte Geldhilfen, die in der Slowakei für das als reich geltende Griechenland unbeliebt sind. Vielmehr will Radicová die schleichende Entmachtung der nationalen Parlamente nicht hinnehmen. Sie moniert zudem, dass in der slowakischen Krise zwischen 1998 und 2002 keine Unterstützung aus Europa gekommen sei.

Respekt für gewähltes Parlament vermisst

Mit dieser Haltung stieß Radicová auch in Berlin auf Kritik. Merkel bedauerte die slowakische Entscheidung zum Athen-Rettungsschirm. Die EU-Kommission verwahrte sich gegen die slowakische Forderung nach einer Entschuldigung. Sie habe „das Recht", ihr Bedauern über derartige Entscheidungen auszudrücken, äußerte ein Sprecher in Brüssel. Die EU-Kommission hatte dem süd-osteuropäischen Land „Wortbruch" vorgeworfen, weil es sich nicht mit 800 Millionen Euro an dem insgesamt bis zu 110 Milliarden Euro schweren Rettungspaket beteiligen wollte. Wirtschaftskommissar Rehn bezeichnete das als „Bruch der Solidarität in der Euro-Gruppe".

Die slowakische Ministerpräsidentin machte demgegenüber deutlich, dass sich ihr Land nicht der allgemeinen Solidarität entzogen habe, sondern Hilfen für den ungleich größeren europäischen Stabilisierungsfond (EFSF) in Höhe von 750 Milliarden zugesagt habe. Die EU-Kommission zeige aber mangelnden Respekt für ein frei gewähltes Parlament und die europäischen Werte der Demokratie, Solidarität und Toleranz. *H. E. Bues*

»Aller Opfer gedenken«

Europas Vertriebene warnen vor »diabolischen Unterscheidungen«

Anlässlich des Europäischen Gedenktags an die Opfer von Stalinismus und Nazismus (23. August) sandte der Generalsekretär der Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV), Massimiliano Lacota, den Staats- und Regierungschefs der Staaten der Europäischen Union sowie den Vertretern maßgeblicher europäischer Einrichtungen folgende Botschaft (leicht gekürzt):

„Im April 2009 billigte das Europäische Parlament die Erklärung zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus, die mit expliziter Präzision die Grundlagen für eine wahre, endgültige Vereinigung Europas im Zeichen der Versöhnung zwischen den Völkern und den Nationen des Kontinents festlegt.

So handelnd nahm das Europäische Parlament endlich die Trauer und das Leid in sein Bewusstsein auf, die der Menschheit durch die beiden großen Diktaturen des zwanzigsten Jahrhunderts, den Nationalsozialismus und den Kommunismus, zugefügt wurden, weil beide auf grausamste Weise die Grund- und Menschenrechte verletzt und vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg Millionen unschuldiger Opfer gefordert haben.

Zu den Opfern der Shoah und all jenen, die ihr Leben als Verfolgte des Nationalsozialismus und des Kommunismus in allen Ecken des Kontinents verloren, kommen die rund zwanzig Millionen Europäer hinzu, die aus ihren Heimatgebieten vertrieben oder zwangsweise ausgesiedelt wurden sowie die Volksgruppen, die, isoliert und ihrer Grundrechte beraubt, außerhalb ihrer nationalen Grenzen Opfer brutaler Programme der Entnationalisierung und der Assimilierung wurden.

20 Millionen Bürger Europas wurden um 1945 vertrieben

Mehr als 60 Jahre nach Kriegsende und mehr als 20 Jahre nach der endgültigen Auflösung des kommunistischen Totalitarismus in Osteuropa sind die Beziehungen zwischen einigen Mitgliedsstaaten der EU, die von den zwangsweisen Umsiedlungen ganzer Volksgruppen betroffen sind, noch immer in anachronistischer Weise schwierig und heikel.

Die große Herausforderung der europäischen Integration in nächster Zukunft erfordert deshalb die Einleitung eines Reformprozesses mit dem Ziel, die Interessen derjenigen zu begrenzen, die noch immer die Wunde offen erhalten, die seit dem fernen Jahr 1945 die europäischen Völker spaltet und eine verinnerlichte und überzeugte Versöhnung als unabdingbare Voraussetzung für die ersehnte und endgültige Vereinigung verhindert.

Die Erklärung vom 2. April 2009 stellt sich demnach als eine Grundvoraussetzung für eine gemeinsame Politik der Erneuerung mit der Fähigkeit dar, die Tötung von Millionen europäischer Bürger in den Vernichtungslagern, die Gewalttaten gegen Frauen und Kinder, die Internierung und die Massentötungen im sowjetischen Gulag sowie die wilden Vertreibungen von Millionen nach Kriegsende als Verbrechen gegen die Menschheit zu bewerten.

In einem Europa, das durch gemeinsame Werte vereint ist, sind anachronistische und einem sektiererischen Geist entsprungene Kategorien von Verbrechen und diabolische Unterscheidungen zwischen weniger grausamen und anderen nicht länger akzeptabel und dürfen nicht länger existieren.

Nur auf diesem Weg kann das Europa der totalitären Regime, des Unrechts und der an seinen Bürgern verübten Menschenrechtsverletzungen durch das vereinte und solidarische Europa ersetzt werden, dessen Verwirklichung die Gründungsväter mit Recht beabsichtigt haben."

Krieg an zwei Fronten

Die jetzt angesetzten Friedensgespräche der philippinischen Regierung mit der kommunistischen Untergrundarmee New People's Army (NPA) kommen wieder einmal ins Stocken. Der Grund: Die Guerillakämpfer verübten auf der Insel Samar ein neues, blutiges Attentat, bei dem zum Teil durch Einsatz von Landminen acht Polizisten und ein Lokalpolitiker getötet wurden. Die Wertsachen der Toten wurden anschließend geraubt. Die seit 1969 operierende maoistische NPA, die in den Bergen etwa 5000 Mann unter Waffen hat, ist der militärische Arm der kommunistischen Partei. Seit Jahrzehnten arbeitet sie auf den Sturz der Regierung in Manila und die Abschaffung des kapitalistischen Wirtschaftssystems des Landes hin und legitimiert sich durch Hinweis auf die hohe Korruption im Lande und die oligarchisch herrschende Schicht der Milliardäre. Inzwischen gehen Tausende von Todesopfern auf ihr Konto. Beim armen Landvolk besitzt die NPA einen hohen Sympathiewert oder erpresst ihn zum Teil auch durch Einschüchterung. Der neu gewählte Präsident Benigno Aquino kämpft so an zwei Fronten, denn im Süden des Landes sorgt die radikal-muslimische Organisation „Abu Sayyaf" trotz aller militärischen Invasionen und Versuchen, wenigstens einen Waffenstillstand auszuhandeln, weiterhin für Turbulenzen. *J. F.*

Es fehlt vor allem an Klägern

Aufsichtsrat stützt weiter HSH-Nordbank-Chef Nonnenmacher – Kontrolleure selten zur Rechenschaft gezogen

Die Krise bei den Banken hat gezeigt, dass nicht nur Vorstände, sondern auch Aufsichtsräte fehlbar sind. Doch der Gesetzgeber steht dem Problem relativ ratlos gegenüber.

Die aufmerksamen Steuerzahler in Hamburg und Schleswig-Holstein schauen mit Sorge auf das scheinbar nie endende Theater, was ihnen die HSH Nordbank, die gegen die Landesbank in verschiedenen Fällen ermittelnden Behörden und die darüber berichtenden Medien bieten. Nach Milliardenverlusten und dubiosen Geschäftsverbindungen kamen in den letzten Wochen noch eine Spitzelaffäre und angebliche Erpressung von Mitarbeitern durch untergeschobene Kinderpornos hinzu.

Mit drei Milliarden Euro sind die nördlichen Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein direkt bei der HSH Nordbank involviert. Hinzu kommen Bürgschaften in Höhe von weiteren zehn Milliarden Euro. Wenn die HSH Nordbank stürzt, ist auch Schleswig-Holstein insolvent und Hamburg ebenfalls mehr tot als lebendig. Trotzdem scheint es so, als könnte HSH Nordbankchef Dirk Jens Nonnenmacher tun und lassen, was er wolle, ohne dass es Konsequenzen für ihn hat. Erst letzte Woche beteuerte der Vorsitzende des Aufsichtsrates, der ehemalige Vorstandssprecher der Deutschen Bank Hilmar Kopper, dass er vollkommen hinter Nonnenmacher stehe. Er soll sogar sein Verbleiben bei der Bank an das von Nonnenmacher geknüpft haben.

„Hier ist der Aufsichtsratsvorsitzende in der Pflicht, er muss den Stab in die Hand nehmen“, so fordert der Hamburger Oppositionspolitiker Peter Tschentscher (SPD), Kopper auf, Nonnenmacher von seinem Posten zu entfernen.

Doch was genau ist eigentlich die Pflicht eines Aufsichtsrates? Im Rahmen der Bankenkrise haben schließlich nachweisbar nicht nur die Vorstände, sondern auch die als Kontrollinstanz fungierenden Aufsichtsräte massiv versagt. Die Vorstände gingen unvorhersehbare Risiken ein, was schon an sich fatal war, doch kaum ein Aufsichtsrat – vor allem in den Landesbanken –, pfiff sie zurück. Und noch heute sitzen Vertreter der Länder Schleswig-Holsteins und Hamburgs im Aufsichtsrat der HSH Nordbank. Doch da Nonnenmacher den Verlust der Landesbank in diesem Jahr halbiert hat, also die Sanierung irgendwie vorankommt, erscheint den finanziell tief in dem Kreditinstitut verstrickten Bundesländern ein Personalwechsel an der Spitze nicht angebracht, geschweige denn eine Aufklärung der Fehler ihrer Vorgänger. Denn auch wenn nicht mehr eins zu eins die selben Personen im Aufsichtsrat sitzen, so vertreten sie doch immer noch die selben Eigentümer. Und ein Aufsichtsrat kann nur wegen Verletzung seiner Sorgfaltspflicht belangt werden, so es denn einen Kläger gibt. Doch nur äußerst selten verklagen Nachfolger ihre Vorgänger im Aufsichtsrat, weiß Jella Benner-Heinacher, Geschäftsführerin bei der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW). Bei der von der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), also vom Steuerzahler, geretteten Mittelstandsbank IKB hatten Kleinaktionäre auf der Hauptversammlung 2008 immerhin eine Sonderprüfung zur Untersuchung möglicher Pflichtverletzungen von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern beschlossen, doch der 2009 eingestiegene Großinvestor Lone Star stoppte diese, da er nicht wollte, dass Interna durch Ermittlungen nach außen getragen werden. So können Aufsichtsräte wie Manager zwar theoretisch für Fehlentscheidungen haftbar gemacht werden, doch in der Realität sind strafrechtliche Verfolgungen selten.

Wechsel vom Vorstand in Aufsichtsrat nicht mehr möglich

Trotzdem versucht der Gesetzgeber die Anforderungen auch an die Kontrollorgane zu erhöhen. So muss seit 2009 jedem Aufsichtsrat ein Finanzexperte angehören. Diese Anforderung ist inzwischen zwar überall umgesetzt worden, doch Benner-Heinacher verweist darauf, dass nicht überprüft wird, was genau den Finanzexperten zum Finanzexperten macht. Manche werden auch nur offiziell dazu ernannt, da es keine Vorgaben gibt, über welche fachlichen Fähigkeiten er genau verfügen soll.

Doch eine Regierungskommission überarbeitet jedes Jahr den 2002 eingeführten Deutschen Corporate Governance Kodex, der Unternehmensleitung und -überwachung vereinheitlichen soll. Ein wichtiger Punkt für die Kommission ist die mangelnde Unabhängigkeit deutscher Aufsichtsräte zu vermindern. Ein Knackpunkt war hier beispielsweise das bis 2008 geltende Gewohnheitsrecht, dass ein Unternehmensvorstand, so er denn wollte, nach seiner Zeit im Vorstand in den Aufsichtsrat wechselte. Doch wie wahrscheinlich ist es, dass ein Aufsichtsratmitglied, die Dinge, die er noch als Vorstand angeschoben hat, objektiv beurteilen kann? Daher hat 2009 die damals schwarz-rote Regierung die sogenannte Cooling-off-Phase gesetzlich vorgeschrieben, die Vorstandsmitgliedern eine 24-monatige Zwangspause verordnet, bevor sie in den Aufsichtsrat wechseln dürfen. Ziel ist es, das Beziehungsgeflecht bei Vorständen und Aufsichtsräten zu lösen. Auch wurde die Zahl der Mandate, die eine einzelne Person in verschiedenen Aufsichtsräten wahrnehmen darf, reduziert. Zukünftig soll es nicht mehr möglich sein, dass ein ehemaliger Vorstandschef wie der 71-jährige Manfred Schneider gleichzeitig bei Bayer, Linde, RWE, Daimler und Tui im Aufsichtsrat so vieler verschiedener Unternehmen sitzt.

Die Zeitung die „Welt“ will nun aus Aufsichtsratskreisen der HSH Nordbank erfahren haben, dass Teile des Aufsichtsrates hinter den Kulissen nach einem Nachfolger für Nonnenmacher suchen. Wer da jedoch sucht und aus welchen Motiven heraus da gesucht wird, ist bei einer von so vielfältigen Skandalen heimgesuchten Bank wie der HSH Nordbank kaum noch auszumachen. *R. Bellano*



Medien sprechen schon von „Nibelungentreue“: Aufsichtsratsvorsitzender Hilmar Kopper setzt auf Nonnenmacher.

KURZ NOTIERT

Miese bei Landesbank: Eine Geschäftsprognose für das laufende Jahr sei noch nicht möglich, erklärte der Chef der Landesbank Baden-Württemberg kurz nach Bekanntgabe eines Verlustes von 290 Millionen Euro für das erste Halbjahr. Doch die Bank sei auf einem guten Weg, beteuerte man, die Verluste seien vor allem Folge von Abschreibungen auf griechische, spanische und portugiesische Staatsanleihen. *Bel*

Negativeffekt: Die Pleite der alternativen Noa Bank hat zwar keine Auswirkungen auf die Finanzbranche, bringt aber ihre Mitkonkurrenten in Abgrenzungssnöte. Neben den kirchlichen Banken unterstützen noch vier weitere Kreditinstitute gezielt soziale, ethische oder ökologische Projekte. Diese müssen nun erklären, dass ihre Kunden keine Insolvenz fürchten müssen. Derzeit überwacht die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht die Insolvenzverhandlungen der Noa Bank. Deren Kunden bangen um ihr Geld, zumal nur 50 000 Euro pro Kunde abgesichert waren. *Bel*

Rohstoffe sichern: Erst vor wenigen Monaten hat Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) die Deutsche Rohstoffagentur gegründet, die der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) unterstellt ist. Ziel ist zusammen mit der EU die Erstellung einer Analyse der weltweiten Verfügbarkeit von mineralischen Rohstoffen und deren Bedeutung für die europäische Wirtschaft. Brüderle will, dass die Deutsche Rohstoffagentur nach neuen Rohstoffvorkommen fahndet und „rohstoffwirtschaftliche Länder-Partnerschaften“ schließt. Zudem sollen Entwicklungshilfeprojekte genutzt werden, um Verhandlungen zur nationalen Rohstoffsicherung anzuschließen. *Bel*

Illegale Einwanderung als Einnahmequelle: Fünf Milliarden Euro jährlich will der libysche Staatschef Muammar Gaddafi von der EU, damit er illegale Einwanderer auf dem Weg nach Europa an seinen Landesgrenzen stoppt. *Bel*

Deutschland vermaist

Von der Politik gefördertes Biogas führt zur Bodenerosion

Das Jahr 2010 wurde von den UN zum Jahr der Biodiversität erklärt, ein Jahr, in dem die Regierungen dieser Erde auf den Schutz der Artenvielfalt besonderes Augenmerk richten sollen. Gerade in diesem Jahr stellen Umweltschützer hierzulande aufgrund ungehemmten Maisanbaus indessen zunehmende Monokulturen fest. Eine Folge der besonders im norddeutschen Raum aus dem Boden sprießenden Biogasanlagen, die primär den Mais für die vermeintlich grüne Energie verwerten. Dabei wird neben den bisherigen Anbauflächen auch immer mehr Grünland umgebrochen und zum Anbaugebiet für den wirtschaftlich attraktiven Energiemais verwendet, um die steigende Zahl der Biogasanlagen auslasten zu können. Hintergrund für die bundesweit wachsende Zahl an Biogasanlagen ist das Ziel der Großen Koalition von 2007, innerhalb der nächsten 20 Jahre bis zu zwölf Prozent des deutschen Erdgasverbrauchs durch Biogas zu ersetzen. In diesem Jahr sollte eine Quote von sechs Milliarden Kubikmeter Biomethan erreicht werden. Doch noch im Vorjahr wurden gerade einmal 163 Millionen Kubikmeter produziert.

Allein in Niedersachsen ist im Zeitraum zwischen 2004 und 2009 die Anbaufläche für Energiepflanzen von 4500 Hektar auf 170 000 Hektar gestiegen. Der Anteil des Mais beträgt dabei satte 85 Prozent. In Niedersachsen gehören knapp 360 000 Hektar dem Mais, bundesweit sind es sogar 1,6 Millionen Hektar.

„Bei einer Nutzung von mehr als 50 Prozent der Anbauflächen für Mais ist der gute Brauch der dreigliedrigen oder gar der fünfgliedrigen Fruchtfolge nicht mehr möglich“, warnt der stellvertretende Landesvorsitzende von NABU-Niedersachsen, Uwe Baumert. Der überdimensionierte Maisanbau gefährde damit die Fruchtbarkeit der Böden und fördere deren Erosion. Zudem sei die Artenvielfalt durch den erhöhten Nitrateintrag gefährdet, so die Umweltorganisation. Zudem sollte der wenigstens dreigliedrige Fruchtanbau ordnungsrechtlichen Charakter bekommen, fordert der Bioenergieexperte Baumert, um dem Missbrauch rechtlich begegnen zu können.

Fachverband fordert feste Vergütung für sein »gutes Gas«

Doch die Lobbyisten für das attraktive Biogas haben längst Morgenluft gewittert. Biogas sei grundlastfähig und müsse deshalb zügig ausgebaut werden, lassen die Biogasverbände verlauten. Der Subventionsabbau ist zwar eine der drängenden Aufgaben und auch Teil des Sparprogramms der Bundesregierung. Dennoch fordert der Fachverband Biogas nun auch noch kräftig Subventionen in Form einer festen Vergütung für die Abgabe von Biomethan.

Da ist es schon bemerkenswert, wenn mit Karl-Heinz Pasch ausgerechnet ein Hersteller von Biogasanlagen sich von den Begehrlichkeiten der eigenen Branche im „Manager-Magazin“ öffentlich distanziert. Man habe anscheinend nicht zur Kenntnis genommen, so Pasch, wie gefährlich es ist, sich auf Subventionen zu verlassen. Vor drei Jahren war bereits die Biodieselbranche ins Wanken geraten, als selbst der Ökosprit sukzessiv besteuert wurde.

Ökoenergieexperten wie Uwe Baumert stellen bei der Bevölkerung eine sinkende Akzeptanz für Biomasseenergie fest. So hat sich das Wort von der „Vermaisung“ im allgemeinen Sprachgebrauch der betroffenen Regionen bereits fest etabliert. *Bernd G. Hierholzer*

Auf der Flucht vor Dürre

Wassermigration könnte für Russland zum Problem werden

Die verheerende Dürrekatastrophe in Russland hat in den südlich angrenzenden Regionen Angst vor anhaltender Hitze und dem Klimawandel hervorgerufen. Seit einigen Jahren steigen in den fünf ehemaligen Sowjetrepubliken Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenien und Usbekistan die Temperaturen stetig an. Sie beziehen nahezu all ihr Wasser aus einem einzigen Gebirge, dem Pamirgebirge. Selbst in Kirgisien und Tadschikistan, auf deren Territorien sich Gletscher befinden, nehmen Dürreperioden zu, was das Abschmelzen der Gletscher zur Folge hat. Nur Kasachstan wird von Flüssen aus anderen Gebirgen und aus Russland mit Wasser versorgt. Weil die Oberanlieger der Flüsse Amurdarja und Syrdarja – Kirgisien und Tadschikistan – zur Energiegewinnung Wasserkraftwerke gebaut haben und deshalb bei den Ländern am Unterlauf, Usbekistan, Turkmenistan und Kasachstan weniger Wasser ankommt, das diese aber dringend für ihre Landwirtschaft und für die Versorgung ihrer großen Bevölkerung mit Trinkwasser benötigen, kommt es zu ständigen Konflikten.

In Russland wächst die Sorge, dass es bei zu erwartenden militärischen Konflikten in der Region zu verstärkter Migration Richtung Norden kommen könnte. Schon seit einigen Jahren wachsen in Russland die Probleme mit illegaler Arbeitsmigration, vor allem in der Millionenmetropole Moskau. Nikolaj Petruschew, Chef des russischen Sicherheitsdienstes, fürchtet deshalb eine steigende Welle von Wassermigranten. Allein im Jahr 2009 kamen über 20 Millionen Menschen aus wasserlosen Gegenden im Süden nach Russland, Tendenz steigend. Zwar verfügt Russland über zirka 20 Prozent aller Trinkwasservorräte der Welt, hat aber selbst ein Riesenproblem mit der Nutzung. Nur 38 Prozent der russischen Ortschaften waren 2009 mit sauberem Trinkwasser versorgt. In der Hälfte der Städte gibt es erst gar keine Qualitätskontrollen für Trinkwasser.

Chance auf Schlüsselrolle als Wasserexporteur

Bei aller Komplexität der durch Dürre und Naturkatastrophen hervorgerufenen Probleme bietet deshalb die steigende Wasserknappheit auch Chancen für Russland. Dem Land könnte zukünftig eine Schlüsselrolle als Wasserexporteur zufallen, wenn es ihm gelingt, durch Umweltschutz und Renaturierungsmaßnahmen die immensen Wasservorräte als Trinkwasser zu nutzen. Laut Vereinten Nationen wird in den nächsten 20 Jahren das Thema Wassersicherheit neben der Energiesicherheit mehr Bedeutung gewinnen. Schon heute hat ein Drittel der Weltbevölkerung keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Finanzexperten haben den Rohstoff Wasser längst als Spekulationsobjekt erkannt. Zwar gibt es noch keinen globalen Wassermarkt, sondern nur zahlreiche regionale Märkte, Analysten sehen jedoch Bedarf und sagen dem globalen Wassermarkt ein überdurchschnittliches Wachstum voraus. Schon heute existieren Investitionsmöglichkeiten in Unternehmen, die Staudämme und Meerwasserentsalzungsanlagen bauen, die Wasser- und Abwassernetze modernisieren sowie zur Optimierung des Wasserverbrauchs in Industrie und Agrarwirtschaft beitragen. Sie trauen Russland eine wichtige Rolle als Exporteur von Wasserprodukten zu. Das steigende Wasserdefizit wird dabei unvermeidlich zu Preisanstiegen führen. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Unsere Feinde

Von Rebecca Bellano

Immer nur ist die Rede von „kollektiver Landesverteidigung", nie spricht Brigadegeneral a.D. Dieter Farwick in seinem Beitrag auf der Seite 4 über die nationale Landesverteidigung. Das löste Unzufriedenheit bei der Verfasserin dieser Zeilen aus und sie fragte beim Autor nach. Doch der antwortete zu recht mit einer Gegenfrage, in dem er wissen wollte, wie denn bitte eine nationale Landesverteidigung für Deutschland aussehen solle.

Und in der Tat ist es unwahrscheinlich, dass selbst deutsche Lieblingsfeinde der Vergangenheit wie Polen oder Frankreich Deutschland angreifen werden. Sie haben inzwischen andere Mittel, um Berlin ihren Willen aufzuzwingen, könnte man jetzt auch gehässig einwerfen: Verhandlungen in Brüssel sind zudem viel weniger riskant und weniger blutig.

Doch irgendwie ist es schon beklemmend zu lesen, dass selbst andere und deutlich kleinere EU-Länder mehr Soldaten, Panzer und Waffen haben als Deutschland. Und auch wenn man sich den Griechen moralisch weit überlegen fühlt, die immer noch Stimmung gegen ihren Erbfeind Türkei machen, so fragt man sich doch, was ist, wenn China, Iran, Russland oder weiß Gott wer Deutschland in zwei Jahrzehnten angreift und die vielbeschworene Bündnistreue aus irgendeinem Grund nicht mehr greift und keiner Deutschland zur Hilfe eilt? Zu hoffen, dass alles gut wird, zeugt von Optimismus, doch die Vergangenheit hat bisher gezeigt, dass es meistens nicht gut, sondern nur anders wird.

EU-Rebellin

Von Hinrich E. Bues

Es klafft ein Riss – zwischen der Masse der Bevölkerung einerseits und der Masse der Politiker und Medien andererseits. Zuletzt haben wir es bei der gescheiterten Hamburger Schulreform erlebt. Gegen das Trommelfeuer von Parteien, Regierungsapparat, Gewerkschaften und anderen Verbänden, nahm sich die Bevölkerung die Freiheit heraus, für ihre eigenen Interessen zu votieren. So blieb das Gymnasium erhalten. Schnell schwingen Politiker und Medienleute bei unliebsamen Themen die Keule von Rassismus, Anti-Semitismus und Fundamentalismus – und leiten die Ausgrenzung von unliebsamen Personen wie vor einigen Jahren Eva Herman in die Wege. Solche Vorgehensweisen haben freilich nichts in einer Demokratie mit freier Meinungsäußerung als vielmehr mit einer beginnenden Diktatur der Meinungen zu tun.

Ein Lichtblick in dieser trüben politischen Landschaft sind dagegen Politiker wie die neue slowakische Regierungspräsidentin Iveta Radicová. Sie traut sich eine Entschuldigung für die beleidigenden Äußerungen von EU-Kommissar Olli Rehn zu fordern. Mit ihrem Kampf gegen die Anmaßungen von Eurokraten gegenüber frei gewählten Parlamenten dürfte die „Tigerin von der Tatra" auch bei uns viele Sympathien finden.

Beliebigkeit als Markenzeichen

Von Wilhelm v. Gottberg

Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU/CSU ist eine Vereinigung innerhalb der Unionsparteien, die evangelischen Christen die Möglichkeit gibt, im Rahmen der innerparteilichen Diskussion Einfluss auf die Parteiprogrammatik und die Tagespolitik zu nehmen. Bundesvorsitzender des ist zurzeit der CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Rachel, zugleich Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Im Mitteilungsblatt des EAK „Evangelische Verantwortung" Ausgabe 7/8 2010 wird über die Verleihung der Hermann-Ehlers-Medaille des EAK an Altbundespräsident Richard von Weizsäcker (CDU) berichtet.

Es ist die autonome Entscheidung der Gremien des EAK, wer geehrt und ausgezeichnet werden soll. Wenn aber die zu ehrende Person eine lebende Person der Zeitgeschichte ist, und diese Ehrung mit einer sehr einseitigen Begründung vorgenommen wird, ist das für viele ein Ärgernis.

Weizsäcker habe sich wie kein anderer für die Überwindung der Teilung Deutschlands eingesetzt, und er habe die Kraft zur Versöhnung und zum Brückenbauen gehabt, so Rachel in seiner Laudatio auf Weizsäcker.

Wir haben das anders erlebt. Der ehemalige Bundespräsident (1984–1994) ist aufgefallen durch eine populistische Anbiederung an den Zeitgeist und seine kaum getarnte Gegnerschaft zu Helmut Kohl. In den entscheidenden Tagen im November 1989 bis Februar 1990 hat er geschwiegen oder gebremst. Ex-Kanzler Kohl kann sich nicht daran erinnern, von Weizsäcker in jener Zeit das Wort „Wiedervereinigung" gehört zu haben. „Deutschland soll zusammen wachsen, nicht zusammen wuchern", so der Ex-Bundespräsident. Dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 Grundgesetz hat Weizsäcker zunächst abgelehnt. Kohl schreibt in seinen Erinnerungen, dass Weizsäcker schon beim Honecker-Besuch 1987 in Bonn durch Zugeständnisse an DDR-Forderungen Kohls Politik geradezu in den Rücken gefallen sei. Weizsäcker ist aufgefallen durch seine unglaubliche Indifferenz hinsichtlich der Stasiverstrickung Stolpes und nach dem Regierungsantritt der Regierung de Maizière im März 1990 traf der amtierende Bundespräsident mit dem abgewählten DDR-Ministerpräsidenten Modrow zusammen.

Ev. Arbeitskreis ehrt Richard von Weizsäcker

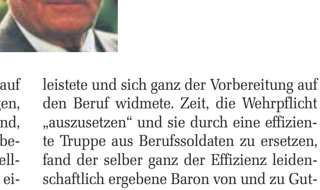
Rachel würdigt Weizsäcker auch als überzeugten und bekennenden Christen. Dies werde deutlich an seiner Eigenschaft als Mitverfasser der EKD-Ostdenkschrift und in seinem früheren Wirken als Kirchentagspräsident. Auch das haben wir anders in Erinnerung. Der ehemalige Bundespräsident hat durch seine Mitautorenschaft an der Ostdenkschrift zur Polarisierung beigetragen und jedes Verständnis für die Heimatvertriebenen vermissen lassen. 1985 sprach er von der „erzwungenen Wanderschaft" der Vertriebenen. Weizsäcker hat weder als Kirchentagspräsident noch als Bundespräsident ein eindeutiges Bekenntnis zu Jesus Christus abgelegt. Ein überzeugter und bekennender Christ? Karl Carstens, sein Vorgänger im Amt des Bundespräsidenten, hat dies Bekenntnis wiederholt abgelegt.

Der EAK hat mit der Ehrung etwas nachgemacht, was die EKD bereits am 31. Oktober 2009 mit der Verleihung der Luther-Medaille an Weizsäcker vorgemacht hat. Wörtlich hieß es damals in der Laudatio: „In Persönlichkeiten wie Ihnen findet der Geist der Reformation eine lebendige Anschauung". Widerspruch! Martin Luther riskierte sein Leben für Christus, Weizsäcker meidet öffentlich geradezu seinen Namen. Luther stand gegen die Autoritäten seiner Zeit, der Ex-Bundespräsident schwamm immer mitten im Mainstream.



Laut Evangelischem Arbeitskreis habe sich von Weizsäcker (l.) wie kein anderer für die Überwindung der deutschen Teilung eingesetzt: Helmut Kohl, der „Kanzler der Einheit" hingegen erwähnt in seiner Autobiographie, dass von Weizsäcker ihm damals öfter in den Rücken gefallen sei. Bild: pa

Moment mal!



Dienstpflicht statt Wehrpflicht – auch für Frauen

Von Klaus Rainer Röhl

Vieles, was in den letzten 50 Jahren für die Ewigkeit gezimmert schien, ist in diesem Jahr ins Wanken geraten, zum Beispiel die Überzeugung, dass die CDU eine wertkonservative, im Zweifelsfall nationale Partei sei. Schon länger ist in der Union – auch in der CSU – eine Entwicklung zu beobachten, an Stelle von deutschen Interessen von der EU zu sprechen, anstelle von Privateigentum von Effizienz und an Stelle von Deutschen von Staatsbürgern unterschiedlicher ethnischer Herkunft, die auf dem Gebiet der (man möchte fast sagen, ehemaligen) Bundesrepublik Deutschland, teilweise als diffuse Masse, teilweise bereits als gut organisierte Parallelgesellschaften mit muslimischer Religion und eigenen, durch Erziehung weitergegebenen Wertvorstellungen – mit Deutsch als Fremdsprache leben. So wird Sarrazins Buch zum Bestseller.

Selbstverständlichkeiten wie Landesverteidigung und Pflicht dem eigenen Volk gegenüber, Waffendienst oder soziale Dienste für die Gemeinschaft – der Deutschen – zu erbringen, verstanden sich längst nicht mehr von selbst. So war es nur eine Frage der Zeit und der forsch ergriffenen Gelegenheit, die Frage der Wehrpflicht zu stellen und ohne Änderung des Grundgesetzes eine „effiziente" Berufsarmee – also, auf deutsch gesagt, eine Söldnertruppe, statt der Bundeswehr aufzustellen.

Die Wehrpflicht wurde von Jahr zu Jahr zu einer Farce, die zuletzt noch von 19 Prozent aller Jugendlichen, vorwiegend aus bildungsfernen Schichten, aus ländlichen Gebieten und der ehemaligen DDR erfüllt wurde, während der Nachwuchs der gebildeten Gutmenschen missmutig den Ersatzdienst als Hilfskräfte in Krankenhäusern und Altersheimen abdiente. Während der große Rest auf jede Art von Pflicht Verzicht leistete und sich ganz der Vorbereitung auf den Beruf widmete. Zeit, die Wehrpflicht „auszusetzen" und sie durch eine effiziente Truppe aus Berufssoldaten zu ersetzen, fand der selber ganz der Effizienz leidenschaftlich ergebene Baron von und zu Guttenberg.

Wehrpflicht ist eigentlich ein aussterbendes Wort für etwas Vergangenes wie „Wehrmacht". „Pflicht" gibt es in Deutschland nur noch in Sonntagsreden des Bundespräsidenten und als viel belachten Scherz im „Senftöpfchen" und bei Dieter Hildebrandts Nachfolgern. Mit dem Gesetz über die Wehrpflicht war ursprünglich gemeint, dass alle dienstfähigen Männer zum Militär mussten, um in einem langen, meist ziemlich strengen Dienst Disziplin, Gemeinschaftsgeist, Gehorsam und leider auch – schießen zu lernen. Natürlich zu Verteidigungszwecken, das sagten alle Gesetzgeber ihren Völkern. Die Frauen waren von dieser Pflicht ausgenommen, weil von ihnen Geburt, Pflege und Erziehung der Kinder der Gemeinschaft erwartet wurde. Seit eh und je.

»Pflichten« sind sowieso nur noch in Sonntagsreden Thema

Kampfverbände, die von allen wehrfähigen Männern aufgestellt wurden, gab es schon in der römischen Republik. Oder bei den germanischen Stammesverbänden, die, wenn man so will, demokratisch verfasst waren, aber auch ziemlich chaotisch. Hier muss man von einem „Wehrrecht" sprechen (das Recht, jedes Mannes, Waffen zu tragen) und der Pflicht, sie im Kriegsfall zu gebrauchen. Das war ungeschriebenes Gesetz. Tacitus berichtet darüber, dass Feiglinge praktisch gelyncht wurden. Diese Pflicht zum Kriegsdienst wurde später, bei sich ändernden politischen Umständen (Bildung von Königreichen und Kriegen zur Ausdehnung ihrer Territorien) nach und nach durch Berufssoldaten übernommen, den Rittern, die dafür durch Privilegien und Landbesitz vom Lehensherrn entlohnt wurden. Allmählich wurde nicht nur die Wehrpflicht der Bauern, sondern auch ihre Wehrfähigkeit ausgehöhlt. Ihr Land wurde im ausgebildeten Feudalismus von den Rittern vereinnahmt, bis die Bauern – und das war die Mehrheit der Bevölkerung – allmählich zu Unfreien und Fronarbeitern des Grundherrn herunterkamen. Das letzte Land, das die Leibeigenschaft abschaffte, war Mecklenburg (1822).

Eine Art Wehrpflicht gab es in den aufblühenden Städten als Bürgergarden. Der preußische Staat war mit seinem „Kantonsystem" (Wehrfähige eines Gebietes waren für bestimmte militärische Einheiten vorgesehen) auf dem Weg zu einer Wehrpflichtigen-Truppe. Allgemein waren nach dem Zerfall des Lehnswesens des Mittelalters von der frühen Neuzeit bis zum Ende des 18. Jahrhunderts jedoch Söldnerheere die Regel, die wenig Bindungen zu ihrer Nation hatten, sondern für ihren Sold und die Aussicht auf Beute kämpften.

Das Frankreich der Französischen Revolution war der erste europäische Staat, der seine Armee mit der „Levée en masse" von 1793 fast ausschließlich aufgrund einer allgemeinen Wehrpflicht rekrutierte. Nach und nach führten auch andere europäischen Staaten die Wehrpflicht ein. In der Weimarer Republik war sie aufgrund der Bestimmungen des Versailler Vertrags 1919 abgeschafft worden; die Reichswehr eine auf 100 000 Mann des Landheers und 15 000 Soldaten der Marine begrenzte Berufsarmee. Hitler führte die Wehrpflicht wieder ein. Die Bundeswehr wurde erst mit dem Inkrafttreten des Wehrpflichtgesetzes am 21. Juli 1956 gegründet. Die Wehrpflicht kann daher jederzeit vom Bundestag mit einfacher Mehrheit ausgesetzt werden, ohne dass dafür das Grundgesetz geändert werden müsste.

Selbst Alice Schwarzer will, dass beide Geschlechter Dienst tun

Nach dem Vorstoß von Guttenbergs gab es sogleich Vorschläge, eine Dienstpflicht statt der Wehrpflicht einzuführen, einen „Gesellschaftsdienst", oder sogar eine Dienstpflicht zur Verteidigung der Umwelt. Das könnte sogar den Grünen gefallen. Eine künftige Dienstpflicht für alle anstelle der Wehrpflicht fordern Berufspolitiker wie Roland Koch und der CDU-Ministerpräsident des Saarlands, Peter Müller. Der Parlamentarische Staatssekretär im Finanzministerium, Hartmut Koschyk (CSU), sprach sich gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" sogar für eine allgemeine Dienstpflicht aus, für die es in der CSU große Sympathien gäbe. Nach den Vorstellungen des niedersächsischen Innenministers Uwe Schünemann sollte die Wehrpflicht bestehenbleiben, aber in eine allgemeine Heimatschutzpflicht umgewandelt werden, die in verschiedensten sozialen Einrichtungen abgeleistet werden kann – wie dem Deutschen Roten Kreuz, dem Arbeiter-Samariter-Bund, dem Technischen Hilfswerk oder der Feuerwehr. Den Weg zu dieser Reform weist das Grundgesetz selbst, so Schünemann. Bereits seit 2008 wird darüber diskutiert, einen „Gesellschaftsdienst" einzuführen, bei dem alle männlichen Jugendlichen einen Dienst für die Gesellschaft leisten sollen, um wenigstens einmal im Leben etwas für die Gemeinschaft zu tun. Warum nicht auch die Frauen?

Der Jahrtausende alte Grund, Frauen vom Kriegsdienst freizustellen, ist in unserer modernen Gesellschaft weitgehend entfallen. Noch nicht einmal die Hälfte der Frauen im wehrpflichtigen Alter ist mit dem Kinderkriegen oder der Betreuung des Nachwuchses beschäftigt. Warum keinen Dienst beim DRK und in Krankenhäusern? Fragen wir Alice Schwarzer. Oder lieber doch nicht. Sie ist in letzter Zeit so milde geworden, dass sie mir recht geben würde. Und das wäre mir peinlich. Für das Recht von Frauen, freiwillig zur Bundeswehr zu gehen, ist sie ja schon 1978 eingetreten. Und was lese ich nun? Vor kurzem hat sie ein Jahr Dienstpflicht für Männer „und" Frauen gefordert. Bravo, Alice.

Verwechselte Vornamen: Der Autor des Gastkommentars in unserer letzten Ausgabe heißt richtig Dr. Klaus Peter Krause. Wir bedauern das Versehen!

Geschichte der Rekonstruktion

Eine Ausstellung in München beleuchtet die Beweggründe für die Wiederherstellung zerstörter Gebäude

Die Geschichte der Wiederherstellung zerstörter Bauwerke ist fast so alt wie der Hausbau selbst. Um die Diskussion darum zu versachlichen und auf eine breite Dokumentationsbasis zu stellen, präsentiert das Architekturmuseum der Technischen Universität München in der Pinakothek der Moderne eine Ausstellung.

Anhand von 85 repräsentativen Fallbeispielen aus aller Welt, die von der Antike bis zur Gegenwart reichen, werden in zehn thematischen Abteilungen die unterschiedlichen Beweggründe für die Wiederherstellung verlorener Bauten dargestellt und analysiert. Die Chinesische Mauer steht ebenso im Blickpunkt wie Paul Gauguins mit Schlafzimmer und Atelier ausgestattete Holzhütte auf der Insel Hiva Oa. Der seit anno 690 alle 20 Jahre exakt kopierte Ise-Schrein in Japan wird ebenso vorgestellt wie das vor einigen Jahren mit angeschlosse-

Fast 100 Jahre blieb der Dom zu Speyer ein Torso

nem Einkaufszentrum wiedererbaute Braunschweiger Residenzschloss. Der Veranschaulichung dienen Modelle und Baupläne, Gemälde, Grafiken, Fotos und bewegte Bilder. Im Dreischritt werden 200 weitere Rekonstruktionen knapp angesprochen: Das erste Bild zeigt den originalen Bau, das zweite den zerstörten, das dritte den wiederhergestellten.

Zur grundsätzlichen Bedeutung von Bauwerken erklärt Winfried Nerdinger, der Direktor des Architekturmuseums: „Zur Ausbildung und Prägung eines kulturellen Gedächtnisses spielen Bauten, als exponierte und jedem direkt vor Augen stehende Zeugnisse der Vergangenheit, von jeher eine besondere Rolle.“ Indem sie das Bewusstsein für eine gemeinsame Vergangenheit schaffen, sind sie ein starkes Bindeglied für das Gefühl lokaler und nationaler Zusammengehörigkeit und Identität. So war es zum Beispiel für den Bürgermeister von Venedig selbstverständlich, dass der 1902 eingestürzte Campanile auf dem Markusplatz sofort wieder aufgebaut wird. Er verkündete: „Wie es war, wo es war.“

Zum Auftakt beleuchtet die Schau Rekonstruktionen an heiligen Orten, die der Sicherung religiöser Kontinuität dienen. Eine Federzeichnung von 1606 zeigt den Dom zu Speyer vor seiner Zerstörung 1689 durch französische Truppen im Pfälzischen Erbfolgekrieg. Fast 100 Jahre blieb er Torso. Dann erfolgte der Wiederaufbau mit der Vorgabe, so viel wie möglich vom alten Bau zu erhalten und das Verlorene unter Orientierung an den alten Formen zu ergänzen. Eva-Maria Seng berichtet im Katalog: „Solche antiquarischen Strömungen sind seit 1750 allgemein feststellbar.“

Diese Form der schöpferischen Wiederherstellung, die verlorene Bauteile in idealtypischer Weise ergänzte, war im 19. Jahrhundert besonders beliebt. Winfried Speitkamp berichtet in seinem Katalogaufsatz: So erst entstand „die deutsche Erinnerungslandschaft, wie sie heute überliefert ist und das Bild der Geschichte vor dem 19. Jahrhundert nachhaltig prägte und prägt.“

Prominente Beispiele sind die Burgen am Mittelrhein, etwa Burg Stolzenfels. Deren Ruine machte die Stadt Koblenz dem preußischen Kronprinzen Friedrich Wilhelm zum Geschenk. Ein Modell präsentiert uns die 1836 bis 1847 auf Rechnung des Kronprinzen wiederhergestellte Burganlage – die vor ihrer Zerstörung so nie ausgesehen hat.

Als Touristenattraktionen besonders geschätzt sind auch weit über 1000 Jahre nach ihrem Untergang vorgenommene Rekonstruktionen antiker Bauten. Zu ihnen gehört das Limeskastell Saalburg (2. Jahrhundert nach Christus) bei Bad Homburg im Taunus. Kaiser Wilhelm II. legte 1900 den Grundstein für den



Dresden: Ruine und Rekonstruktion der Frauenkirche

Wiederaufbau des Kommandanturbaus („Principia“). Doch schon bald war klar, dass solche Bauten einst ganz anders ausgesehen hatten. Das vergrößerte die Skepsis gegen Rekonstruktionen, nachdem sich schon Ende des 19. Jahrhunderts erster Widerstand gegen die Wiederherstellung historischer Bauten geregt hatte.

Auf der „Generalversammlung des Gesammtvereins der deutschen Geschichts- und Alterthumsvereine“ in Kassel 1882 prägte der Archivar Hermann Grotefend die Formel: „Conservieren, nicht restaurieren“.

Aber erst nach den ungeheuren Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg ist die Wiederherstellung historischer Bauten zur jedermann berührenden öffentlichen Angelegenheit geworden. Die Rekonstruktionsgegner behaupteten, dass man mit architektonischen Wiederherstellungen die Spuren des Nationalsozialismus und damit auch der eigenen Mitschuld löschen wolle.

Der Schriftsteller Hermann Hesse hielt 1947 dagegen: „Viel-

Eine öffentliche Angelegenheit, die jedermann berührt

leicht ist die Zahl der Menschen, in Deutschland wie außerhalb, heute noch nicht so sehr groß, welche vorauszusehen vermögen, als welch vitaler Verlust, als welch trauriger Krankheitsherd sich die Zerstörung der historischen Stätten erweisen wird.“

Originalgetreuer als die kürzlich unter Verwendung authentischer Bauteile jeweils an der ursprünglichen Stelle neu erstandene Dresdener Frauenkirche ist noch nie ein Bau wiederhergestellt worden. Vorbildlich erfüllt die Frauenkirche die Grundsätze heutiger Rekonstruktionen: Die fehlende Teile ersetzenden Elemente müssen vom Originalbestand unterscheidbar sein, damit die Restaurierung den Wert des Denkmals als Kunst- und Geschichtsdokument nicht verfälscht. *Veit-Mario Thiede*

Die Ausstellung ist bis zum 31. Oktober im Architekturmuseum in der Pinakothek der Moderne, Barer Straße 40, München, dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 20 Uhr zu sehen. Der Katalog aus dem Prestel Verlag kostet im Museum 45 Euro, im Buchhandel 69 Euro. Eintritt 10/7 Euro.

IN KÜRZE

Copernicus in Lüneburg

Nicolaus Copernicus lebte am „Rande“ der zivilisierten Welt und widmete sich als Verwaltungsbeamter des Domkapitels in Frauenburg nur in seiner Freizeit der Astronomie. Doch seine Überzeugung, dass die Welt ganz anders beschaffen sei, als man glaubte, dass sich die Erde bewege und nicht der Himmel um uns, beschäftigte ihn mehr als 40 Jahre. Sein gedrucktes Werk erreichte ihn erst auf dem Totenbett. Bei der letzten Bearbeitung half dem katholischen Domherrn Copernicus der protestantische Professor Rheticus aus Wittenberg. Und schon bald war klar, dass das Buch nicht nur die Astronomie revolutionierte. Denn das heliozentrische Weltsystem brachte eine neue Astronomie und die benötigte eine neue Physik, eine neue Theologie, ein neues Gottesbild und ließ den Augenschein in einem anderen Licht erscheinen. Das ist lange her und doch nicht vergessen, weil noch immer aktuell.

Jürgen Hamel hält jetzt im Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg einen Vortrag über Nicolaus Copernicus, den stillen Revolutionär. Hamel studierte in Leipzig Philosophie und Geschichte und promovierte in Rostock zu einem Thema der Frühgeschichte der Astrophysik. Er war viele Jahre an der Archenhold-Sternwarte in Berlin-Treptow sowie am Museum für Astronomie und Technikgeschichte in Kassel tätig. In den vergangenen Jahren war er beteiligt an der Herausgabe der Gesammelten Werke von Nicolaus Copernicus und Johannes Kepler und wirkte als Kurator für Ausstellungen unter anderem an der Württembergischen Landesbibliothek Stuttgart, an der Universitätssternwarte Wien, in Berlin, Rostock und Stralsund. Der Vortrag im Ostpreußischen Landesmuseum, Ritterstraße 10, Lüneburg, findet am Mittwoch, 8. September, 19.30 Uhr statt, Eintritt 4/3 Euro. *PAZ*

Tierische Neuinszenierung und ein Schlussakkord

Über die Wandlungsfähigkeit einer Institution – Gibt es noch einmal ein »Neu-Bayreuth«?

Unter „Neu-Bayreuth“ versteht man die totale Änderung der Inszenierungen nach dem Zweiten Weltkrieg durch Wieland und Wolfgang Wagner. Das Bühnenbild wurde vereinfacht, man arbeitete nur mit wenigen Aufbauten und viel Licht und Schatten. Seit knapp zehn Jahren vollzieht sich in Bayreuth wieder eine radikale Änderung des Inszenierungsstils.

Die bekannten Regisseure scheinen sich abgesprochen zu

»Lohengrin« wurde zum Mäusestück

haben, so werkfern zu inszenieren, dass man, wäre nicht die Musik, das jeweilige Werk nicht mehr erkennen würde. Regisseure mit anderer Auffassung werden offensichtlich ausgesperrt. Der Opernfreund vermisst die nicht erklärungsbedürftige, unmittelbar eingehende Inszenierung, die einfach über ihre Bilder, die Personenführung und natürlich über die Musik wirkt.

Aus der romantischen Oper „Lohengrin“ zum Beispiel ist in der Neuinszenierung von Hans Neuenfels in Bayreuth 2010 eine komische geworden, ein Mäusestück – noch besser, ein Rattenstück in der Art E. T. A Hofmanns. Litt etwa Brabant, wo die Oper spielt, im 10. Jahrhundert unter einer Rattenplage? Es gibt sie in weiß und schwarz auf der Bühne, und, geradezu niedlich, für Kinder wohl, auch in pink. Manchmal tragen sie nur noch die Füße und Hände von Ratten, sonst aber Frack und Zylinder, und ihre Rattenverkleidungen hängen sie einstweilen säuberlich an eine aus dem Schnürboden herab- und wieder hinauffahrende, durchnummerierte Riesengarderobe. Dann treten sie in der flotten gelben Glamour-Tracht einer Broadway Revue auf, die Rattendamen sind beim Hochzeitszug in niedliche bunte Kleidchen gesteckt, an Ratten erinnern nur noch die überlangen Schwänze. Und schließlich verwandelt sich das Rattenvolk am Schluss in echte Menschen in schicken Uniformen, die an die Tracht von Studentenverbindungen erinnern.

Darüber hinaus wird man durch türkisgrün gekleidete, aseptisch total verhüllte Laboranten, die immer wieder die geschäftig hin und her trippelnden Nager einfangen und abdrängen, und die hermetischen Wände mit runden Bullaugen daran erinnert, dass dieser „Lohengrin“ im Labor spielt.



Bayreuth 2010: „Lohengrin“ in der Inszenierung von Hans Neuenfels

Die Ritter sind Ratten, und Heinrich der Vogler ist der fallsüchtige König Ubu des gleichnamigen surrealistischen Theaterstücks, der jämmerlich durch die ganze Szene taumelt.

Zum Bekenntnis zur Werksferne muss noch ein Bekenntnis zur Hässlichkeit kommen. Bei aller sonstigen unterkühlten Ästhetik des Bühnenbildes – das Kind Gottfried, der neue Herzog von Brabant, steigt aus einem riesigen Ei als abscheulicher Homunkulus, mit aufgedunsenem Bauch und Wasserkopf und schmeißt seine Nabelschnur stückweise unter die Anwesenden.

Als ob die Tierchen auf der Bühne nicht genug wären, schaut das Publikum auf eine große Filmleinwand mit eingeblendeten, weiteren Mäuse- und Rattenszenen mit belehrendem (?) Text.

Ein Gegengewicht zu solch einer Inszenierung können nur die Sänger und Musiker bieten. Und da wurde in Bayreuth mit schwerem Geschütz aufgewartet. Selten hat man einen Tenor gehört, der heldisch wie lyrisch gleichermaßen vollkommen war wie Jonas Kaufmann. Die Regie zeigte ihn in seinem ganzen Schmerz – kein weltabgewandter überirdischer Gralsbringer, sondern – trotz der Ratten – so gern bleiben wollend, „tieftraurig“, wie Wagner selbst einmal seinen Lohengrin nennt.

Anette Dasch war ihm eine meistens ebenbürtige Elsa, mit kräftigem lyrischen Sopran. Beide waren auch optisch eine wahre Freude. Georg Zeppenfeld als König Heinrich war ein stimmliches Phänomen mit seinem wahrhaft königlichen mächtig-schönen Bass und der absoluten Verständlichkeit des Textes.

Was Wagner heute noch zu sagen hat, dafür ist gerade „Der Ring des Nibelungen“ das Paradebeispiel. Ein Kosmos, ein Pandämonium tut sich auf: Liebe und Hass, Mut und Feigheit, Selbstlosigkeit und Egoismus, vor allem aber die Gier des Menschen. Sie ist die Triebfeder der Protagonisten und Antagonisten – Alberich, Mime, Wotan, Fafner und Fasolt, Hagen, Gunter.

Das darzustellen braucht es keine Inszenierungen mit dem

Geschichte mit Musik erzählt

Dampfhammer; was Wagner dazu sagt, kann sich jeder selbst in seine eigene Zeit übersetzen. Regisseur Tankred Dorst folgte daher auch weithin dem Text, abgesehen von einer Reihe meist marginaler, oft missglückter Bezüge auf die heutige Zeit.

Der Dirigent Christian Thielemann ist beim „Ring“ in seinem Element. Er baut die Handlung mit Tönen auf, erzählt die Geschichte in Musik und entwickelt ein immer dichter werdendes Klanggemälde. Eine gelungene Produktion, die man in diesem Jahr zum letzten Mal hörte.

Irmgard und Werner Dremel

Namensgeber von Raketen wie Panzern

Die meisten, die Kalten Krieg und Friedensbewegung noch miterlebt haben, werden sich noch an die Debatte um die Stationierung der „Pershing“ erinnern, diese als Pendant zur sowjetischen SS-20 gedachte nukleare Mittelstreckenrakete. Die Älteren werden auch noch mit dem „Pershing“, dem schwersten Kampfpanzer der US-Armee im Zweiten Weltkrieg, der auch noch im Koreakrieg Verwendung fand, mehr oder weniger leidvolle Erinnerungen verbinden. Hingegen hochbetagt muss schon sein, wer den Namensgeber von beiden US-Waffensystemen, General John J. Pershing, in seiner bekanntesten Funktion erlebt hat. Die hatte „Black Jack“ nämlich im Ersten Weltkrieg als Oberbefehlshaber der US-amerikanischen Truppen an der Westfront.

Am 13. September 1860 kam der US-Amerikaner in Missouri zur Welt. Er absolvierte die Militärakademie Westpoint und hatte in den späten 80er Jahren als Kavallerieoffizier noch Anteil am Völkermord an den Indianern. Er kam 1899 auf die Philippinen, wo er Krieg gegen die Zivilisten führte, die sich mit der Okkupation ihrer Heimat nicht abfinden wollten.


Bild: Library of Congress

John J. Pershing

1916 überschritten US-Truppen unter seiner Führung die Grenze zu Mexiko, um den Freiheitskämpfer Pancho Villa zu bekämpfen.

Am 6. April 1917 erklärten die USA dem Deutschen Reich den Krieg. 52 Tage später ernannte Präsident Woodrow Wilson ihn zum Oberbefehlshaber der US-amerikanischen Streitkräfte in Europa.

Im Spätsommer 1918 griff die „American Expeditionary Force“ erstmals mit einer eigenständigen Offensive in das Kriegsgeschehen ein. Zwischen dem 12. und 15. September 1918 trafen Pershings Truppen bei St. Mihiel auf deutsche Einheiten, die im Begriff waren, sich zurückzuziehen und denen daher Artillerieunterstützung fehlte. Als die deutschen Truppen ihre neuen ausgebauten Stellungen erreicht hatten und wieder unter dem Schutz der eigenen Artillerie standen, war auch der amerikanische Vormarsch beendet. In der gemeinsam mit den Franzosen ab dem 26. September 1918 geführten Maas-Argonnen-Offensive verloren die angreifenden Amerikaner 125 000 Mann. Selbst am letzten Kriegstag – der Waffenstillstand sollte um 11 Uhr wirksam werden – ließ Pershing seine Truppen noch unter Verlusten angreifen.

Trotzdem wurde Pershing nach Kriegsende in seiner Heimat als Held verehrt und war sogar einige Zeit als Präsidentschaftsbewerber im Gespräch. Er blieb bis 1924 im Militärdienst und veröffentlichte 1931 seine Erinnerungen, für die er den Pulitzer-Preis erhielt. Nach dem Zweiten Weltkrieg, in dem er in öffentlichen Auftritten für einen Kriegseintritt seines Landes analog zum Ersten eintrat, starb der US-Militär hochbetagt am 15. Juli 1948 bei Washington. *Hans Lody*

Einheit ohne Osten

Vor 20 Jahren wurde der »Zwei-plus-Vier-Vertrag« unterschrieben

Am 12. September 1990 setzten die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, der noch existierenden DDR und der vier Siegermächte in einem Moskauer Hotel ihre Unterschrift unter den gemeinhin „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ genannten „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“, der nach Eintreffen der erforderlichen Ratifikationsurkunden in Bonn am 15. März 1991 in Kraft trat.

Originell war, dass die beiden deutschen Staaten zwar als Vertragspartner auftraten, es aber schon zum Zeitpunkt des Inkrafttretens nur noch einen gab, die Bundesrepublik. Das war jedoch unbedenklich, denn der Text sah vor, dass er „für das vereinte Deutschland“ gelten sollte (Artikel 8 Absatz 1 Seite 2). Damit war der westdeutschen „Identitätstheorie“, die besagte, dass nach 1945 das Deutsche Reich fortbestehe, wenn auch in seiner effektiven Staatsgewalt reduziert auf die Bundesrepublik, internationale Anerkennung zuteil geworden.

Polen hatte ebenfalls Vertragspartner sein wollen, denn es fühlte sich auch als bestimmende Siegermacht des Zweiten Weltkriegs. Das störte die vier „herkömmlichen“ Siegermächte, weshalb die Polen nur an einer einzigen der den Vertrag vorbereitenden Konferenzen, jener von Paris am 17. Juli 1990, teilnehmen durften. Dort wurde die für Polen entscheidende Zusage bekräftigt, die für sie wesentlich war, dass nämlich der Vertrag die bisherige Oder-Neiße-Linie als rechtsverbindliche Grenze festschreiben werde. Denn er bestimmte in Art. 1 Abs. 1 als Außengrenzen „die Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland“, und in Abs. 2: „Das vereinte Deutschland und die Republik Polen bestätigen die zwischen ihnen bestehende Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag.“

Der wurde bereits am 14. November 1990 abgeschlossen. Er bezog sich auf den Görlitzer Vertrag vom 6. Juni 1950 zwischen der DDR und der damaligen Volksrepublik Polen sowie den Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen. Die Zitierung des Görlitzer Vertrages war befremdlich, denn die gemeinsame Auffassung Bonns und der Westalliierten war bis dato, dass diese Abmachung null und nichtig sei.

Der Vertrag vom November 1990 war das Grab aller bisherigen Hoffnungen, dass wenigstens die Westmächte bei der Wiedervereinigung im Grundsatz von den Grenzen des Deutschen Reiches zum 31. Dezember 1937 ausgehen würden. Tatsächlich war es eher die Sowjetunion, die zu diesem staats- und völkerrechtlich an sich gebotenen Vorgehen bereit war. Das galt auch für den sowjetisch besetzten Teil Ostpreußens mit Königsberg: Die Sowjets hatten mit Polen im August 1945 einen Vertrag geschlossen, der dieses Gebiet betraf, und in dem sie den ausdrücklichen Vorbehalt des zukünftigen Friedensvertrages mit Deutschland ansprachen. Dementsprechend hat die westdeutsche Botschaft in Moskau Anfang Juli 1990 Bonn mitgeteilt, der sowjetische Generalmajor Geli Batenin sei bei ihr vorstellig geworden und habe über eine „Frage des nördlichen Ostpreußen“ gesprochen, die sich „über kurz oder lang stellen werde“. Aber Bonn lehnte ab, gemäß den schon laufenden Verhandlungen, die auf die territoriale Formel „Bundesrepublik plus DDR“ fixiert waren.


Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages durch die Außenminister der vertragschließenden Parteien: James Baker, Douglas Hurd, Eduard Schewardnadse, Roland Dumas, Lothar de Maiziere und Hans-Dietrich Genscher (von links) Bild: Getty

Ebenso wichtig wie die Grenzfragen war das Thema der Kriegsreparationen. Das Londoner Schuldenmoratorium vom Februar 1953 hatte die Entscheidung über Reparationsleistungen des besiegten Deutschlands auf die Zeit nach Abschluss eines Friedensvertrages verschoben. Nun kamen Deutschlands Vertragspartner ihm damit entgegen, dass sie darauf verzichteten, den Vertrag als den noch ausstehenden Friedensvertrag zu definieren. Nach gesundem Menschenverstand war er genau das, oder war er nicht schon überholt? Und zwar durch die Mitgliedschaft der Bundesrepublik im kollektiven Sicherheitsbündnis der Nato und in der EU, die ebenfalls dem Frieden dient? Das überkommene, auf Nationalstaaten ausgerichtete Prinzip eines Friedensvertrages war durch supranationale Friedenssicherung abgelöst worden. *Bernd Rill*

Petersdom-Kopie in Elfenbeinküste

Vor 20 Jahren weihte Papst Johannes Paul II. »Notre-Dame-de-la-Paix von Jamussukro« ein

Seit zwei Jahrzehnten gibt es nicht nur das Original des Petersdoms in Rom, sondern auch eine nicht viel kleinere Kopie in Westafrika. Ihr Grundstein wurde am 10. August 1985 gelegt. Nach dreieinviertel Jahren Bauzeit wurde die Kirche fertiggestellt. Geweiht wurde die Basilika allerdings erst am 10. September 1990 durch Johannes Paul II. im Rahmen seiner damaligen Afrika-Reise. Der große zeitliche Abstand wird damit begründet, dass der Heilige Vater seine Teilnahme an der Zeremonie von der Zusage abhängig gemacht habe, dass in der Nähe des Gotteshauses ein Krankenhaus errichtet würde. Mit dessen Bau wurde aber ein Jahrzehnt später begonnen.

Der reiselustige Pontifex hat den Dom der Gottesmutter geweiht. „Notre-Dame-de-la-Paix“ (Unsere Liebe Frau des Friedens) ist sein Name. Der Standort des imposanten Prachtstückes ist das weniger imposante Jamussukro. Die Ursache für die Wahl Jamussukros zum Standort wie auch zur Hauptstadt liegt darin begründet, dass die 248 Kilometer nördlich der Vorgängerin Abidjan gelegene Stadt der Geburtsort des von 1960 bis 1993 autokratisch regierenden ersten Präsidenten der Elfenbeinküste, Felix Houphouet-Boigny, ist. Wahrscheinlich 1905 erblickte der Angehörige der dortigen lokalen Häuptlingsfamilie, der sich später zum Herren der gesamten französischen Ex-Kolonie aufschwang, das Licht der Welt.

Ungeachtet der damals herrschenden niedrigen Preise für die Hauptexportgüter seines Landes, Kaffee und Kakao, zeigte sich das Staatsoberhaupt großzügig, als es darum ging, seinen 1989 von ihm zur Hauptstadt erhobenen Geburtsort standesgemäß auszubauen. Neben den Büropalästen der Regierung wurden auch noch ein Polytechnisches Institut und ein internationaler Flughafen aus dem Boden gestampft. Und eben „Notre-Dame-de-la-Paix“.


Die Kuppel ist niedriger, aber das Kreuz höher: „Notre-Dame-de-la-Paix“ Bild: pa

Die Basilika ist mit zirka 8000 Quadratmetern eines der größten Kirchengebäude der Christenheit. Ihre Kuppel ist zwar etwas niedriger als die des Petersdomes, aber dafür ist das darauf montierte Kreuz höher. Der Petersdom hat 15 000 Quadratmeter Grundfläche, in Jamussukro hat man das Doppelte. Allerdings ist das Kirchengebäude selbst kleiner, mit 7000 Sitz- und 11 000 Stehplätzen – in den Petersdom gehen 20 000 Menschen hinein. Der Baustein ist italienischer Marmor. Von den Fenstern sind 7000 Quadratmeter mit in Frankreich gefertigten Glasmosaiken geschmückt. Eins der Fenster zeigt den Präsidenten zusammen mit Jesus und seinen zwölf Aposteln. Das wirkt blasphemisch, entspricht aber Vorbildern in der mittelalterlichen Kunst Frankreichs, wo der König auf gleicher Augenhöhe mit Christus dargestellt wird.

Die Kirche ist unter der Leitung eines libanesischen Architekten und mit einer französischen Baufirma aufgezogen worden. Maßgeblich waren Ausländer beteiligt, hauptsächlich aus dem benachbarten Burkina Faso, dem früheren Obervolta, was vom Präsidenten sehr gefördert wurde, um sich mit den dankbaren „Gastarbeitern“ eine Klientel zu sichern. Die Fremden machen inzwischen etwa ein Viertel der gesamten Bevölkerung der Elfenbeinküste aus.

Das „pharaonische“ Unternehmen ist umso bemerkenswerter, als der Prestigebau noch nicht einmal den Status einer Diözesan-Kathedrale hat und die Christen in der mehrheitlich von Moslems und Animisten bewohnten Elfenbeinküste nur eine Minderheit von 27,5 Prozent darstellen. Zu seiner Verteidigung hat der Präsident angeführt, dass er die Kosten von umgerechnet über 200 Millionen Euro aus seinem Privatvermögen beglichen habe. Bedenkt man, dass er auf Schweizer Konten mindestens sieben Milliarden US-Dollar angehäuft hat, könnte das sogar stimmen.

Inzwischen ist das Gotteshaus auch sein Mausoleum. Im Dezember 1993 starb er an Krebs, am 7. Februar 1994 fand seine Begräbnisfeier statt, an der vom französischen Präsidenten François Mitterrand abwärts die halbe politische Elite der ehemaligen Kolonialmacht, als deren Musterschüler er galt, teilnahm. *Bernd Rill/PAZ*

Favoritin des Deutschordensstaates

Eine Reliquie der Katharina von Alexandrien wurde eigens nach Ostpreußen überführt

Katharina von Alexandrien erfreute sich im Deutschordensstaat einer Beliebtheit wie kaum eine andere Heilige. So gehört die Translation einer Katharinenreliquie in die Komturei Brandenburg am Frischen Haff denn auch zu den wenigen Überführungen einer Reliquie an einen anderen Ort, von denen die Umstände bekannt sind, .

Allgemein standen die Märtyrer und Märtyrerinnen der frühen Christenheit während der Epoche der Kreuzzüge (1096–1291) bei Fürsten und Rittern in hohem Ansehen. Sie galten als Schutzpatrone der Kreuzritter und wurden von ihnen vor einer Schlacht um Hilfe durch ihre Fürbitte zu Gott angerufen. Wie die Märtyrer fassten auch jene, die unter dem Zeichen des Kreuzes ins Feld zogen, bewusst die Möglichkeit ins Auge, im Glaubenskampf zu sterben.

Beim Deutschen Orden erfreute sich dabei die byzantinische Heilige Katharina von Alexandrien besonderer Beliebtheit. Durch den Einfluss der Deutschordensritter wurde sie in Ostpreußen zu einer großen Volksheiligen, sogar zu einer der beliebtesten weiblichen Heiligen nach der Jungfrau Maria. Auch von manchen Gelehrten bereits im ausgehenden Mittelalter geäußerte Zweifel an der tatsächlichen Existenz Katharina von Alexandriens taten dieser Popularität keinen Abbruch. Ab 1300 zählte sie zu den 14 Nothelferheiligen. Für ihren Festtag, den 25. November, entwickelte sich ein vielfältiges Brauchtum. So wurde in Königsberg im 14. Jahrhundert ein Katharinenspiel aufgeführt, das der geistlichen Erbauung der Gläubigen diente.

Äußerst selten nur sind die Umstände der Überführung einer Reliquie an einen anderen Ort überliefert worden. Bezeichnenderweise gehört dazu Translation einer Katharinenreliquie in eine ostpreußische Komturei, nämlich nach Brandenburg am Frischen Haff nahe Königsberg. Über dieses Ereignis des Jahres 1378 ist ein Bericht des Chronisten Wigand von Marburg, eines Herolds des Deutschen Ordens, erhalten. Wigand beschrieb detailliert die Umstände der Reliquienüberführung. Ihr Ziel, die Brandenburg des Deutschen Ordens, war zur Überwachung der Schiffe nach Königsberg angelegt worden. Bei der Reliquie handelte es sich um ein Geschenk des römisch-deutschen Kaisers Karls IV. (1316–1378) an den Komtur der Burg Brandenburg, Günther von Hohenstein, da dieser ihm zuvor als Komtur von Schwetz treue Dienste geleistet hatte. Der Kaiser hatte ihm die Erfüllung eines Wunsches offeriert, worauf sich Günther von Hohenstein eine Reliquie der Heiligen Katharina aus dem großen Reliquienschatz des Monarchen erbeten hatte. 1378 wurde ihm diese wunschgemäß überbracht, wobei der ermländische Bischof Heinrich III. Surbom, ein ehemaliger Sekretär Karls IV., die Vermittlerrolle übernahm.

Der überaus fromme Kaiser Karl IV. nannte eine der größten Reliquiensammlungen der damaligen Zeit sein eigen. Sie wurde im Dom zu Prag und auf dem Karlstein in Böhmen aufbewahrt. 1373 hatte der Kaiser das Kurfürstentum Brandenburg für 500 000 Gulden erworben und Tangermünde zu seinem Zweitsitz gemacht. Von dort brach der schwerkranke Regent im November 1377 mit Bischof Heinrich Surboom in seinem Gefolge zu seiner letzten Reise auf, die ihn zu einem französischen Wallfahrtsort führte. 1378 kehrte er nach Prag zurück, wo er wenig später starb.

Im selben Jahr ließ Bischof Heinrich die Reliquie in die Komturei Brandenburg überbringen. Günther von Hohenstein hatte dafür eine kostbare Figur der Heiligen Katharina als Behälter anfertigen lassen, da er, nach Wigand von Marburg, sich diese Heilige „zur Himmelsbraut und Freundin“ erwählt hatte. Die Statue wurde mit einem prachtvollen Mantel umgeben, und zu ihren Füßen lag Maxentius, der heidnische Herrscher. An dem festgesetzten Tag geleiteten 220 Geistliche das Behältnis mit seinem kostbaren Inhalt in feierlicher Prozession zum Dorf Brandenburg, wo es von den Menschen mit Jubel empfangen wurde. Bischof Heinrich feierte eine Messe zu Ehren der jungfräulichen Katharina, und der Gemeinde wurde bekannt gegeben, auf welche Weise die Reliquie dorthin gelangt war. Anschließend trug der Bischof das Reliquiar in einer von Gesang begleiteten Prozession in die Burgkapelle.

Günther von Hohenstein starb 1380. Er wurde in der Kirche des Dorfes Brandenburg beigesetzt. Burg und Kirche sind seit den Kämpfen von 1945 Ruinen. Das Katharinenreliquiar aus der Burgkapelle gelangte – wann genau, ist nicht bekannt – in die Marienburg, wo es in der Kapelle des Hochmeisters aufgestellt wurde, die den Namen „St. Katharinenkapelle“ erhielt.

Dagmar Jestrzemski

Die Verfasserin dieses Beitrags ist Autorin des diesen Sommer im Berliner Lukas Verlag für Kunst und Geistesgeschichte erschienen Buches „Katharina von Alexandrien – Die Kreuzritter und ihre Heilige“.



Brandenburg am Frischen Haff: Schnitt aus dem 17. Jahrhundert Bild: Archiv

Katharina von Alexandrien

Der Legende nach war Katharina eine Königstochter im ägyptischen Alexandrien, geboren in Famagusta auf Zypern. Da sie ihrem Glauben nicht abschwören wollte und überdies 50 Philosophen im Disput überwunden hatte, befahl der erzürnte römische Kaiser Maxentius um 300 n. Chr., die standhafte Jungfrau mit einer vierrädrigen Foltermaschine zu martern und zu töten. Doch das grausame Spektakel fand nicht statt, weil Engel eingriffen: Die mit Messern gespickten Räder zerbarsten in Stücke, deren herumfliegende Trümmer Tausende von Heiden und Schergen erschlugen. Danach habe der Kaiser die Glaubenszeugin mit dem Schwert enthaupten lassen, so steht es in der Legende. Aus diesem Grund waren ein mit Messern besetztes Rad und ein Schwert ihre Attribute, an denen die Gläubigen sie auf den Bildnissen erkannten.

Das Katharinenkloster am Mosesberg im Sinaigebirge, ein Unesco-Weltkulturerbe, gilt als Grabesort der heiligen Katharina von Alexandrien. Zehntausende Pilger und Touristen strömen jährlich dorthin, um die Stätten zu besichtigen, die mit dem Propheten Mose in Zusammenhang gebracht werden. Aber auch die Reliquien der Märtyrerin in der Klosterbasilika sind eine weltberühme Attraktion. *D.J.*


Foto: pa

Katharina von Alexandrien

Mehr als nur ein Straßenname

Vor 250 Jahren wurde Bogislav Friedrich Emanuel Graf Tauentzien von Wittenberg geboren

Kommt die Rede auf den „Tauentzien“ – so die gebräuchliche Bezeichnung für die Berliner Tauentzienstraße – denkt man wohl eher an Geschäfte für den weniger schmalen Geldbeutel oder das dort befindliche „Kaufhaus des Westens“ als an den Namensgeber der Straße – womit man ihm Unrecht tut.

Bogislaw Friedrich Emanuel von Tauentzien wurde am 15. September 1760 in Potsdam geboren. Sein Vater, Friedrich Bogislaw von Tauentzien, stand als Offizier im Dienste Friedrichs des Großen. Er hatte an nahezu jeder bedeutenderen Schlacht der Schlesischen Kriege teilgenommen und sich insbesondere 1760 um die Verteidigung Breslaus verdient gemacht.

Auch Bogislaw schlug die Offizierslaufbahn ein. Sein Aufstieg, sicher auch durch die Verdienste des Vaters begünstigt, erfolgte zunächst abseits der „klassischen“ militärischen Betätigung. Prinz Heinrich hielt große Stücke auf den jungen Tauentzien und holte ihn an den Rheinsberger Hof. Als Adjutant begleitete er den Prinzen in den Bayerischen Erbfolgekrieg, vor allem aber auf Reisen. Als sich Heinrich 1792 gegen den Krieg gegen Frankreich aussprach, wandte sich neben vielen anderen auch Tauentzien von ihm ab. Der Prinz sympathisierte keineswegs mit den Jakobinern, aber er fürchtete, dass alle Franzosen geradezu an die Seite der Revolution gezwungen würden, wenn es notwendig sei, das Vaterland zu verteidigen. Tauentzien hingegen war für den Kampf.

Seine weitere Karriere lässt vielfach die „Ausbildung“ durchscheinen, die er im Dienste Heinrichs auf militärischem und diplomatischem Gebiet erhalten hatte. König Friedrich Wilhelm II. erhob ihn in den Grafenstand. 1794 wurde er für längere Zeit an den Zarenhof gesandt. Andere Missionen folgten. Da er in Russland in besonders guter Erinnerung blieb, bat man von dort aus um seine Wiederverwendung, allerdings vergeblich.

Adjutant Prinz Heinrichs

1804 kehrte Tauentzien in den Truppendienst zurück. Zuerst übernahm er ein Regiment in Ansbach. Er war an der Schlacht bei Jena im Oktober 1806 beteiligt und geriet später in Kriegsgefangenschaft. Zunächst auf Ehrenwort entlassen, erfolgte im Dezember 1806 seine erneute Festnahme durch die Franzosen. Erst im November 1808 kam er frei. Befördert wurde Tauentzien regelmäßig, sogar während der Gefangenschaft.

Im Zuge der Neubildung des preußischen Heeres wurde er zum Chef der Brandenburgischen Brigade ernannt. Seinem Befehl unterstand auch Ferdinand von Schill, der 1809 sein Husarenregiment gegen Napoleon führte. Dieser Versuch eines Aufstandes scheiterte schon nach wenigen Wochen. Ob Tauentzien in das Vorhaben Schills, der eigenmächtig handelte, eingeweiht war oder es gar unterstützte, ist nicht sicher zu klären. Dem Vorhaben, die Fremdherrschaft abzuschütteln, dürften seine Sympathien aber in jedem Falle gehört haben.

Tauentzien Bild: Archiv

Als sich im Frühjahr 1813 der Widerstand gegen Napoleon formierte, hoffte Tauentzien auf den Oberbefehl. Der Fürsprache des Zaren konnte er sicher sein. Sein Ansehen bei den preußischen Militärreformern war allerdings weniger hoch, namentlich Gerhard von Scharnhorst und August Neidhardt von Gneisenau bezweifelten seine Leistungsfähigkeit als Heerführer und auch Hermann von Boyen meinte, er sei mehr Hofmann als Soldat. Zunächst fand er nicht einmal Verwendung „im Felde“. Erst im Juli 1813 wurde ihm das Kommando des IV. Armeekorps übertragen. Dieses sollte je nach Lage innerhalb der gegen Napoleon verbündeten Armeen entweder die Nordarmee unter dem schwedischen Kronprinzen Karl Johann oder die Schlesische Armee unter Gebhard Lebrecht von Blücher unterstützen. Mit dem Kronprinzen stand er wohl in gutem Einvernehmen – was nicht einer gewissen Ironie entbehrt. Karl Johann hatte noch wenige Jahre zuvor als Marschall Jean-Baptiste Bernadotte im Dienste des Kaisers der Franzosen gestanden; als Tauentzien Kommandeur in Ansbach war, hatte Bernadotte unter Verletzung der Neutralität seine Truppen durch dieses Gebiet geführt.

Am siegreichen Ausgang der Schlacht bei Großbeeren im August 1813 hatten Tauentziens Truppen großen Anteil. Die Schlacht bei Dennewitz im September 1813 entschied er gemeinsam mit Friedrich Wilhelm Freiherr von Bülow, dem Befehlshaber des III. Armeekorps. Darüber, dass Bülow seinem Namen „von Dennewitz“ beifügen durfte, wäre es zwischen den beiden Befehlshabern später beinahe zum Duell gekommen. Die Verleihung des Titels durch den König war nicht mehr rückgängig zu machen. Tauentzien forderte von Bülow eine schriftliche Erklärung, dass sein Korps in der Schlacht mindestens ebenso viel geleistet habe wie Bülows Soldaten. Bülow fand sich erst im letzten Moment zu einer solchen Erklärung und auch nur in einer von ihm modifizierten Form bereit.

Heerführer gegen Napoleon Bonaparte

Zu einem Titel kam Tauentzien dennoch. Die Völkerschlacht bei Leipzig hatte er zwar „verpasst“, weil er in den entscheidenden Oktobertagen 1813 auf die Meldung, Napoleon marschiere gen Berlin, seine Truppen dorthin führte. Aber noch im Dezember 1813 wurde er zum General der Infanterie befördert und seine Soldaten waren es, die Wittenberg im Januar 1814 einnahmen. Tauentzien konnte sich fortan „von Wittenberg“ nennen. Der Schönheitsfehler bestand nur darin, dass der ihm unterstellte General Leopold Wilhelm von Dobschütz die Eroberung geleitet hatte und Tauentzien nicht einmal dabei gewesen war.

Nach den Befreiungskriegen führte er von Berlin aus verschiedene Kommandos und war wieder mit diplomatischen Missionen betraut. Am 20. Februar 1824 starb Tauentzien. Mit dem Tod seines Sohnes Heinrich Bogislaw im Jahre 1854 ist der gräfliche Zweig der Familie erloschen.

1864 bestimmte ein königlicher Erlass Wilhelms I. die Benennung von – zum Teil erst später gebauten – Berliner Straßen nach Schlachten und Heerführern der Befreiungskriege. Auch der Name Bogislaw von Tauentzien war darunter. Er mag keiner der großen Militärtheoretiker oder Heerführer gewesen sein, aber einen festen Platz in der preußischen Geschichte kann er für sich beanspruchen – an den nicht nur in Berlin durch Straßennamen erinnert wird. *Erik Lommatzsch*

Dem Boden verbunden

Zu: „Mentale Greise“ (Nr. 31)

Mir scheint, dass der Kommentar von Hans Heckel aus der Sicht der Menschen, die von Grund und Boden leben und der Natur in besonderer Weise verbunden sind, daneben gegriffen ist. Die Bezeichnung Vergreisung darf nicht unwidersprochen bleiben. Was haben denn 78 Garmischer Bauern und ihre Familien mit den Olympischen Spielen zu tun?

Es ist schon ein starkes Stück, wenn Menschen, deren Lebensgrundlage der Boden ist, die ihm seelisch verbunden sind und die sich gegen ihre Vereinnahmung, in diesem Fall von einer Sportindustrie, wehren, als vergreist dargestellt werden.

Hier zeigt sich das alte Phänomen zwischen Stadt und Land. Stadtmenschen, auch Journalisten, die lohnabhängig und von der produzierenden „Industrie“ geprägt sind, sind immer der Feind der Landwirtschaft gewesen und sind es noch.

Klaus Glagau, Münster

Auch in Königsberg gedachte man Königin Luises

Zu: „Zerbrechliche Schönheit“ (Nr. 32)

Was Berliner, Brandenburger und Mecklenburger zum Gedenken des 200. Todestages der preußischen Königin in diesem Jahr organisiert haben, wird nun doch Einzug in die Geschichte finden. Dabei spielt es keine Rolle, ob es der Dokumentarfilm „Luise – Königin der Herzen“ vom NDR und Arte oder die Ausstellungen „Leben und Mythos der Königin“ im Schloss Charlottenburg und „Luise – Inselwelt der Königin“ auf der Pfaueninsel waren.

Die Ausstellungen „Der Tod der Königin“ im Kastellanhaus von Schloss Hohenzieritz und „Luise – Die Kleider einer Königin“ im Schloss Paretz sind bis zum 31. Oktober geöffnet. Es waren bisher über 100000 Menschen, welche die Ausstellungen besucht haben.

Als einzige Landesregierung hat jene von Mecklenburg-Vorpommern die Königin am 19. Juli 2010 in einem Staatsakt geehrt. Unter den Ehrengästen befand sich Georg Friedrich Prinz von Preußen.

Als Luise mit 17 Jahren 1793 als Kronprinzessin in Berlin einzog, flogen ihr die Herzen zu. Als sie im Dezember 1809 nach Flucht und Exil aus Ostpreußen zurückkehrte, schenkten ihr die Berliner eine mit lila Samt ausgeschlagene Kutsche. Als aber schließlich ihr Sarg am 27. Juli 1810 in der Hauptstadt Preußens eintraf, weinte ein ganzes Land. Sie war und blieb der Stolz ihrer Untertanen. Wilhelm von Humboldt schrieb unmittelbar nach ihrem unerwarteten Tod: „Die Königin war, auch bloß als Frau betrachtet, von einer seltenen Harmonie in ihrem ganzen Wesen; sie hatte wirkliche Größe.“

Der Geschichtsverein „Herz der Stadt Kaliningrad“ ist Partnerverein des Schlossvereines Hohenzieritz. Wie aus dem ehemaligen Königsberg verlautet, wurde in der Luisen-Kirche der Königin ehrenvoll gedacht.

Hans-Joachim Nehring, Neubrandenburg

Ach so klug ...

Zu: „Rätsel Afghanistan“ (Nr. 30)

Ich verstehe unsere Politiker nicht. Es heißt, aus Fehlern wird gelernt. Der Engländer hat sich in Afghanistan Blasen gelaufen, der Russe in den 80er Jahren auch. Aber die Nato kann es? Da wird an einem Europa gebaut, ohne die Völker zu fragen. Die Sowjetunion entstand auch ohne Volkeswille. Unsere Politiker haben die Weisheit ja mit Löffeln gefressen.

Fredi Volkmann, Dortmund

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Hüte von Königin Luise in Paretz: Zum 200. Todestag der preußischen Monarchin gibt es zahlreiche Ausstellungen – unter anderem im Ostpreußischen Landesmuseum im Lüneburg. Bild: pa

Reiner Etikettenschwindel

Zu: „Gründe und Abgründe“ (Nr. 31)

Zur Erwähnung von Herrn Heckels Satire, dass bei den Nettolöhnen Deutschland (nur) auf Platz elf liege, ist ein ergänzender Hinweis angebracht: Dieser ergibt sich aus dem Etikettenschwindel des Begriffes „Krankenversicherung“. Oder kennen Sie – außer Sozialversicherungen – eine Versicherung, bei der sich deren Prämie nicht nach der Höhe des abgedeckten Risikos, sondern nach der Einkommenshöhe richtet? Wegen der Einkommensabhängigkeit der „Versicherungsprämien“ sind gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung nichts anderes als zweckgebundene Steuern. Zu dieser zusätzlichen „Solidaritätsabgabe“ werden zudem, ohne dass ihnen – selbst bei sehr hohen Beiträgen – ein auch nur marginaler Vorteil gegenüber Nichtzahlern erwüchse, ausschließlich die gesetzlich Versicherten vergattert. Dies ermöglicht es zudem den Sozialisten, mit der Botschaft hausieren zu gehen, beispielsweise in Schweden lägen die Einkommensteuern viel höher als bei uns, wobei geflissentlich verschwiegen wird, dass Krankenkosten dort aus der Steuer beglichen werden: Sie argumentieren folglich mit einem Äpfel-Birnen-Vergleich.

Der verlogen niedrige Listenplatz gegenüber anderen Ländern ist somit Folge der Taktik, die Einkommensteuer auf mehrere Haufen zu verteilen und nur einen Teil davon als diese zu deklarieren.

Dr.-ing. Hans-J. Kucharski M. A., Mülheim

Flensburger entdeckten ihre Liebe zu Dänemark

Zu: „Hetze gegen ‚ostpreußische Rundschädel‘“ (Nr. 31)

Aus dem zerstörten Königsberg erreichten wir endlich am 5. Mai 1945 das vom Krieg verschonte Flensburg. Der Ort war Sitz der Reichsregierung. Es herrschte eine kaum erklärbare Stimmung, es war eine irgendwie andere Welt. Ein englischer Bomber entlud „spaßeshalber“ in der Nähe der Oberschule (Brixstraße) seine Bomben, so dass auch hier schließlich noch ein Hauch von Bombenterror sichtbar wurde.

Wir besaßen genau das, was wir am Körper trugen, und landeten im Stroh in einer Volksschule am Südermarkt. Die Ernährungslage in der völlig überfüllten Stadt verschlechterte sich von Tag zu Tag. Lange Schlangen vor den Brotläden. Der Hunger hielt Einzug.

In den folgenden Monaten vollzog sich für einen 14/15-Jährigen eine bis heute prägende Wandlung in Teilen der einheimischen Bevölkerung. Gestern noch „ein Volk, ein Reich, ein Führer“, tauchten jetzt zunehmend dänische Flaggen am Revers der Kleidung auf, eine für uns unglaubliche „Besinnung“ auf dänische Wurzeln wurde nach außen sichtbar und hörbar. Diese Spaltung war für uns Flüchtlinge doppelt belastend, da nun diejenigen, die sowieso nichts verloren hatten, großzügig durch Dänemark unterstützt wurden. Es bedurfte einiger Beherrschung, diesem Treiben hilflos zuzusehen. Meine Mutter zitierte, „reich ist man nicht durch das, was man hat, sondern durch das, was man mit Würde zu entbehren weiß“.

Übrigens auch viele Danziger besannen sich auf ihren Freistaatstatus und trugen ihr Wappen zur Schau, nach dem Motto „Wir haben mit all dem ja auch nichts zu tun“.

Gut, dass in der *PAZ* untendenziös auch diese Zeit aufgearbeitet und dargestellt wird. Gerade in diesen Jahren 1945 bis 1950 haben viele Menschen den Krieg drei Mal verloren. Es gibt da noch viel zu tun, um unserer Jugend diese deutsche Geschichte zu vermitteln.

Günter Rubach, Cuxhaven

Warum hat Frau Steinbach nicht protestiert?

Zu: „Widerspruch“ (Nr. 32)

Man ist ja einiges gewöhnt, was Festredner der politischen Parteien den Heimatvertriebenen bei Veranstaltungen ihrer Verbände glauben zumuten zu können. Was sich auf der Gedenkveranstaltung des Bundes der Vertriebenen (BdV) zugetragen hat, ist so ungeheuerlich, dass man es nicht zu glauben vermag. Doch solche Entgleisungen haben leider schon „Tradition“.

Bundestagspräsident Norbert Lammert, nach dem Bundespräsidenten zweithöchster Repräsentant dieses Landes, trägt da mal so in seiner Rede einfach locker vor, die Vertriebenen seien aus Polen nach Deutschland gekommen. Dass das die historische Wahrheit ist, glaubt er doch selber nicht. Was für ein Schlag ins Gesicht der Vertriebenen, man sollte sich das für künftige Wahlen merken. Hat es ob dieser Lammer-Rede Buh-Rufe gegeben? Hat die Präsidentin Protest angemeldet? Warum hat sie nicht den Raum verlassen?

Ich bin als Nicht-Vertriebener aus Solidarität dem BdV beigetreten, auch in Vertretung meiner vertriebenen Frau aus Ostbrandenburg. Was sich dort am Ende des Krieges abgespielt hat, kann man in dem Buch „Totentanz im Oderland“ nachlesen. Ich bin nicht gewillt, nach diesem Eklat im BdV zu verbleiben. Wer sich nicht wehrt, muss sich nicht wundern, wenn er immer mehr getreten wird.

Die Integration der 16 Millionen Vertriebenen mit der Integration von Migranten aus nichteuropäischen Ländern zu vergleichen, ist eine Äußerung, die zeigt, dass Herr Lammert die Brisanz und die Folgen der ungehemmten Einwanderung in den zurückliegenden Jahren nicht erkannt hat. Ich hatte in meiner beruflichen Tätigkeit von Amts wegen mit der Unterbringung und Betreuung von Migranten/Asylanten zu tun, ich weiß, wovon ich rede. Die Parallelgesellschaften, die Wilhelm v. Gottberg aufzeichnet, sind in Deutschland längst angekommen.

Bernd Dauskardt, Hollenstedt

Kaum ein Ankommen gegen die mächtige Gentechnik-Lobby

Zu: „Frankenstein auf Krankenschein“ (Nr. 26)

Die von führenden Personen aus allen politischen Parteien seit mindestens zehn Jahren als eine glänzende Technologie der Zukunft gelobte Gentechnologie verbreitet eine Reihe von „Gen-Lügen“, die gebetsmühlenartig auch von einer gesteuerten Presse verbreitet werden. Darunter steht an erster Stelle: Gentechnik bekämpft den Hunger. Sie ist sicher für die Ernährung von Menschen und Tieren, ihre Auswirkungen auf Mensch und Umwelt sind kontrollierbar, die Koexistenz mit dem Anbau von traditionellem Saatgut ist möglich ohne Einkommensverluste für konventionell wirtschaftende Bauern. Gentechnik reduziert den Einsatz von Pestiziden und verleiht Pflanzen eine größere Resistenz gegen Trockenheit und salzhaltige Böden. Eine Reduzierung der Artenvielfalt mag hier und da vorkommen, ist jedoch insgesamt unbedenklich.

Die größte aller Lügen besteht jedoch in der Behauptung, dass die Gentechnik nur eine Weiterentwicklung natürlicher Züchtungen ist. Der Molekularbiologe Cesare Gessler von der ETH Zürich hingegen beurteilt diese Tätigkeit ganz anders. Er sagt: „Die heutigen Produkte der Agrar-Gentechnik sind auf dem Niveau einer Dinosaurier-Technologie. Wir benutzen artfremde Gene, wir wissen nicht, wo im Genom diese eingebaut sind oder was sonst in der ganzen Kette vom Gen bis zum Protein verändert wird. Weil noch so viele offene Fragen bestehen, halte ich es für falsch, die heutigen transgenen Pflanzen freizusetzen. Vorerst bedarf es noch sehr viel Forschung im Gewächshaus.“

In Deutschland wie in den USA ist die Gentechnik-Industrie durchzogen von Seilschaften, die allein dem Zweck dienen, das genveränderte Saatgut auf dem europäischen Markt zu etablieren trotz der Ablehnung durch die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung. Solange diese Seilschaften bestehen, wird keine Aufdeckung des Filzes erfolgen. Das Netz ist feinmaschig und überall. Eine Kontrolle dieser Machenschaften erfolgt nicht. Fast alles verfügbare Geld für die Forschung in der Landwirtschaft wird in diese Entwicklung von genveränderten Pflanzen gesteckt.

Jedes Feld, auf dem Versuche veranstaltet werden zur Untersuchung von möglichen Risiken für benachbarte Kulturen, bringt neue Pollen, Samen und Gentransfer in die Umwelt und natürlich auch in die Lebensmittelregale. Die Kontamination schreitet voran.

Wenn wir uns das Recht auf Wahlfreiheit erhalten wollen, dann wird es Zeit, dass wir aktiv werden, um es für unsere Kinder zu erzwingen. Von „nuscht“ kommt „nuscht“. An diese ostpreußische Redensart kann ich mich noch gut erinnern.

Rudolf H. Doblin, Osterholz-Scharmbeck

Das Ende der Kohleförderung macht uns abhängig von Energieimporten

Zu: „Endlich eine gute Nachricht aus Brüssel“ (Nr. 31)

Gleich nach dem Krieg verdankten besonders die Industrien der süddeutschen Bundesländer wie Bayern oder Baden-Württemberg der deutschen Steinkohleindustrie, dass an Ruhr und Saar noch im Jahre 1957 605000 Bergleute auf 175 Zechen 150 Millionen Tonnen Steinkohle förderten. Als dann das Öl zum Unterweltmarktpreis in den deutschen Wirtschaftsraum floss, da reduzierten sich die Arbeitsplätze der Bergleute bis zehn Jahre später auf nur noch 295000. Die Bergleute förderten auf nur noch 81 Zechen immerhin noch 125 Millionen Tonnen Kohle. Da gab es Zechen wie die „Graf Bismarck“ in Gelsenkirchen, die nicht die durchschnittliche Produktionsquote von vier Tonnen pro Schicht pro Mann förderten, sondern mit den modernsten Förderanlagen ausgestattet bis zu 40 Tonnen pro Schicht pro Mann. Nun sind es nur noch 27000 Kohlebergbau-Beschäftigte, die mit „sagenhaften“ 74000 Euro pro Mann pro Jahr subventioniert werden. Und die werden angeblich von Jahrzehnt zu Jahrzehnt immer teurer.

Die FDP wollte schon immer die totale Zechenstilllegung, und SPD und IGB (jetzt IG BCE) zieren sich, weil sie ihre Mitglieder und Anhänger nicht verlieren wollen. Und weil sich unsere Parteipolitiker insgesamt nicht einig sind, wurde der „Schwarze Peter“ nach Brüssel hingeschoben. Denn was Brüssel befiehlt, das wird dann über Berlin befehlsgemäß in Düsseldorf ausgeführt, nämlich die totale Vernichtung des deutschen Steinkohlebergbaus, dessen Agonie nicht bis 2018 dauern soll, sondern auf 2014 abgekürzt wird.

Die Abdeckelung bis zur letzten deutschen Zeche wird damit begründet, dass die deutsche Steinkohle schon immer viel zu teuer war und Milliarden-Subventionen benötigte. Noch im November 2008 hieß es laut AP, dass deutsche Kohle 170 Euro pro Tonne kostet, während Importkohle nur mit 120 bis 130 Euro pro Tonne zu Buche schlägt. Dem entgegen hielt ein Vierteljahr davor der SPD-Energieexperte Norbert Römer, dass nördlich von Hamm ein Rohstoffschatz von 100 Millionen Tonnen hochwertiger Steinkohle lagern, die bei den derzeitigen Rohstoffpreisen auch ohne staatliche Subventionen gefördert werden könnten. Oder ein anderes Beispiel: Bei den ständig steigenden Preisen auf dem Weltmarkt wurde die Förderung von Kokskohle (Zeche Haniel, Bottrop) in Deutschland gedrosselt. Als sich im Jahre 2007 der Weltmarktpreis für Steinkohle verdoppelt hatte, da lag er schon über den Förderkosten in Deutschland. So musste in Deutschland geförderte Kokskohle, für die man 2008 auf dem Weltmarkt 245 Euro pro Tonne bekam, bei eigenen Förderkosten von nur 200 Euro pro Tonne aufgrund langfristiger Lieferverträge unter Weltmarktpreis abgegeben werden.

Die Importkohle wurde nicht nur teurer, sondern auch ist die Lieferung nicht mehr garantiert. Denn große Netto-Produzenten wie China und die USA brauchen mehr Kohle und schrauben daher den Kohleexport herunter. Auch in Indien, Indonesien und Brasilien stieg der Kohleverbrauch stark an. Woher also will Deutschland demnächst noch Kokskohle für die Stahlindustrie beziehen, wenn nicht aus eigener Produktion. Und die könnte, wenn man nur wollte, auch subventionsunabhängig gemacht werden.

Wenn für Deutschland nach dem Verbot der Kohlehydrierung auch noch die Kohleförderung gesperrt wird, bedeutet das die endgültige Abhängigkeit von Energieimporten. **Ingo Schewiola, Hamm**

Fanfarenstoß

Zu: „Gegen-Aufklärung von links“ (Nr. 32)

Gratulation und Dank an Hans Heckel für diesen in jeder Hinsicht geschliffenen Artikel mit Abbildung einer historischen Kant-Ausgabe. Dieser Artikel ist ein wahrer Fanfarenstoß, hinter den sich scharen lässt.

Inhalt und Sprache des Beitrages wären in einer Rede Merkels wünschenswert. Die Kanzlerin, die doch Deutschland dienen wollte, hinterließe nicht nur einen staatsmännischen, zitierfähigen Text, sie wäre die Heilige Johanna des unabhängig-denkenden Deutschlands geworden und Wahrerin ersten Menschenrechts.

Gudrun Schlüter, Münster

Das Ostpreußenblatt

Nr. 35 – 4. September 2010

MELDUNGEN

Prußische Beute-Urne

Königsberg – Wie der Fernsehsender „Kultura“ mitteilte, haben russische Archäologen auf einem prußischen Gräberfeld in Ostpreußen eine ungewöhnliche Entdeckung gemacht. Sie fanden eine christliche Abendmahlsschale, die nach Meinung der Archäologen wahrscheinlich von den noch „heidnischen“ Prußen aus einem nordpolnischen Kloster geraubt wurde. Die polnischen Eroberungsversuche des Prußenlandes während des Mittelalters hatten eine vehemente Gegenwehr provoziert, und die Prußen führten immer wieder erfolgreiche Gegenschläge auf polnischem Gebiet. Interessant ist die letzte Umnutzung der christlichen Schale: Sie fungierte als Urne einen prußischen Kriegers, der nach baltischer Art zusammen mit seinem Pferd bestattet wurde. *T. W. W.*

Bau eines Rekordbrechers

Memel – Die norwegisch-estnische BLRT Gruppe, einer der größten Schiffbaukonzerne des skandinavisch-baltischen Raumes, wird in Memel, wo es mit „Western Shipyard“ und „Shipbuilding Yard Baltija“, der größten Werft des Baltikums, zwei Schiffswerften besitzt, den ersten Großtanker für Flüssiggas bauen. Es soll sich dabei um das weltweit größte Schiff seiner Art handeln. Litauen hat inzwischen zwei weitere seiner Schiffswerften an die BLRT verkauft. Darunter befindet sich mit der „Baltija“ die größte Werft des Baltikums. Ein Preis wurde von den Beteiligten nicht mitgeteilt. *T. W. W.*

»Krusenstern« holte Weltpokal

Amsterdam – Das berühmte Segelschiff „Krusenstern“ (ehemals Padua) gewann die Ostseeregatta, die am 10. August südlich von Kap Skagen begann. Sie erreichte als erste das Ziel Amsterdam. Die einzigartige Wettfahrt hatte das Rostocker Schiffsbauunternehmen „Stema“ organisiert. Als Preis wurde ein Pokal in Form eines Globus aus Halbedelsteinen überreicht. Die Viermastbark Krusenstern wurde 1926 auf der Tecklenburg-Werft in Bremerhaven erbaut. Einziger ernstzunehmender Konkurrent um den Pokal war die „Sedow“. Sie ging 1920 in Deutschland vom Stapel. Die Wettbewerbsroute war für die großen Segler recht schwierig, da sie enge Meeresstraßen passieren mussten, obwohl sie eher für Fahrten auf offener See konstruiert wurden. Die Krusenstern hatte die Sedow schon zu Beginn überholt und erreichte das Ziel elf Stunden vor ihr. Auf Einladung von Kanzlerin Angela Merkel wird die Krusenstern am 25. August an der Eröffnung der „Sail Bemerhaven“ teilnehmen, bevor sie Anfang September nach Königsberg zurückkehrt. *J. T.*

Demo der Opposition im Grünen

Königsbergs Stadtverwaltung verbannte Protestaktion »Tag des Zorns« in den Südpark

Die zweite Protestaktion in Königsberg hat nicht – wie von der Opposition angekündigt – die Stärke der Großdemonstration vom Januar erreicht. Wie schon im März hat die Stadtverwaltung eine Parallelveranstaltung organisiert.



Die Zahl der Demonstranten wird mit etwa 2000 angegeben: Das sind weniger, als von den Initiatoren angekündigt, aber immer noch mehr, als die staatliche Gegenveranstaltung hatte.

Bilder (2): Tschernyschew

Mindestens 8000 Teilnehmer würden an der zweiten großen Protestaktion „Tag des Zorns“ im Zentrum von Königsberg teilnehmen. So hatten es die Organisatoren vorausgesagt, doch tatsächlich kamen nur etwa 2000.

Zu den Organisatoren zählten Vertreter der Kommunistischen Partei, der „Patrioten Russlands“, der Bewegungen „Solidarität“, „Jabloko“ („Apfel“), „Das andere Russland“ und „Linke Front“. Unterstützt wurden sie vom Koordinationsrat der Königsberger Bürgerbewegungen „Unsere Stadt“, „Veteranen der bewaffneten Kräfte“ sowie von Aktivisten der Städte Labiau und Insterburg.

Ursprünglich hätte diese Versammlung in der Innenstadt beim Denkmal „Mutter Russland“ stattfinden sollen, aber wieder einmal erhielten die Organisatoren von der Stadtverwaltung eine Abfuhr. Diesmal mit der Begründung, dort werde gleichzeitig eine Spendenaktion für russische Brandopfer stattfinden. Als Ort für die Protestveranstaltung wurde deswegen der Südpark (Juschnyj Park) bestimmt.

Bis eine Woche vorher warben Plakate in der Stadt für die Demonstration. Dabei hatte die Forderung nach Entlassung von Gouverneur Georgij Boos an Aktualität verloren, weil er erst gar nicht für eine zweite Amtszeit vorgeschlagen wurde, aber alle anderen Forderungen blieben aktuell.

In den Mittagsstunden waren bereits 1500 Menschen zusammengekommen. Die restlichen etwa 500, die auf ihrem Weg nach Königsberg aus anderen Städten aufgehalten worden waren, stießen nach und nach dazu. Aus den Lautsprechern des Parks tönten Lieder des bekannten russischen Sängers Oleg Gasmanow, eines gebürtigen Königsbergers. Eigentlich hatte er auf der Veranstaltung der Stadtverwaltung auf dem Hansaplatz auftreten sollen, aber als er hörte, dass sein Auftritt gleichzeitig mit der Versammlung stattfinden sollte, hatte er abgesagt mit der Begründung, er wolle sich aus politischen Streitigkeiten heraushalten.

Die Hauptforderung der Versammelten war diesmal die Rückkehr zur freien Wahl der Gouverneure. Die Organisatoren zeigten in einer Improvisation, wie derzeit die Wahl des Gouverneurs erfolgt. Bei dieser „Wahl“ erhielt keiner der aufgestellten Kandidaten die Unterstützung der Anwesenden.

Wiederholte Abfuhr der Stadtverwaltung

Die Demonstranten hielten Plakate mit Forderungen wie „Unsere Kinder sollen im Sozialismus leben“ oder „Ändert den sozialen Kurs!“ hoch. Sie forderten auch Gehalts- und Rentenerhöhungen. An dem Treffen nahmen auch Aktivisten für den Erhalt des Südparks teil, um dessen Bebauung bis heute heftig gestritten wird. Ihre Forderungen lauteten „Status Erholungszone für den Südpark“ und auf einem Transparent war die Zeile eines alten Liedtextes zu lesen: „Wo bist du, unsere Gartenstadt Königsberg?“ Die Umweltschützer beschuldigten den Gouverneurskandidaten Jurij Sawenko, seinerzeit als Bürgermeister die Bebauung des Parks genehmigt zu haben.

Gegen den amtierenden Gouverneur waren folgende Transparente gerichtet: „Auf Wiedersehen Boos!“ und „Geh deiner Wege nach Moskau!“

Aufmerksam hörte die Menge der Rede von Boris Nemzow, dem führenden „Solidarnost“-Politiker, zu. Nemzow war in der Regierung Jelzin Vize-Premier gewesen. Er lobte die Königsberger für ihre Aktionsbereitschaft, die im ganzen Land und auch im Ausland Aufsehen erregt habe. Anschließend gab er Autogramme, diskutierte mit den Menschen und beantwortete ihre Fragen.

Die Demonstration endete mit einer einstimmig verabschiedeten Resolution mit folgenden Forderungen: Wahl des Gouverneurs durch das Volk, unverzüglicher Rücktritt der Regierung, Erteilung mehrfach gültiger Schengenvisa für Bürger der Königsberger Exklave, Senkung der Zölle für Importautos und der Kfz-Steuer, keine weitere Erhöhung der Wohnnebenkosten sowie Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Die Resolution enthielt auch Forderungen an den scheidenden Gouverneur Boos. Er möge die Vernichtung von Grünflächen stoppen und den Bürgern unrechtmäßig entzogenes Land zurückgeben. Außerdem solle er das vorherige System der Finanzierung im Bildungs- und Gesundheitswesens wieder einführen, indem er die private Vorsorge wieder abschafft. Die Opposition kündigte für den 30. Oktober den nächsten „Tag des Zorns“ an – diesmal auf dem Platz vor dem „Haus der Räte“.

Jurij Tschernyschew

Wofür die Demonstration weichen musste

Unter dem Motto „Wir gehören zusammen“ hat die Gebietsregierung unter der Leitung der stellvertretenden Regierungschefin Jelena Babinowskaja einen Benefizmarathon veranstaltet. Die Idee dazu war entstanden, weil in den vergangenen zwei Monaten in 22 Regionen Russlands Tausende Menschen infolge der verheerenden Waldbrände obdachlos geworden waren.

Zuvor hatte das Königsberger Gebiet Kinder aus der Region Moskau zur Erholung oder zur Rehabilitation aufgenommen. Auch Kinder aus anderen abgebrannten Regionen wurden zur Erholung eingeladen. Insgesamt gibt es rund 500 Plätze im Kinderlager „Baltijskij Artek“. Aus dem Reservefonds des Gebietshaushalts wurden dafür 4,5 Millionen Rubel (rund 115 000 Euro) bereit gestellt.



Kaum Andrang: Sammelstelle auf dem Hansaplatz

Am 21. August waren von morgens bis abends im Zentrum von Königsberg auf dem Hansaplatz beim Denkmal „Mutter Russland“ Sammelstellen eingerichtet. Die Organisatoren nahmen wirklich alles entgegen. Nach Möglichkeit sollten es neue Sachen sein, von Schreibutensilien für die Schule über Haushaltsgeräten und -gegenständen bis zur Bettwäsche. Viele Brandopfer benötigen einen kompletten neuen Hausstand.

Gleichzeitig fand auf dem Hansaplatz ein Konzert mit Künstlern des Königsberger Gebiets statt. Leitende Vertreter der Regionalabteilung der Partei „Einiges Russland“ hielten Reden. Unter den Rednern befanden sich auch die beiden Kandidaten für den Gouverneursposten Nikolaj Zukanow und Alexander Jaroschuk.

Mehrere Tausend Königsberger brachten Kleidung und gebrauchte Haushaltstechnik zu den Sammelstellen. Im Laufe des Tages wurden auf dem Hansaplatz 75 000 Rubel (knapp 2000 Euro) gesammelt.

Nun wird das Sammelgut sortiert und das Geld, das noch bis Ende August in den Sammelpunkten entgegengenommen wird, in der von Dürre und Bränden heimgesuchten Regionen verteilt. *J. T.*

Selbst der Europarat bedauert die Diskriminierung

In Slowenien leben nur noch wenige Deutsche, doch die Geschichte der Volksgruppe beeindruckt – »Unerwünschte Minderheiten«

Seit Juli wird in Kärnten wieder um zweisprachige Ortstafeln gestritten. Österreichs Verfassungsgerichtshof rechnet mit 270 Siedlungen mit slowenischem Bevölkerungsanteil, doch die Anbringung der Schilder wird vor Ort oft verweigert oder verschleppt. Im benachbarten Slowenien schaut man gelassen zu, zumal man seine eigenen Minderheiten alles andere als großzügig behandelt.

August Gril, Vorsitzender des 2004 gegründeten „Verbands der Kulturvereine der deutschsprachigen Volksgruppe in Slowenien“, sieht Parallelen: Österreichischer Chauvinismus gegen Slowenen, slowenischer gegen Deutsche! Gril hatte 1992 mit seinem „Gottscheer Altsiedler-Verein“, benannt nach der aus dem 14. Jahrhundert stammenden deutschen Sprachinsel in Südslowenien, ersten Widerstand initiiert, was ihm und anderen blanken Hass einbrachte: Er sei ein „sluzasti Kocevar“ (schleimiger Gottscheer), in den Karsthöhlen des Hornwalds, wo 1945 deutsche Massakeropfer „entsorgt“ wurden, sei noch Platz für viele Deutsche, für das Hissen der deutschen Nationalfahne drohten slowenische Bürgermeister gar mit 30 Tage Haft an.

Im Dezember 2000 behauptete die Journalistin Alenka Auersperger in „Radio Slovenija“, dass Deutsche in Deutschland und in Slowenien von „Angehörigen der ehemaligen SS“ politisch dirigiert würden. Die Deutschen verklagten Frau Auersperger, die in zwei Instanzen freigesprochen wurde.

Im Februar 2006 besuchte dann aber der slowenische Staatspräsident Janez Drnovsek „seine“ Deutschen und mahnte, die Vorurteile aus Kriegszeiten gegen Deutschland (und Österreich) zu beenden – spätestens jetzt, nachdem Slowenien mit deutscher Unterstützung EU-Mitglied wurde. Umsonst: Das 2002 geschlossene Kulturabkommen mit Österreich wurde jahrelang nicht implementiert, und verärgert rügte die Antirassismus-Kommission des Europarats (ECRI) in ihren Reports von 2002 und 2007, dass Slowenien keine Anstalten mache, den Vorurteilen gegen Deutsche und deren Diskriminierung entgegenzutreten.

Marjan Pungartnik, 2004 Kulturchef in Marburg an der Drau (Maribor), erläuterte Sloweniens offen diskriminierende Minderheitenpolitik: „Außer Italienern, Roma und Ungarn werden bei uns keine Minderheiten anerkannt, die anderen gelten als Übersiedler. Die größten Probleme entstehen bei den sogenannten unerwünschten Minderheiten, den Deutschen und Juden.“

Zwar teilen die Deutschen (noch) nicht das Schicksal der 30000 Serben, die 1992 per Federstrich ausgebürgert wurden, aber leicht ist ihr Leben nicht. An slowenischen Schulen gibt es Deutschunterricht, an Schulen der deutschen Minderheit gilt dagegen das Gesetz von 2004, das überall die strikte Anwendung des Slowenischen vorschreibt. Solche Diskriminierungen werden mit dem zahlenmäßigen Niedergang der Deutschen begründet, die bei der Volkszählung 1991 nur 546, 2002 ganze 499 Seelen ausmachten.

Deutscher Einfluss seit der Zeit Karls des Großen

Allerdings wurden 2002 noch 1628 deutsche Muttersprachler gezählt – bei Staatsbürgern, die fein säuberlich in „Deutsche“, „Österreicher“ oder „Gottscheer“ unterschieden wurden. August Gril kennt die Einschüchterungsversuche slowenischer Behörden, die möglichst wenig Deutsche registrieren wollen. Er hält die amtlichen Daten für falsch und geht von mindestens 6000 Deutschen aus.

Die Slowenien-Deutschen sind die älteste deutsche Volksgruppe im Gebiet des ehemaligen Jugoslawien, in den ältesten Teilen (Sprachinsel Zarz) sind sie seit etwa 1200 nachweisbar. Doch das Gebiet des heutigen Slowenien kam schon um 800 in den Einflussbereich des Frankenreichs von Karl dem Großen und gehörte ab dem 10. Jahrhundert als Herzogtum (Mark) Krain und Untersteiermark ununterbrochen bis 1918 zum Heiligen Römischen Reich respektive zu Österreich. 1910 lebten noch 106377 Deutschsprachige in diesen beiden österreichischen Kronländern. 1918 kamen die Regionen zum „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ (SHS), schon 1921 gab es nur noch 39631 Deutsche in Slowenien.

Die Nagelprobe kam im Zweiten Weltkrieg, als Jugoslawien von Deutschen und Italienern erobert und Slowenien geteilt wurden, bekundet Bogo Skalicky, Nestor der Marburger Journalistik: „Es galt, was Hitler 1941 sagte, als er Maribor besuchte: ‚Machen Sie mir dieses Land wieder deutsch.‘ Es wurde geteilt: Bis zu dem Fluss Sava war es deutsch, darüber italienisches Gebiet.“

Bei der Aufteilung wurde Gottschee italienisch, weswegen 11605 Deutsche es verließen, 324 blieben. Aus letzteren rekrutierten sich die 56 Deutschen, die bei Titos Partisanen kämpften. Nach 1945 wurde Gottschee ein riesiger Friedhof, wie der Historiker Mitja Ferenc, Experte für Slowenien-Deutsche, urteilte. Tötung, Vertreibung und Flucht sorgten für den Rückgang des Deutschtums: 1948 waren es noch 1824, 1953 nur noch 1617 und so abwärts weiter. Aber es gibt sie noch: In Laibach (Ljubljana) die Germanistin Doris Debenjak, die imposante Wörterbücher veröffentlicht, sowie weitere deutsche Vereine in grenznahen Gebieten, allen voran in Marburg die „Kulturvereinigung deutschsprechender Frauen Brücken“, leitet. „Brücken“ hat, geleitet von Veronika Haring, viel für die Wiederbelebung der nach dem Krieg verbotenen deutschen Sprache getan.

Laibach hatte noch bis ins 19. Jahrhundert hinein eine deutsche Mehrheit, 1880 betrug deren Anteil noch 23 Prozent. Marburg an der Drau war 1910 sogar noch zu 80 Prozent deutschsprachig. Seit 1969 unterhält Maribor eine Partnerschaft mit Marburg an der Lahn, die ein wichtiger Beitrag der deutschen Wiederentdeckung der Slowenien-Deutschen war. Für die antideutsche Hysterie der Slowenen hat August Gril nur noch Spott übrig: Werft uns doch hinaus, aber dann holt euch technische Hilfe für eure deutschen Autos und Maschinen bei Albanern!

Wolf Oschlies

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

wenn auch 60 und mehr Jahre vergangen sind, seit viele Familien den Bescheid „vermisst“ über ihre an der Front kämpfenden Angehörigen erhielten, so quält manche Hinterbliebenen noch immer deren ungewisses Schicksal, denn es kam nie ein endgültiger Bescheid. Das bekommen auch wir zu spüren, wenn es sich um Vermisste handelt, die während der letzten Kriegswochen in Ostpreußen gekämpft haben, aber in erster Linie die dafür zuständigen Institutionen wie die Deutsche Dienststelle in Berlin als Nachfolgerin der WASt (Wehrmachtauskunftsstelle), bei der allein im letzten Jahr 15000 Anfragen von Hinterbliebenen eingingen. In ihren Hallen im Bezirk Reinickendorf lagern Dokumente über 18 Millionen Schicksale und noch immer sind etwa 1,2 Millionen Schicksale gefallener oder vermisster Soldaten hauptsächlich aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion ungeklärt. Die Kooperation mit anderen Institutionen ist eng, vor allem mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Kassel. Der Volksbund hat zusammen mit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und dem Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes ein Findbuch für Kriegsgefangene mit dem Titel „Orte des Gewahrsams von deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion (1941–1956) – Findbuch“ herausgegeben, das nach Originalunterlagen der sowjetischen Verwaltung für Kriegsgefangene und Internierte (GUPW) erstellt wurde. Über dieses Findbuch, das mehr als 6000 Standortangaben zu Lagern, Arbeitsbataillonen und Friedhöfen enthält und zusätzlich über 5000 frontnahe Lagerstandorte in numerischer Reihenfolge verzeichnet, hat die *PAZ* ihre Leser bereits informiert. Wir werden auf diese Publikation noch näher eingehen. Sie enthält aber keine Angaben zu der Person des Gefallenen oder Vermissten, und deshalb ist der Brief von unserem Leser **Benno Krutzke** aus Wismar so wichtig, weil nicht nur das Schicksal seines vermissten Vaters geklärt werden konnte, sondern weil er auch Angaben zu anderen verstorbenen Kriegsgefangenen enthält, die für die betreffenden Angehörigen wichtig sein könnten.

Herr Krutzke schreibt, dass er Anfang August durch den Suchdienst des DRK endgültige Gewissheit über das Schicksal seines Vaters erhielt. Beigefügt waren Akten des sowjetischen Geheimdienstes NKWD. Das Schreiben des DRK bezog sich auf eine Suchanfrage von Benno Krutzke nach seinem 1899 geborenen Vater **Richard** Krutzke aus Salpen, der seit Mai 1945 als vermisst galt. Dem Sohn wurde Folgendes mitgeteilt:

„Der Suchdienst des DRK hat aus den Archivbeständen der Russischen Föderation Akten deutscher Kriegsgefangener erhalten, die auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion verstorben sind. In diesen Unterlagen ist Ihr Angehöriger Richard Krutzke aufgeführt. Aus der in Russisch abgefassten Gefangenenakte geht hervor, dass Richard Krutzke am 8. Mai 1945 auf der Halbinsel Hela bei Danzig in sowjetische Gefangenschaft kam. Er wurde im Lager Nr. 444, Mingetschewir, Gebiet Aran, Aserbaidschan, am 20. Januar 1946 registriert. Am 28. September 1946 ist er aus dem Hospital Nr. 5030, Mingetschewir, ins Heimkehrerlager Nr. 69 in Frankfurt/Oder zur Entlassung in die Heimat verlegt worden. Richard Krutzke ist am 20. Oktober 1946 auf dem Transport ins Heimkehrerlager verstorben. Der Tote wurde an der Bahnstation Schepetowka, heute im Gebiet Chmelnizki, Ukraine, an die zuständige Behörde zur Bestattung übergeben. Ob sich in/bei Schepetowka heute noch eine Grabstätte befindet, auf der Gräber deutscher Gefangener enthalten und erkennbar sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir empfehlen Ihnen diesbezüglich eine erneute Anfrage an den Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge (VDK Werner-Hilpert-Straße 2 in 34112 Kassel) zu richten. In der Anlage finden Sie eine Kopie der zitierten Akte. Auf Grund der Menge der Akten, die jetzt zum Versand kommen, können wir leider keine Übersetzung für Sie fertigen ...“


Wohl in einer Stadt im nördlichen Ostpreußen fotografierte Herren: Handelt es sich bei ihnen um Mitglieder der Familien Fritz, Steinert, Willun und/oder Turowski? Bild: privat

Diese hat inzwischen die Russischlehrerin Frau **Vogt** aus Goldap für Herrn Krutzke vorgenommen, der dadurch noch weitere Angaben erfahren konnte. Denn aus den Aktenunterlagen geht hervor, dass mit Richard Krutzke noch fünf Kriegsgefangene verstorben sind, die ebenfalls bei Schepetowka begraben wurden. Es könnte sich nach Meinung der Übersetzerin um folgende Personen handeln: **Martin Gustav Brandt / Max Johann Müller / Kurt Rudolf Guse / Karl Feldhusen / Paul Jenike**.

Leider liegen zu diesen Verstorbenen keine weiteren Angaben vor, so dass man auch nicht weiß, ob sie auch aus Ostpreußen stammen. Immerhin findet Herr Krutzke es wichtig, diese Namen weiterzugeben, vielleicht lassen sich so noch andere Vermisstenschicksale klären.

Wir danken ihm jedenfalls sehr für diese Mitteilung, die ja leider auch die Tragik enthält, dass sein Vater so kurz vor der ersehnten Heimkehr sterben musste. Auch das DRK drückte sein Bedauern aus, dass es diese endgültige Nachricht über den Tod seines Vaters übermitteln musste, die für den Sohn nach so vielen Jahren schmerzlich sein wird. „Wir sind jedoch sicher, dass Sie die Nachricht als Befreiung von einer langjährigen Ungewissheit empfinden“, beendet die Sachbearbeiterin des DRK ihr Schreiben. (DRK-Suchdienst, Chiemgaustraße 109 in 81549 München, Telefon 089/680773-0.)

Das ist nun ein Erfolg, der nicht über unsere Ostpreußische Familie zustande gekommen ist, aber als Information wichtig für unsere Leserschaft sein kann. Und deshalb veröffentlichen wir ihn gerne wie auch einen weiteren, der ebenfalls durch das DRK erfolgte. Frau **Ute Eichler** aus Hamburg teilte uns dies mit:

„Im Frühjahr fragte mich Frau **Rehberg**, eine noch in Lötzen geborene Ostpreußin, um Rat, wie sie den zwei Spielgefährten auf die Spur kommen könne, die ihr aus der Kinderzeit noch in bester Erinnerung sind. Ob ich meine, dass in diesem Fall der Suchdienst des DRK würde helfen können. Ich antwortete: ‚Versuchen Sie es doch mal, sonst gibt es ja die Ostpreußische Familie und den Lötzener Heimatbrief!‘ Vor wenigen Tagen rief mich Frau Rehberg an – voller Freude! Es hätte sie ein wenig Überwindung gekostet, sich mit dieser Frage an den Suchdienst zu wenden, denn es ginge ja ‚nur‘ um Spielgefährten aus der ostpreußischen Kindheit. Nach wenig mehr als drei Monaten hat sich auch für sie das Wunder ereignet: Nach 65 Jahren konnte der Kontakt zu einem der beiden Sandkasten-Gefährten hergestellt werden durch ein aufregendes Telefonat von mehr als einer Stunde Dauer mit der Schlussforderung: Wir müssen uns treffen! Der zweite dieser Spielgefährten ist leider schon vor Jahren verstorben. Mit zu erleben, was es einem Menschen bedeutet, nach über sechseinhalb Jahrzehnten einen anderen Menschen wiederzufinden, mit dem Erinnerungen geteilt und ausgetauscht werden können, das war auch mir eine große Freude. Frau Rehberg hat sich bei den Damen vom Suchdienst bedankt, die darüber sehr erstaunt waren – das erleben sie nur selten!“

Für die großen Suchfragen sind wir, die wir keine öffentliche Institution sind, immer die „letzte Instanz“, also wenn nichts mehr geht, dann heißt es „Ostpreußische Familie“.

Das hat Frau Eichler gewusst und danach auch gehandelt. Doch für manchen anderen Wunsch sind wir die aussichtsreichste Adresse, weil wir ja die Zeitzeugen ansprechen, die als einzig mögliche Informanten in Frage kommen. Das betrifft auch das Anliegen von Herrn **Wolfgang Fritz** aus Wetzlar, einem treuen Leser, der regelmäßig unsere Kolumne liest und immer wieder überrascht ist, welche Erfolge sich einstellen. In einem Fall konnte auch er schon weiter helfen, nun ist er selber an der Reihe. Mit einem Bild aus der Zeit um den Ersten Weltkrieg – lang, lang ist's her! Es dürfte in einem Fotoatelier jener Zeit entstanden sein, wie das Interieur beweist. Außerdem lassen die starren Mienen der Abkonterfeiten eine längere Belichtungszeit vermuten – ach, ich habe die noch in guter Erinnerung, als ich, ein Königsberger Kind, in einem Fotoatelier in der Königsstraße mit meiner neuen gelbblauen Schal-Mütze-Handschuh-Kombination in einer Staffage aus zerknüllten weißen Laken „mitten im Schnee“ aufgenommen wurde. Ich habe das Foto nicht mehr, und ich trauere ihm nicht nach, es war einfach grässlich. Aber zurück zu den vier soignierten Herren, die sich mit Bindern und Bibis fotofein gemacht hatten. Aus welchem Anlass wohl? Es soll sich um ein Familienbild handeln, obgleich keine weiteren Angehörigen zu sehen sind, keine Ehefrauen, keine Kinder. Herr Fritz glaubt nämlich, dass je zwei der Herren eine gewisse Ähnlichkeit aufweisen – vielleicht Väter und Söhne, wie die auf der Schulter der Sitzenden liegenden Hände der stehenden, sichtbar jüngeren Herren vermuten lassen. Der Mann rechts auf der Bank mit dem Regenschirm soll sein Urgroßvater **Gottlieb** Fritz sein. Dieser wurde am 12. Mai 1850 in Niebudszen, Kreis Gumbinnen als Sohn von **Wilhelm** Fritz und seiner Frau **Elisabeth** geborene **Steinert** geboren und war verheiratet mit **Maria** geborene **Willun**. Als Abkömmling folgte ihm der Großvater des Schreibers, **Gustav Fritz**, *7. Juni 1874 in Berninglauken. Eventuell sind weitere Verwandte auf der Photographie abgebildet, die den Namen Turowski tragen. Gustav Fritz war mit **Charlotte Turowski** aus Gorzekallen verheiratet, die 1923 verstarb. Aber es gibt Ungereimtheiten.

Die ostpreußische Familie


Ruth Geede Foto: Pawlik

Wenn die Aufnahme, wie auf dem – nicht mehr vorhandenen – Originalfoto angegeben, um 1925 gemacht wurde, müsste sein Urgroßvater Gottlieb Fritz bereits 75 Jahre alt gewesen sein. Damals sahen die Männer nach einem langen und harten Arbeitsleben aber auch so aus. Der Herr mit den wasserhellen Augen und dunklem Schnauzer wirkt dagegen sehr viel jünger. Also dürfte es nicht der Urgroßvater sein, oder die Aufnahme entstand bereits viel früher, wie die Kleidung der Herren mit den „Vatermördern“ auch vermuten lässt. Das Atelier müsste sich in einer Stadt im nördlichen Ostpreußen befunden haben, Stallupönen, aber auch Insterburg oder Gumbinnen kommen in Frage. Ob ein Leser einen der Abgebildeten erkennt, ist nicht anzunehmen. Aber vielleicht helfen die Namen weiter, und es melden sich Angehörige der genannten Familie bei Herrn Wolfgang Fritz. (Am Simberg 16 in 35576 Wetzlar, Telefon 06441/33852, E-Mail: Wolfgang78Fritz@freenet.de)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

„**Unsere Familie**“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Wir gratulieren ...

ZUM 101. GEBURTSTAG

Friedrich, Anna, geb. **Dorka**, aus Seewalde, Kreis Neidenburg, jetzt Bäckerkamp 51b, 33330 Gütersloh, am 9. September

ZUM 99. GEBURTSTAG

Glanden, Frieda, geb. **Rudatis**, verw. **Przykopp**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, jetzt Dorfstraße 4, 23970 Greese, am 12. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Abram, Willy, aus Ebenrode, jetzt Tuchmacherstraße 48, 14482 Potsdam, am 9. September

Helm, Margarete, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Wesselhorn 22, 25782 Tellingstedt, am 11. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Böhnke, Frieda, geb. **Böhnke**, aus Tapiau, Herzog-Albrecht-Ufer, Kreis Wehlau, jetzt Flachsberg 6, 24811 Owschlag, am 11. September

Dusny, Fritz, aus Treuburg, Franz-Holzweber-Straße, jetzt Lerchenstraße 30, 48268 Greven, am 8. September

Pruss, Paul, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Dahlienweg 36, 28219 Bremen, am 8. September

Wannagat, Minna, geb. **Kanditt**, aus Ebenrode, jetzt Zickerickstraße 34/Grothe, 38304 Wolfenbüttel, am 6. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Botke, Frieda, geb. **Katzmann**, aus Kukers, Kreis Wehlau, jetzt Rheinallee 24, 46487 Wesel, am 9. September

Hochstädt, Leokadia, geb. **Schiller**, aus Romeiken, Kreis Ebenrode, jetzt Freiheitsstraße 29, 17192 Waren (Müritz), am 12. September

Kleinig, Lieselotte, geb. **Kuhn**, aus Laptau, Kreis Samland, jetzt Bismarckstraße 4, 78126 Königsfeld, am 12. September

Mathey, Margarete, geb. **Bacher**, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, jetzt Rauhehorst 157, 26127 Oldenburg, am 6. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Klein, Fritz, aus Pohlau, Kreis Ebenrode, jetzt Klosterweg 6, 29549 Bad Bevensen, am 5. September

Kowalzik, Gertrud, geb. **Sentek**, aus Seefrieden, Kreis Lyck, jetzt Am Felde 5, 58840 Plettenberg, am 7. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Dommert, Martha, geb. **Soboll**, aus Eichensee, Kreis Lyck, jetzt Ipfweg 4, 71554 Weissach, am 8. September

Kohnke, Ilse, geb. **Fliess**, aus Lötzen, Giesekingstraße 8, 70563 Stuttgart, am 12. September

Michalewski, Lisbeth, aus Ortelsburg, jetzt Dorfstraße 3, 24211 Lehmkuhlen, am 7. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Hein, Hedwig, geb. **Bahl**, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Herskamp 13, 45357 Essen, am 9. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Kutz, Anneliese, geb. **Mack**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, jetzt Paradiesweg 34, 49082 Osnabrück, am 7. September

Morgenstern, Elfriede, geb. **Koslowski**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, jetzt Kampstraße 10, 44579 Castrop-Rauxel, am 11. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Berg, Günther, aus Mulden, Kreis Lyck, jetzt Thüringer Straße 43, 88400 Biberach, am 10. September

Hansen, Gretel, geb. **Schwedopp**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Schülnerbaum 22, 24103 Kiel, am 7. September

Hartmann, Emma, aus Heydekrug, jetzt Käthe-Popall-Straße 6, 28201 Bremen, am 3. September

Hoffmann, Margarete, aus Bersbrüden, Kreis Ebenrode, jetzt Hetzelstraße 7, 67346 Speyer, am 7. September

Homann, Johanna, geb. **Rehberg**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Kampschuteweg 1, 37671 Höxter, am 1. September

Lersch, Magda, geb. **Baronat**, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Storchenecker Straße 9c, 67734 Katzweiler, am 12. September

Nebe, Hildegard, geb. **Abram**, aus Ebenrode, jetzt 3145 Penfield Circle, 89502 Reno, Nevada, USA, am 6. September

Neumann, Elfriede, geb. **Moldenhauer**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, jetzt Stöterogger Straße 45, 21339 Lüneburg, am 12. September

Preuß, Fritz Wilhelm, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Böblinger Straße 25, 89077 Ulm, am 6. September

Rachenbämer, Lotte, geb. **Kruck**, aus Langsee, Kreis Lyck, jetzt Piusstraße 5, 58454 Witten, am 8. September

Roth, Hildegard, geb. **Mauerhoff**, verw. **Woweries**, aus Treuburg, Fritz-Tschirse-Straße 4, jetzt Falkensteinstraße 13, 79102 Freiburg, am 10. September

Schmidt, Anny, geb. **Hardt**, aus Treuburg, Grenzstraße, jetzt Glogauer Straße 10, 76139 Karlsruhe, am 10. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Aukschun, Ruth, geb. **Greszik**, aus Steinwalde, Kreis Lötzen, jetzt Julius-Leber-Weg 1, 25524 Itzehoe, am 11. September

Heel, Hildegard **von**, geb. **Osenger**, aus Lyck, jetzt Insterburger Weg 42, 47279 Duisburg, am 11. September

Kraska, Martha, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, jetzt Gröna Gatan 32, S-41454 Göteborg, Schweden, am 8. September

Kuntzsch, Erna, geb. **Bast**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Schwabenstraße 5, 89250 Senden, am 8. September

Müller, Frieda, geb. **Kroll**, aus Kattern, Kreis Mohrungen, jetzt Steinhuder Weg 60, 25584 Holstenniendorf, am 11. September

Neidhardt, Rudolf, aus Kopershagen, Kreis Wehlau, jetzt Hermeskeiler Straße 14, 50935 Köln, am 10. September

Nüßlein, Liesbeth, geb. **Scherotzki**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Brückenstraße 1, 96164 Kemmern, am 6. September

Schreitmüller, Herta, geb. **Rotzoll**, aus Ganshorn bei Gilgenburg, Kreis Osterode, jetzt Bühringerstraße 29, 91710 Gunzenhausen, am 12. September

Schulz, Edelgard, geb. **Konetzka**, aus Ortelsburg, jetzt Ramdohrstraße 10, 28205 Bremen, am 8. September

Schulz, Gertrud, geb. **Gotthardt**, aus Mühlenparken, Kreis Ebenrode, jetzt Ratinger Straße 15, 42579 Heiligenhaus, am 6. September

Sdunzig, Albert, aus Groß Jauer, Kreis Lötzen, jetzt Krausstraße 29, 47119 Duisburg, am 5. September

Stankowitz, Bernhard, aus Danzig, jetzt Schillerstraße 113, 27570 Bremerhaven, am 4. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Anschütz, Ilse, geb. **Zöllner**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Bohrmühlenweg 2, 98574 Schmalkalden, am 10. September

Brunswick, Bruno, aus Langheide, Kreis Lyck, jetzt Schwarzwaldstraße 30, 75334 Straubenhardt, am 11. September

Droese, Eva, geb. **Höpfner**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Franziusallee 204, 24148 Kiel, am 11, September

Giercke, Ruth, geb. **Möller**, Essener Straße, Kreis Wehlau, jetzt Schorlemer Straße 3, 41464 Neuss, am 9. September

Gohr, Hedwig, geb. **Gazioch**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, jetzt Seestraße 11, 19067 Leezen / Schwerin, am 8. September

Harke, Irmgard, geb. **Sdunnek**, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, jetzt Bohnenkamp 38, 38350 Helmstedt, am 6. September

Heinrich, Gerda, geb. **Wittke**, aus Plauen, Groß Plauen, Kreis Wehlau, jetzt Waldstraße 14, 79224 Umkirch, am 6. September

Hundsdörfer, Lydia, geb. **Naujok**, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, jetzt Waldstraße 49, 72116 Mössingen, am 6. September

Kenner, Heinrich, aus Lyck, General-Busse-Straße 29, jetzt Bussardweg 8, 30827 Garbsen, am 8. September

Lindemann, Gerda, geb. **Plügge**, aus Goythenen, Kreis Samland, jetzt Spanieräcker 12, 65468 Trebur-Geinsheim, am 12. September

Lübeck, Lothar, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Sandscheiderweg 18, 53639 Königswinter, am 1. September

Maksalern, Hanna, aus Wachteldorf, Kreis Lyck, jetzt Bernhardtstraße 2, 59320 Ennigerloh, am 12. September

Marquardt, Joachim, aus Königsberg, jetzt Brinkstraße 157, 49080 Osnabrück, am 7. September

Ruhr, Christel, geb. **Rogalitzki**, aus Mükühnen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Georg-Droste-Straße 7C, 28865 Lilienthal, am 6. September

Schäfer, Meta, aus Keipern, Kreis Lyck, jetzt Westerfeldstraße 22, 32547 Bad Oeynhausen, am 6. September

Schmidt, Charlotte, geb. **Schindel**, aus Ebenrode, jetzt Am Keilbrink 29, 59427 Unna, am 6. September

Schütz, Margot, geb. **Becker**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, jetzt Berliner Ring 25, 65779 Kelkheim, am 11. September

Thode, Irmgard, geb. **Lippik**, aus Allenbruch, Kreis Lötzen, jetzt Waldstraße 19, 25712 Burg, am 2. September

Wagner, Reinhold, aus Tapiau, Memellandstraße, Kreis Wehlau, jetzt Nakatenusstraße 93, 41065 Mönchengladbach, am 9. September

Weiß, Kurt, aus Parnehmen, Kreis Wehlau, jetzt Prüne 17, 24103 Kiel, am 6. September

Wlost, Herta, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, jetzt Buchenhaldenweg 10, 78166 Donaueschingen, am 9. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Göttlicher, Elli, geb. **Trautmann**, aus Neuwalde, Bauriedl-Weg 6, Kreis Heiligenbeil, jetzt Mittelstraße 88, 53424 Remagen, am 10. September

Hammer, Hans-Georg, aus Lötzen, jetzt Fritz-Reuter-Straße 1, 31812 Bad Pyrmont, am 2. September

Hinske, Winfried, aus Grünheim, Kreis Wehlau, jetzt Werderstraße 16C, 30161 Hannover, am 10. September

Holzwarth, Else, geb. **Heise**, aus Dankfelde, Kreis Lötzen, jetzt Neues Dorf 2, 13399 Zernikow, am 10. September

Kornmesser, Horst, aus Stampelken, Michelau Forsthaus, Kreis Wehlau, jetzt Am Höltchen 38, 58791 Werdohl, am 7. September

Kratzl, Charlotte, geb. **Lange**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, jetzt Lohengrinstraße 41, 47137 Duisburg, am 6. September

Kubasch, Gerda, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Ploggenseering 35, 23936 Grevesmühlen, am 8. September

Mombrei, Thea, geb. **Schmidtke**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, jetzt Hauptstraße 11, 23936 Hanshagen, am 7. September

Schmack, Irmgard, geb. **Hess**, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, jetzt Alt-Gonzenheim 30, 61352 Bad Homburg, am 10. September

Schwarz, Krimhilde, geb. **Elberskirch**, aus Sanditten, Pelohnen Dorf, Kreis Wehlau, jetzt Im Vordertal 7, 56132 Frücht, am 7. September

Wächter, Willy, aus Treuburg, Wiesenweg 10, jetzt Marmsdorfer Poststraße 95, 21077 Hamburg, am 11. September

Weber, Luzie, geb. **Dost**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Wielstraße 20, 42929 Wermelskirchen, am 11. September



Preikschat, Gerhard, aus Schirwindt, Kreis Schloßberg, und Frau Brigitte, geb. **Avemark**, jetzt Robert-Koch-Straße 11, 98617 Meiningen, am 11. September

Tagung

Schwäbisch Gmünd – Vom 25. bis 29. Oktober findet die Tagung „Versöhnen – Heilen – Loslassen: 65 Jahre Kriegsende" im Christlichen Gästezentrum Württemberg, Willy-Schenk-Straße 9, Telefon (07171) 97070, statt. Referenten sind die Autorin Bruni Adler, die Präsidentin des BdV-Frauenverbandes Sybille Dreher, der Pastor und Journalist Günther Klempnauer, der Theologe Kuno Kallnbach, der Gemeindepfarrer i. R. Hans-Georg Meinhof und der Direktor des Deutschen Diakonieverbandes Theo Wendel. *PAZ*

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2010

24.–26. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

11.–17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont

29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Jahr 2011

12./13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

24. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine Allenstein

16. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen

Auskünfte erteilt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080. Änderungen vorbehalten.

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 4. September, 20.15 Uhr, Phoenix: Herr der Himmelsscheibe.

SONNABEND, 4. September, 21.45 Uhr, Phoenix: ZDF-History – Maos langer Marsch.

SONNABEND, 4. September, 22.05 Uhr, n-tv: Die Anschlags-pläne auf Hitler.

SONNABEND, 4. September, 22.05 Uhr, N24: Im Todestrakt – Warten auf die Hinrichtung.

SONNTAG, 5. September, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

SONNTAG, 5. September, 20.15 Uhr, Phoenix: Das Geheimnis der Hindenburg.

SONNTAG, 5. September, 21.45 Uhr, Phoenix: Ohne Wasser kein Leben.

SONNTAG, 5. September, 23.30 Uhr, Phoenix: Die jüdische Lobby.

MONTAG, 6. September, 21.45 Uhr, Phoenix: Der Beitrittskandidat Türkei.

MONTAG, 6. September, 23.05 Uhr, N24: Kamikaze für den Kaiser.

DIENSTAG, 7. September, 22.10 Uhr, Arte: Die Anthrax-Dealer – Über den Wettlauf um die Produktion bakteriologischer Waffen.

DIENSTAG, 7. September, 22.35 Uhr, NDR: 45 Minuten – Volksdroge Alkohol.

MITTWOCH, 6. September, 20.15 Uhr, 3sat: Mutter Teresa – Heilige in der Dunkelheit.

MITTWOCH, 6. September, 21.45 Uhr, ARD: Kommando Spezialkräfte – Die geheime Truppe der Bundeswehr.

MITTWOCH, 6. September, 23.30 Uhr, ARD: Mitten im Krieg – Eine Bundeswehrklinik in Afghanistan.

FREITAG, 10. September, 22.55 Uhr, Arte: Zeugen unerwünscht – Journalist Holloman Morris über den kolumbianischen Drogenkrieg.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Sonnabend, 18. und Sonntag, 19. September, ab 10 Uhr, Landesdelegierten- und Kulturtagung im Hotel Wartburg, Langestraße 49, 70174 Stuttgart, Telefon (0711) 20450. **Landesdelegiertentagung:** Sonnabend, 18. September, 10 Uhr, mit Wilhelm v. Gottberg, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen und Wahl des Landesvorstands. Die Tagung beginnt mit dem Vortrag des Sprechers, Wilhelm v. Gottberg „60 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen – Erbe und Auftrag“. Anschließend folgen Berichte aus der Arbeit des Landesvorstands und Wahl des Landesvorstands. Damit die Delegiertentagung mit Wahl ordnungsgemäß durchgeführt werden kann, werden die Gruppenvorsitzenden um vollzähliges Erscheinen, beziehungsweise um Entsendung von Delegierten gebeten. – Sonnabend, 18. und Sonntag, 19. September, **Landeskulturtagung** im Hotel Wartburg: Sonnabend, 18. September, 15 Uhr, mit Karla Weyland, Diavortrag: „Ihre Spuren verwehen nie – Nobelpreisträger aus Ost- und Westpreußen“, Friedrich-Wilhelm Böld, Landesvorsitzender der Landesgruppe Bayern und LO Bundesschatzmeister, „Grußwort mit Vortrag“, anschließend ein „Film über Ostpreußen“. Der Sonnabend klingt aus mit Ralph Demski am Klavier und einem „Kulturellen Heimatabend“ mit Liedern, Geschichten und Gedichten (bitte Beiträge mitbringen). Sonntag, 19. September, 9 Uhr, Fortsetzung der Tagung mit dem „Wort zum Sonntag“ von Irma Barraud. Es folgt ein Vortrag der Landeskulturreferentin Ulla Gehm, „Baugeschichte des Königsberger Doms“. Anschließend wird die Zweite Landesvorsitzende Rosemarie S. Winkler das Wissen der Anwesenden auf die Probe stellen unter dem Motto „Heimatlich – Heiterer Quiz“. Gäste sind an beiden Tagen herzlich eingeladen. Ende der Tagung gegen 13 Uhr. – Sonntag, 19. September, „**Tag der Heimat**“, 14 Uhr, Liederhalle, Stuttgart, Motto „Durch Wahrheit zum Miteinander“, Festredner Innenminister Heribert Rech, MdL. Bitte tragen Sie zu dieser Veranstaltung Ihr Ostpreußenkleid beziehungsweise die Herrenweste, damit wir beim Einzug der Trachtenträger zahlreich vertreten sind. Die Landesgruppe wird zusammen mit der Gruppe Stuttgart an einem Stand ostpreußische Spezialitäten, Handarbeiten, Bücher und Zeitungen anbieten. (Mithilfe und Spenden werden gerne gesehen). Um 11 Uhr findet am Denkmal für die Opfer der Vertreibung vor dem Kursaal Bad Cannstatt eine Kranzniederlegung statt. Anmeldungen an Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093.

Göppingen – Sonnabend, 4. September, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Erntedankfest in der Gaststätte Frisch Auf, Hohenstaufenstraße 142. Uta Lüttich wird über „Erntedank in der Heimat“ berichten. Als Gericht gibt es Grützwurst. Damit die richtige Wurstmenge vorhanden ist, teilen Sie doch bitte die Zahl der Essen, die gewünschte Anzahl der Würste zum mitnehmen, beziehungsweise die Anzahl der gewünschten Dosen mit.

Stuttgart – Mittwoch, 8. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, großer Saal. Der „StadtSeniorenRat“ hält einen Vortrag zum Thema „Versorgungsvollmacht und Patientenverfügung“. Anschließend mittels Beamer: Bilder aus den Jahren 2009 und 2010.

Weinheim – Mittwoch, 8. September, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Wolf. An diesem Nachmittag steht auf dem Programm: „Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950“. Anschließend ein Bericht vom Festakt zu 60 Jahre der Charta, Neues Schloss, Weißer Saal, Stuttgart.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 11. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Orangerie“. Es gibt einen Diavortrag über eine Reise nach Danzig.

Kitzingen – Freitag, 10. September, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im „Deutschen Kaiser“, Kitzingen, zu einem Kaffeenachmittag mit Vortrag: „Aktuelle Fragen zur Sozialpolitik“.

Landshut – Sonnabend, 4. September, Ausflug zum Wandern aufs „Hörnle“ nach Murnau/Bad Kohlgrub. Fahrt erfolgt mit privaten Pkw. – Sonntag, 12. September, 14 Uhr, „Tag der Heimat“ im Rathausprunksaal, Altstadt 315, 84028 Landshut. Festrednerin ist die Sozialministerin Bayerns, Christine Haderthauer (MdL).



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blv.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Lyck – Sonnabend, 4. September, 15 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, 10825 Berlin. Anfragen: Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.



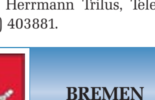
Frauengruppe der LO – Mittwoch, 8. September, 13.30 Uhr, Treffen im „Die Wille“, Wilhelmstraße 115, 10963 Berlin, „Referat über Ostpreußen“. Anfragen: an Marianne Becker, Telefon (030) 77123.



Tilsit-Stadt – Sonnabend, 11. September, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102. Anfragen für Tilsit-Stadt: Heinz-Günther Meyer, Telefon (030) 2751825.



Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 11. September, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto- Suhr-Allee 102. Anfragen für Tilsit-Ragnit: Herrmann Trilus, Telefon (03303) 403881.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@online.de

Bremen – Sonnabend, 4. September, 15 Uhr (Einlass 14.15 Uhr), „Sommerausklang mit Beetenbarsch und Schmandschinken“ im Flughafenhotel Airport Bremen, Flughafenallee 26, Bremen. Sommerausklang bedeutet in diesem Jahr, dass wie im Februar die „Bremische Männer-Chorgemeinschaft“ mit Liedvorträgen zu Gast sein – es aber auch gemeinsam mit dem Chor, jahreszeitlich passende Lieder gesungen werden. Daneben ist Zeit zum Plachandern und Einkaufen am Büchertisch. Das Essen beginnt um 17.30 Uhr mit dem traditionellen „Pillkaller“. Die jahreszeitlich passenden ostpreußischen Traditionsgerichte „Beetenbarsch“ und „Schmandschinken“ werden durch die hauseigene Küche nach Angaben von Frau Richter zubereitet. Es gelten die folgenden unveränderten Preise (einschließlich Pillkaller): Eintritt und Schmandschinken 19 Euro, Eintritt und Beetenbarsch 14 Euro. Eine Anmeldung unter Benennung des Speisewunsches ist in der Geschäftsstelle erforderlich. Der Vorverkauf hat begonnen. Die Geschäftsstelle erreichen Sie in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718. Die Anmeldung gilt dann ab Eingang des Betrages auf das Konto der Gruppe: Kontonummer: 1080514, Sparkasse Bremen BLZ: 29050101.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 4. September, 15 Uhr, **ökumenischer Gottesdienst der Heimatvertriebenen** in „St. Ansgar“, kleine Michaeliskirche, Michaelisstraße 5 (gegenüber S-Bahnstation Stadthausbrücke). Die Predigt hält Diakon Peter Meinke, Liturgie: Pastor Peter Voß, Chor: Ostpreußenchor Hamburg. Anschließend Kaffeetafel im Haus der Heimat.

Sonntag, 12. September, 15 Uhr, „**Tag der Heimat**“ im Gemeindesaal der Hauptkirche St. Michael (Michel), Krayenkamp 4 (S-Bahnstation Stadthausbrücke). Einlass 14.30 Uhr. Eröffnung und Begrüßung: Gunter Ziegler, Vorsitzender des LvD Hamburg. Die Festrede hält Olaf Scholz, Landesvorsitzender der Hamburger SPD.

Sonnabend, 25. September, 10 Uhr (Ende gegen 17 Uhr), **Heimatmarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften** auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz (neben Karstadt Mönckebergstraße) zusammen mit dem Musikzug der Freiwilligen Feuerwehr Willinghusen. Der Ostpreußenstand ist mit einem Angebot heimatlicher Köstlichkeiten und Literatur vertreten.

Sonntag, 26. September, 12 Uhr (Einlass 11.30 Uhr), **Sommerfest der Landesgruppe** im Restaurant Prinzess mit Spanferkelessen, Alsterdorfer Straße 572. 14 Uhr, Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Hartmut Klingbeutel. Anmeldungen bei den Gruppenleitern oder bei Frau Reimer, Telefon (040) 873495, bis spätestens 15. September. Anfahrt: U/S-Bahn Ohlsdorf, Ausgang rechts zur Alsterdorfer Straße. Parken im Umfeld möglich.

HEIMATKREISGRUPPE



Insterburg – Mittwoch, 6. Oktober, 13 Uhr, Erntedankfest mit Vorträgen und Liedern im Hotel zum Zeppelin, Frohmestraße 123. Kontakt: Manfred Samel, Telefon/Fax (040) 587585.



Sensburg – Sonntag, 12. September, 15 Uhr, gemütliches Beisammensein im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 7. September, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22117 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (0409 73926017.



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Landesgruppe – Sonnabend, 16. bis Sonntag, 17. Oktober, jeweils ab 10 Uhr, findet die Landeskulturtagung in der Kongresshalle Gießen, Kerkrader Zimmer, statt. Untergebracht ist man im Hotel am Ludwigsplatz, Am Ludwigsplatz 8, 35390 Gießen/Lahn. Die Teilnehmerkosten betragen 100 Euro pro Person (inklusive Ü/VP), Tagesgäste 30 Euro pro Person (inklusive Mittag- und Abendessen). Information und Anmeldungen bis zum 31. August an Kuno Kutz, Heinzewies 6, 35625 Hüttenberg. Programm: Sonnabend: 10.15, Sieghard Drews über „Preußisch Stargard in der Zeit des Deutschen Ordens“; 11 Uhr, Manfrid Baaske über „Eichendorff in Ost- und Westpreußen“; 12 Uhr, Mittagspause; 13.30 Uhr, Treffen der Leiterinnen der Frauengruppen unter der Leitung von Karla Weyland; 14.45 Uhr, Prof. Dr. Joachim Buhrow über „Friedrich-Wilhelm Bessel – Astronom und Mathematiker, Königsberg“; 16 Uhr, Kaffeepause; 17 Uhr, Renate Holznagel (Vize-Präsidentin des Landtages

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

von Mecklenburg-Vorpommern) über „20 Jahre Mauerfall aus östlicher Sicht“; 18 Uhr, Abendbrot; 19.30 Uhr, Waltraud von Schieden-Scheffler zeigt die Kurzfilme: „Marienburg zur Zeit des Deutschen Ordens“ und „Das alte Ostpreußen“. Sonntag: 9 Uhr, Karla Weyland über „Die ‚Schucke‘ – eine tolle Knolle“; 9.45 Uhr, Dieter Leitner über „Jugendjahre von Königin Luise“; 10.45 Uhr, Gerhard Schröder über die „Abstimmung in Ostpreußen“; 11.45 Uhr, „Zusammenfassung und Auswertung der Tagung“ durch den Landesvorsitzenden Dieter Strauß; 12.20 Uhr, Mittagessen und anschließend Abreise.

Darmstadt – Sonnabend, 11. September, 10.30 Uhr, „Tag der Heimat“ mit Kranzniederlegung an der Gedenkstätte der Vertriebenen auf dem Darmstädter Waldfriedhof. – Sonnabend, 18. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus Am See, Grundstraße 10 (EKZ), Damstadt-Neu-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel hält Gerhard Schröder einen Vortrag: „Volksabstimmung in Ostpreußen vor 90 Jahren“.

KEINE BERICHTE ZUM TAG DER HEIMAT

Überall in der Bundesrepublik Deutschland finden dieser Tage Veranstaltungen zum „Tag der Heimat“ statt. Aufgrund dieser Vielzahl können Berichte leider nicht berücksichtigt werden.

Gießen – Freitag, 10. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Mohrunger Stube, Kongresshalle Gießen. Karla Weyland hält den Diavortrag „Land der dunklen Wälder – in Briefmarken“. – Erinnerungen! So lautete das Thema der letzten Zusammenkunft. Seit langer Zeit unternimmt die Gruppe jedes Jahr eine Busfahrt, und nun zeigte Heinz Schmidt eine Dia-Rückschau auf all die Fahrten. Es war interessant, als sich die Mitglieder auf den Bildern aus 16 Jahren wiederfanden. Sei es auf dem Platz vor dem Stadthaus in Würzburg oder in Alsfeld und Schlitz. Unvergessen bleibt der Besuch in Erfurt mit seinem Dom, die Deutschlandtreffen in Düsseldorf und Leipzig, der Blick von der Germania ins Rheintal und der Gang durch die Drosselgasse in Rüdesheim. Es gab Schiffsfahrten auf dem Neckar, Main, Edersee, Biggesee, Reih und Lahn, die auf Dias festgehalten wurden. Man trank das Solewasser in Bad Orb und beobachtete auf der Wasserkuppe die Starts der Segelflugzeuge. Die vielen Fahrten der Gruppe sind nicht nur eine kulturelle Bereicherung, sondern auch ein festes Band bestehender Freundschaften.

Kassel – Dienstag, 7. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg. Ida Schäfer von den Rußlanddeutschen hält einen Vortrag: „Zum Zaren gerufen – von den Sowjets vertrieben“.

Wiesbaden – Sonnabend, 11. September, Feierstunde zum „Tag der Heimat“ am Gedenkstein, An der Kranichstraße, Wiesbaden-Kohlheck. Die Ansprache hält Stadtverordnetenvorsteher Wolfgang Nickel. – Sonntag, 12. September, 11.15 Uhr, Feststunde zum „Tag der Heimat“, Haus der Heimat, großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Die Festansprache hält Bernd Posselt, MdEP. Vor der Festansprache sind jeweils um 10 Uhr Gottesdienste in der Marktkirche und St. Bonifatiuskirche. Um 15 Uhr Kinderfest. – Dienstag, 14. September, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Dia-Nachmittag mit Helga Laubmeyer. – Donnerstag, 16. September, 12 Uhr, Stammtisch in der Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach. Serviert wird Grützwurst. Es kann auch nach Speisekarte bestellt werden. Aufgrund der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bei Familie Schetat, Telefon (06122) 15358.



Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgruppe – Sonnabend, 25. September, 10 bis 17 Uhr, 15. Landestreffen der Ostpreußen in Rostock in der Stadthalle Rostock, Südring 90, direkt hinter dem Hauptbahnhof. Erwartet werden mehr als 2000 Besucher von nah und fern. Angehörige und Interessenten sind ebenfalls herzlich eingeladen. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extra-Tischen ausgeschildert. Die Gäste erwartet ein reiches ostpreußisches Kulturprogramm. Die Chöre der Deutschen Vereine aus dem Memelland und Masuren, das Blasorchester der Hansestadt Rostock, der Shanty-Chor „De Klaashahns“ Warnemünde und Heimatsänger BernStein. Als Ehrengast wird der Botschafter der Republik Litauen in Deutschland, Mindaugas Butkus, erwartet. Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl Heimatliteratur und Bärenfang sowie kostenlose Parkplätze gleich an der Halle ist gesorgt. Busse und Fahrgemeinschaften werden durch die örtlichen Ostpreußen-Gruppen organisiert – bitte dort erkundigen. Informationen gegen Rückporto bei: Manfred Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam. Tourist-Information Rostock, Telefon (0381) 3812222.



Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Göttingen – Sonnabend, 4. September, 11 Uhr, Ökumenischer Gottesdienst „61 Jahre Durchgangslager Friedland“ im Durchgangslager Friedland. Programm: Begrüßung, Mittagessen, Führung durch das Lager, Ökumenischer Gottesdienst in der Pfarrkirche St. Norbert, Kranzniederlegung am Heimkehrer-Denkmal, Kaffee und Kuchen. Für das Mittagessen sowie Kaffee und Kuchen sind 12,50 Euro zu entrichten. Abfahrtzeiten für den Bus: Holtenser Landstraße 10.05 Uhr, ZOB / Zoologisches Institut 10.20 Uhr, Bürgerstraße 10.30 Uhr, Kiesseestraße / „Zur Linde“ 10.35 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldungen bis zum 24. August bei Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675. – Dienstag, 14. September, 20 Uhr, Konzert vom Kammerchor „Kant“ aus Gumbinnen in Nörten-Hardenberg. – Mittwoch, 13. Oktober, 15 Uhr, traditionelles Haxenessen bei „Eisenacher“, Robert-Bosch-Breite 5. Anmeldung bis zum 6. Oktober. – Sonntag, 28. November, 15 Uhr, Adventsfeier im „Maria Frieden“, Geismar. Anmeldung bis zum 22. November. – Alle Anmeldungen an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675.

Hannover – Freitag, 27. August, 14.30 Uhr, erstes Treffen nach der Sommerpause, Ihme-Terrassen, Rosebeckstraße 1. Mitglied Luise Wolfram berichtet über ihre diesjährige Reise in das Königsberger Gebiet. Sie bringt eine Kaliningrader Hackbrettspielerin mit, die uns musikalisch unterhalten wird. – Am Donnerstag, 23. September, unternimmt die Gruppe eine Stadtrundfahrt durch Hannover mit Stadtführerin. Anmeldungen bitte bis zum 10. September an Kulikowski, Telefon (05101) 2530, oder Lore Rueß, Telefon (0511) 332724. Wir haben 20 Plätze reserviert.

Helmstedt – Donnerstag, 9. September, 15 Uhr, Treffend der Gruppe in der „Begegnungsstätte“, Schützenwall 4. Nähere Auskünfte erteil Helga Anders, Telefon (05351) 9111. – Sonnabend, 11. September, Busfahrt nach Berlin zum „Tag der Heimat“ zusammen mit dem BdV-Braunschweig. Nähere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Oldenburg – Mittwoch, 8. September, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Stadthotel Eversten. Pastor Burkhard Conrad hält einen Diavortrag über die Kurische Nehrung. Er war als Kurprediger auf der Kurischen Nehrung tätig.

Stade – Sonnabend, 18. September, 11.30 Uhr, Busfahrt zum Ostpreußischen Landesmuseum mit einer Führung durch die Ausstellung „Luise von Preußen – Königin der Herzen“. Tagesprogramm: 11.30 Uhr, Abfahrt ab ZOB, Marktkauf, Stader Straße; 12.30 Uhr, Mittagessen; 13.45 Uhr, Museumsbesuch, anschließend Zeit für Kaffeebesuch oder Stadtbummel; 18 Uhr Rückfahrt ab Lüneburg. Kosten für die Busfahrt, Mittagessen und Museumsbesuch 25 Euro pro Person. Nähere Informationen (unter anderem Essensauswahl) und Anmeldungen unter Telefon (04161) 3406 bis zum 10. September.



Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 6. September, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 16. September, 15 Uhr, aus organisatorischen Gründen gemeinsam: „Ostpreußisch Platt“ und „Literaturkreis“ in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Bonn – Dienstag, 7. September, 19 Uhr, „Tag der Heimat“ im Ratssaal, Rathaus Bonn-Beuel. – Sonntag, 19. September, Ostdeutscher Markttag zum „Tag der Heimat“ auf dem Münsterplatz.

Düren – Sonnabend, 11. September, 10.30 Uhr, „Tag der Heimat“ im Rathaus Foyer. – Freitag, 17. September, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zu einem Heimatabend im „HDO“, Holzstraße 7 a.

Düsseldorf – Dienstag, 9. September, 8 Uhr, Abfahrt vom Busbahnhof Worringer Straße zur Tagesfahrt zum „Holländischen Freilichtmuseum“ bei Arnheim und Wasserburg Anholt. Die Fahrt kostet 55 Euro. Informationen und Anmeldung unter Telefon (0211) 682318, Fax (0211) 9666947. – Freitag, 10. September, 18 Uhr, Stammtisch im Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62. – Sonnabend, 11. September, 11 Uhr, „Tag der Heimat“ im Konferenzraum, GHH. Festredner ist Rudi Pawelka, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien.

Ennepetal – Donnerstag, 16. September, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube mit einem kleinen Imbiss. – Sonnabend, 18. September, 16 Uhr, „Tag der Heimat“ in der „Rosine“.

Gütersloh – Montag, 13. September, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Donnerstag, 9.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Anzeigen



Und die Meere rauschen
den Choral der Zeit,
Elche steh'n und lauschen
in die Ewigkeit.

Irmtraud Westphal
geb. Kuschel

* 28. Dezember 1916 Tannenberg/Ostpr. — † 25. August 2010 Eutin

In stiller Trauer

Ingrid und Jürgen
Bernd und Gisela
Lothar und Gerhild
Enkel und Urenkel

Traueranschrift:
Bernd Westphal, Charlottenstraße 18, 23701 Eutin

Der Trauergottesdienst hat im engsten Kreise stattgefunden.

So nimm denn meine Hände und führe mich
bis an mein selig Ende und ewiglich.

Unsere geliebte Mama und Oma, unser Tantchen, unsere Cousine und Schwägerin ist heute nach einem erfüllten Leben für immer ruhig eingeschlafen.

Lieselotte Schwerm
geb. Neumann

* 10. September 1919 Schönfeld/Ostpr. — † 16. August 2010 Melle

Wir sind unendlich traurig:

Barbara Schwerm-Triebel und Karl-Friedrich Triebel
Volker Schwerm und Heike Ristig
Oliver und Kathrin
Fabian und Stefanie
Mario und Isabel
und alle, die sie lieb hatten

49324 Melle, Weststraße 33

Ich bin nicht von euch gegangen,
sondern nur voraus.

Nach einem arbeitsreichen, langen und erfüllten Leben verstarb mein geliebter Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater, Opa, Uropa und Onkel



Heinz Manke

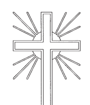
* 15. Juni 1918 Lukowo / Westpreußen — † 13. August 2010 Henstedt-Ulzburg

In Liebe und Dankbarkeit

Gertraud Manke
Volker und Monika Manke
Dietmar und Hannelore Manke
Enkel, Urenkel
sowie alle Angehörigen

Kondolenzanschrift:
Bahnhofstraße 4, 24558 Henstedt-Ulzburg

Die Trauerfeier zur Beisetzung erfolgte im engsten Familienkreis.



Gott ist die Liebe
I. Joh. 4.16

Von unserem himmlischen Vater in schwerer Krankheit getragen ist unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Oma in seine Herrlichkeit heimgegangen

Gisela Anita Liedtke
geb. Stolp

* 28. 7. 1940 in Jastrow/Pommern — † 22. 8. 2010 in Osterby

In Liebe und Dankbarkeit

Karin und Hans-Otto Kruse
mit Reinhild, Dietlind, Ulrich, Friederike und Alrun
Kerstin und Bertram Graw
mit Heidrun, Sigrid, Henning und Gerrit

24367 Osterby, Nordweg 22
24367 Osterby, Eushagen 5

Die Beerdigung hat am 26. August 2010 von der Kirche zu Hütten aus stattgefunden.



Fern der Heimat entschlief meine liebe Schwester

Elisabeth Reck

*14. 1. 1927 Altkrug / Kr. Gumbinnen — † 25. 6. 2010 Lübeck

In Dankbarkeit und stiller Trauer
Erna Reck

Brandenburger Straße 52, 23730 Neustadt/Holst.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

September, 15.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen. Kontakt und Informationen bei Renate Thamm, Telefon 40422. – Montag, 20. September, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Sonnabend, 18. September, 20 Uhr (Einlass 19 Uhr), Herbstfest der Gruppe im Spexarder Bauernhaus, Lukasstraße, Gütersloh. Karten gibt es nur an der Abendkasse. Wer möchte kann im Dirndl oder Tracht erscheinen. Es spielt die „City-Band“ aus Bielefeld. Nähere Informationen unter Telefon (05241) 29211, oder im Internet: www.jagalla.info



Köln – Dienstag, 7. September, Treffen der Gruppe nach den Ferien im Kolping Hotel International, St. Apern Straße 32. Herr Donder berichtet: „Lyck heute – Südostpreußen mit allen Facetten“ und Frau Buchert wird mit Vorträgen in Dialekt verzaubern. Im Anschluss Vorstandssitzung im Richterzimmer. – Sonntag, 12. September, 15 Uhr, „Tag der Heimat“ im Bürgerzentrum Köln, Chorweiler, Pariserplatz 1.

Leverkusen – Sonntag, 5. September, 11 Uhr, Gedenkstunde zum „Tag der Heimat“ am Mahnmal, dem Ostdeutschen Kreuz / Friedensstein, Friedhof Leverkusen Manfort.

Minden – Sonnabend, 25. September, 16 Uhr, Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, Minden, Autorenlesung der Kreisgemeinschaft Königsberg-Land mit Arno Surminski. Der Eintritt beträgt 8 Euro, einschließlich einem Glas Wein oder einem Glas Bärenfang.

Mühlheim an der Ruhr – Sonntag, 19. September, 11 Uhr, „Tag der Heimat“ im „Bürgergarten“, Aktienstraße 80. Der Landesvorsitzende Jürgen Zauner hält die Festrede. Im Anschluss bietet der Wirt ein Mittagessen an.

Neuss – Sonnabend, 11. September, „Tag der Heimat“ mit Gedenkfeier am Ostdeutschen Gedenkstein, Oberstraße. Im Anschluss findet eine Feierstunde statt.

Viersen – Sonnabend, 11. September, 14 Uhr, „Tag der Heimat“ im evangelischen Gemeindehaus Willich-Anrath, Jakob-Krebs-Straße.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 4. September, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Mainz – Freitag, 10. September, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Sonnabend, 11. September, Auftaktveranstaltung zum „Tag der Heimat“ im ICC-Berlin. Leitwort: „Durch Wahrheit zum Miteinander!“, die Festrede hält der Ministerpräsident von Bayern, Horst Seehofer. – Sonntag, 12. September, 10 Uhr, „Tag der Heimat“ im Bürgerhaus Mainz-Lerchenberg. – Donnerstag, 16. September, 15 Uhr, heimatliche Kaffeestunde der Damen im Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz. – Freitag, 17. September, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Donnerstag, 16. bis Sonntag, 19. September, viertägige Busreise in das Berchtesgadener Land. Anmeldungen unter Telefon (06131) 471720 oder (06131) 474803.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Dresden – Montag, 6. September, 18 Uhr, Auftritt des Kammerchors „Kant“ aus Gumbinnen im Gemeindesaal der Christuskirche Dresden-Strehlen, Elsa-Brändström-Straße 1, 01219 Dresden.

Hoyerswerda – Sonnabend, 18. September, 13.30 Uhr, „Tag der Heimat“ im Forum-Saal, Lausitzhalle.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Donnerstag, 9. September, 14 Uhr, „Tag der Heimat“. – Mittwoch, 15. September, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“.

Dessau – Montag, 13. September, 14 Uhr, Treffen zum „Tag der Heimat“ im Krötenhof.

Halle – Sonnabend, 4. September, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Reilstraße 54, neben Kaffee und Kuchen gibt es auch Würstchen vom Grill.

Magdeburg – Freitag, 3. September, 16 Uhr, Singproben im TuS Neustadt. – Dienstag, 7. September, 16.30 Uhr, Treffen des Vorstandes in der Gaststätte Post, Spielhagenstraße, zum „Tag der Heimat“. – Freitag, 10. September, 16 Uhr, Singproben im TuS Neustadt. – Sonntag, 12. September, 14 Uhr, „Tag der Heimat“ in der Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Mittwoch, 8. September, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im DRK-Haus, Lübecker Straße. – Bei der letzten Zusammenkunft stand unter anderem die Elchschaufel als Symbol für Ostpreußen im Mittelpunkt. Außerdem wurden Heimatlieder, deren Verfasser und Komponisten in Kurzreferaten vorgestellt. Es schloss sich wieder eine lebhafte Aussprache an, in der Fragen um die Elchschaufel im Mittelpunkt standen. Die Elchschaufel wurde als Symbol in der Pferdezucht schon lange in Ostpreußen verwendet, aber als Wahrzeichen für Ostpreußen wurde sie erst 1945 patentiert.

Bad Schwartau – Sonnabend, 4. September, 12 Uhr, Fahrt der Gruppe zur Dittchenbühne. Diesmal gibt es das Historienschauspiel „Wenn die Schwarze Garde kommt“ unter der Regie von Vilija Neufeldt. Das Stück behandelt den Sieg der Dithmarscher Bauern über die zahlenmäßig weit überlegenen Truppen des dänischen Königs Johann I. und seines Bruders Herzog Friedrich von Holstein. Dieser Sieg der Bauernrepublik am 17. Februar 1500 gilt heute noch als historischer Mittelpunkt der Geschichte Dithmarschens. Zur Einstimmung gibt es vorweg ein rustikales Buffet. Abfahrt ZOB Bad Schwartau, 12 Uhr. Preis inklusive rustikales Buffet 36 Euro. Anmeldungen bei Gisela Rowedder, Telefon (04504) 3435. – Mittwoch, 8. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant Samos. „Die Ukraine – mit dem Flussschiff von Kiew zur Krim“ lautet der Vortrag von Pastor Axel Simanowski.

Flensburg – Sonnabend, 18. September, 14.30 Uhr, Treffen vor der Schlosskirche zu Grafenstein, Dänemark zusammen mit den Pommern. Ein Kirchenbesuch, Schlossparkspaziergang und eine gemütliche Kaffeerunde unmittelbar an der Flensburger Förde erwarten die Teilnehmer. Anmeldung nur bei Wilfried Pollack, Telefon (0461) 56485. – Die Gruppe wurde von Pastor Udo Gräve durch seine Kirche, St. Marien Flensburg, geführt. Einen besseren Kenner kann man sich nicht vorstellen. Anschließend wurde Kaffee und Kuchen in der bekannten Gesprächsrunde im nahen Marien-Café genossen. Unvergesslich die schöne ostpreußische und pommersche Mundart.

Mölln – Sonnabend, 11. September, 6.30 Uhr, Fahrt zu der zentralen Auftaktveranstaltung zum „Tag der Heimat“ im ICC in Berlin.

Neumünster – Mittwoch, 8. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant am Kantplatz. Gerd Höpfer liest von „Loriot, Heinz Erhardt, Wilhelm Busch und Otto Höpfner“.

Uetersen – Freitag, 17. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus Ueterst End. Vorstandsmitglied Frank Farin hält einen Vortrag: „Die wirtschaftliche Entwicklung und politische Lage im heutigen Pommern und Ostpreußen“.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de

55. Allensteiner Jahrestreffen – Das diesjährige Treffen der Stadtgemeinschaft Allenstein findet vom 17. bis 19. September und erstmals gemeinsam mit der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land statt. Das Treffen wird am Freitag, dem 17. September, mit der Versammlung der Stadtvertreter eröffnet, die die Berichte des Vorstandes entgegennimmt. Am Abend feiern die Allensteiner ihr Wiedersehen im Restaurant Dubrovnik neben dem Hans-Sachs-Haus. Die Veranstaltungen am Sonnabend, 18. September, beginnen um 10.45 Uhr in der Propsteikirche mit einer ökumenischen Andacht und Kranzniederlegung an der Gedenktafel für die verstorbenen Allensteiner. Danach besteht Gelegenheit, den Treudank, das Allensteiner Heimatmuseum in der Vattmannstraße, zu besuchen. Ab 13 Uhr trifft man sich im Schloss Horst. Neben den Verkaufsständen mit Büchern über Allenstein gibt es eine Ausstellung alter Postkarten zu sehen. Um 15 Uhr findet in der Glashalle des Schlosses die Feierstunde zum 55. Jahrestreffen statt, die von der Trinity Brass, dem Bläser- und Posaunenchor Gelsenkirchen-Erle unter der Leitung von Hans-Günter Nowotka musikalisch umrahmt wird. Als Gäste erwarten wir neben Vertretern der Partnerstädte Gelsenkirchen und Allenstein auch wieder zahlreiche Angehörige der AGDM. Anschließend spielt Oskar Delberg seine beliebten Oldies zum Tanz und zur Unterhaltung auf. Wer es ruhiger mag, kann sich auch zum Schabbern in der Garten oder den Rittersaal zurückziehen. Mit dem Besuch der Gottesdienste am Sonntagvormittag geht das Treffen zu Ende.



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 983883100.

Angerburger treffen sich am 11./12. September in der Theodor-Heuß-Schule in Rotenburg (Wümme) – Wir leben in einer sich ständig verändernden Welt. Nichts bleibt so wie es ist. Auch in Rotenburg (Wümme) hat sich in den letzten zwölf Monaten einiges verändert. Der Bürgersaal steht uns in diesem Jahr nicht zur Verfügung, da es zum 1. September einen Pächterwechsel gab. Deshalb werden wir uns am 11./12. September 2010 in der Theodor-Heuß-Schule in Rotenburg (Wümme), Gerberstraße 16 treffen (neben dem Ratsgymnasium Gerberstraße 14). Es wird also ein Treffen der kurzen Wege und auch die Michaelskirche liegt in der Nähe. Die Mensa/Aula der Theodor-Heuß-Schule steht uns am Sonnabend, den 11. September, von 14 bis 23 Uhr, und am Sonntag, den 12. September, von 9 bis 16 Uhr, zur Verfügung. Eingeleitet werden die 56. Angerburger Tage am 11. September, um 9 Uhr mit einem Gedenken am Patenschaftsstein am Rotenburger Kreishaus bei der Angerburger Eiche. Ab 9.30 Uhr tagt in einer öffentlichen Sitzung die Kreisvertretung der Kreisgemeinschaft im großen Sitzungssaal des Kreishauses. Im Mittelpunkt der Sitzung stehen Ehrungen und Berichte des Vorstandes sowie die Wahl eines stellvertretenden Kreisvertreters für den aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen Alfred Nehrenheim. Es ist eine gute Gelegenheit, sich zu informieren. Danach wird zu einer Busfahrt nach Sittensen zum Heimatverein der Börde Sittensen e.V. eingeladen. Der Preis für die Busfahrt mit Kaffee und Kuchen beträgt 10 Euro pro Person. Der Bus fährt pünktlich um 13.30 Uhr vor dem Hotel am Pferdemarkt ab. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 25 Personen.

Ein Höhepunkt der diesjährigen Angerburger Tage dürfte am Abend der Vortrag der international bekannten Vortragskünstler Helfried und Renate Weyer aus Buxtehude werden. Sie zeigen Ostpreußen „Land der dunklen Wälder“ in faszinierender Großbildtechnik, projiziert auf eine große Panoramawand: Das Ermland, Masuren, Königsberg und natürlich die Kurische Nehrung. Der live gesprochene Vortrag des Königsberger Fotografen wird mit Musik in Konzertqualität untermalt, ebenso mit Beispielen der längst ausgestorbenen zärtlichen Sprache. Der Filmvortrag findet am Sonnabend, den 11. September, um 20 Uhr, in der Aula des Ratsgymnasiums, Gerberstraße 14, statt (neben der Theodor-Heuß-Schule). Der Sonntag, 12. September, beginnt um 9 Uhr mit einem Gottesdienst in der evangelischen Michaelskirche (Bischofsstraße). Anschließend findet um 11 Uhr in der Aula des Ratsgymnasiums in der Gerberstraße 14 eine Feierstunde statt. Mechthild Ross-Luttmann, Niedersächsische Ministerin a. D. für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit wird zu uns kommen und die Gastrede halten. Das Angerburger Zimmer im Honigspeicher beim Heimatmuseum wird am Sonnabend und Sonntag von 12 bis 16 Uhr geöffnet sein. In der Theodor-Heuß-Schule werden an beiden Tagen Bücher wie Angerburg von A-Z (4. Auflage) und „Der Kaufherr Thomas Anderson“ sowie Postkarten und Landkarten angeboten. Alle Angerburgerinnen und Angerburger sowie deren Nachkommen und Heimatfreunde, aber auch Gäste sind wieder ganz herzlich zu den 56. Angerburger Tagen am 11./12. September 2010 nach Rotenburg/Wümme eingeladen. Bekunden Sie durch Ihre Teilnahme Treue und Verbundenheit zu unserer Heimat, auch 65 Jahre nach Flucht und Vertreibung.

Aula der Theodor-Heuß-Schule steht für Filmvortrag und Feierstunde ebenfalls zur Verfügung – Entgegen unserer Ankündigung steht für den Filmvortrag „Land der dunklen Wälder“ von Helfried und Renate Weyer am Sonnabend, 11. September, 20 Uhr, und für die Feierstunde am Sonntag, 12. September, 11 Uhr, die Aula der Theodor-Heuß-Schule, Gerberstraße 16 (neben dem Ratsgymnasium) ebenfalls zur Verfügung. Somit können die 56. Angerburger Tage am 11./12. September vollständig in der Theodor-Heuß-Schule durchgeführt werden. Gelegenheit zum Kaffeetrinken und Abendessen am Sonnabend und zum Mittagessen am Sonntag besteht in der Mensa. In der Nähe befindet sich auch die Michaelskirche in der Bischofstraße. Vergessen Sie auch nicht, ein Zimmer bei den bekannten Hotels in Rotenburg (Wümme) oder Umgebung zu buchen. Das Angerburger Archiv ist größtenteils eingelagert und somit nur zu einem kleinen Teil einsehbar. Der zur Verfügung stehende Raum bietet nur Platz für bis zu zwei Personen, deshalb ist eine vorherige Anmeldung erforderlich. Es wird um Verständnis gebeten.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Einladung zur Mitgliederversammlung / Kreistreffen – Am Sonnabend, 2. Oktober treffen sich die Landsleute aus dem Kreis Elchniederung, Mitglieder und Freunde unserer Kreisgemeinschaft im Hotel Esplanade in Bad Nenndorf. Schon am Freitag, 1. Oktober, 14 Uhr, wird das Tagungsbüro / Restaurant eröffnet sowie ab 16 Uhr werden Diavorträge im dortigen „Agnes-Miegel-Saal“ zu sehen sein. Sonnabend, 2. Oktober: 9 Uhr Öffnung des Tagungsbüros / Restaurant (Buch- und Bernsteinverkauf, Film- und Diavorträge im „Agnes-Miegel-Saal“), 12 Uhr Mittagessen im Restaurant, 14 Uhr Eröffnung der Mitgliederversammlung (Begrüßung durch den Kreisvertreter, Totenehrung, Grußworte von der stellvertretenden Landrätin Kreis Schaumburg Frau Hartmann-Grolm, Bericht des Versammlungsleiters Kreistag, Grußworte der Kirchspielvertreter, Ehrungen und Neuwahl des Kirchspielvertreters Neukirch, Ostpreußenlied, gemütliches Beisammensein), 19 Uhr Musikalisches Unterhaltung / Tanz. Sonntag, 3. Oktober, 10 Uhr Gottesdienst in Steinhude (Fahrgemeinschaft), Besuch des „Agnes-Miegel-Hauses“, Ausklang im Hotel. Am Freitag, 1. Oktober, treffen sich die Delegierten zu ihrer jährlichen Sitzung. In den Hotels Esplanade und Deutsches Haus können Zimmer gebucht werden (Stichwort: Elchniederung).



GERDAUEN

Kreisvertreter: Arnold Schumacher, Hüttenstraße 6, 51766 Engelskirchen, OT Rümderoth, Telefon (02263) 902440. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Kreistagssitzung – Laut unserer Satzung (§5, Absatz 4) sind wir verpflichtet, den Termin der nächsten Kreistagssitzung, der für Freitag, 8. Oktober, 19 Uhr im Hotel Esplanade in Bad Nenndorf anberaumt wird, vor der Ladungsfrist in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* bekanntzugeben. Allen Vorstands- und Kreistagsmitgliedern sowie den stellvertretenden Kirchspielvertretern und den Mitgliedern des Ältestenrates ist die Einladung zur Kreistagssitzung mit den Tagesordnungspunkten bereits zugegangen.

Tagesordnung – Die Tagesordnung der Kreistagssitzung umfasst folgende Punkte: 1. Begrüßung, Anwesenheitsfeststellung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Schriftliche Anträge auf Änderung der Tagesordnung, Nachfrage auf Anmeldung von Themen für den Punkt „Verschiedenes“, Genehmigung der Tagesordnung, Genehmigung des Protokolls vom 12. September 2009; 2. a) Familienforschung / GIRDAWE (Sachstand und Recherchestbericht für Kreistag), b) Finanzen (Bericht des Schatzmeisters, Bericht der Kassenprüfer, Beschluss über die Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2009), c) Heimatstube / Archiv, d) Wahlen (Neuwahl der

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Ostpreußen – Was ist das?

Hamburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen hat die Broschüre „Ostpreußen – Was ist das?“ auf Grund der großen Nachfrage neu drucken lassen. Die Broschüren werden gegen eine Schutzgebühr von 0,50 Euro pro Exemplar zuzüglich Verpackung und Versand abgegeben. Bei Bestellungen ab 50 Stück liegt der Preis bei 0,40 Euro ab 100 Exemplaren bei 0,30 Euro pro Broschüre.

Bestellungen: Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Ute Vollmer, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, Fax (040) 41400850, E-Mail: vollmer@ostpreussen.de

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

Kassenprüfer, Beschluss über den Wahltag der Kreistagswahl 2011, Information zur Kreistagswahl 2011 – Aufstellung der Kandidatenliste, Wahlausschuss für die Kreistagswahl), e) Heimatbrief, f) Kreiskartei, g) Hauptkreistreffen (Informationen zum Ablauf – Kassenbesetzung und Aufgabenverteilung, Beschluss über Zeit und Ort HKT 2011), h) Wolfskinder, i) Bruderhilfe; 3. Verschiedenes.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. 2. Stellvertreter: Michael Ochantel, Schulstraße 17, 84056 Rottenburg, Telefon (08781) 203164. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kirchspiel Hohenfürst und Eisenberg – Die Kirchspielvertreterin für das Kirchspiel Eisenberg, Helga Stelljes, und die Kirchspielvertreterin für das Kirchspiel Hohenfürst, Elke Ruhnke, laden recht herzlich zum Hauptkreistreffen nach Burgdorf ein. Wir würden uns freuen, möglichst viele Landsleute am 11. und 12. September 2010 begrüßen zu dürfen. An beiden Tagen öffnet das Veranstaltungszentrum um 9 Uhr. Wie auch in den vergangenen Jahren besteht die Möglichkeit, am Samstag und Sonntag die Heimatstube in der Wilhelmstrasse zu besuchen; für den Transfer vom Veranstaltungszentrum Sorgenser Straße zur Heimatstube ist gesorgt.

Heiligenbeil-Sondertreffen in Burgdorf 2010 – Herbert Schemmerling, früher Heiligenbeil, heute Denver (USA), lädt alle Personen, die den Namen Schemmerling haben oder hatten, zu einem Sondertreffen am Sonntag, dem 12. September um 14 Uhr in das Veranstaltungszentrum Burgdorf ein. Bitte Bilder und Familiendokumente mitbringen. Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Herbert Schemmerling per Mail: hschemm@msn.com oder an Kreisvertreterin Elke Ruhnke.

Sondertreffen – Freitag, 10. September, 14 Uhr **Kirchspiel Bladiau** im Gemeindesaal der Pankratiuskirche Burgdorf, Gartenstraße, Leitung: Konrad Wien. Sonnabend, 11. September, 11 Uhr, **Gemeinde Schwengels** im Schützenheim Burgdorf An der Bleiche 7, Leitung: Eleonore Kath, geb. Malek; 15.30 Uhr **Stadtgemeinschaft Zinten** im Veranstaltungszentrum Burgdorf, Sorgenser Straße 31.



MOHRUNGEN

Kreisvertreter: Wolfgang Warnat, Silcherstraße 5, 35415 Pohlheim, Telefon (06403) 6099009, Fax (06403) 6099007, E-Mail: wwarnat39@web.de. Geschäftsführer: Lothar Gräf, Dr-Siekermann-Weg 28, 58256 Ennepetal, Telefon (02333) 5766, (02333) 5570, E-Mail: rgraef@freenet.de. Stellvertretende Kreisvertreterin: Gisela Harder, Telefon (040) 7373220; Ingrid Tkacz, Telefon (04122) 55079.

Einladungen zum Heimatkreistreffen 2010 der Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V. nach 31542 Bad Nenndorf, Bahnhofstraße 8. – Das in jedem Jahr ausgerichtete Heimatkreistreffen findet 2010 in Bad Nenndorf vom 17. bis 19. September in den Räumen des Grandhotels Esplanade statt. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft lädt alle Mitglieder, Angehörige und Freunde hierzu recht herzlich ein und wünscht sich, dass in diesem Jahr besonders viele den Weg nach Bad Nenndorf finden werden. Versuchen Sie doch einmal ihre jungen Verwandten (Kinder, Enkel und Urenkel) zu überreden hierhin mitzukommen. Diese Treffen sind und bleiben ein entscheidender Beitrag zur Pflege und Erhaltung unseres Heimatgutes, so wie es in unserer Satzung verankert ist. Freitag, 17. September, Kreisausschuss-Sitzung, Beginn 11 Uhr. Freitag, 17. September, Kreistags-Sitzung Beginn 16 Uhr. Sonnabend, 18. September, Mitgliederversammlung. Beginn 17 Uhr, für alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V. mit dem Jahresbericht des Kreisvertreters und anschließender Frage- und Diskussionsrunde.

Heimatkreistreffen 2010 am 18. und 19. September in Bad Nenndorf im Grandhotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, der Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V. in der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. – Patenschaft von Gießen – Programm: Sonnabend, 18. September: 9 Uhr Einlass in die Veranstaltungsräume im Grandhotel Esplanade, Bahnhofstraße 8; 9.30 Uhr Begrüßung der Teilnehmer im Restaurant L'Orangerie und Eröffnung der Ausstellung „1111 Jahre Morungen / Harz“ durch die Kulturreferentin der Kreisgemeinschaft Mohrungen Gisela Harder; 10.30 Uhr, Kreistagsmitglieder stellen sich vor, 11 Uhr, Beginn einer sachkundigen Stadtführung in Schaumburger Tracht (Treffpunkt am Eingang des Grandhotels Esplanade); ab 12 Uhr, Mittagessen nach Speisekarte; ab 15 Uhr, Projekt-Vorstellung „Vergessene Zeugen der Geschichte Horn / Zabi Rog“ durch Ingrid Tkacz, stellvertretende Vorsitzende der Kreisgemeinschaft; Dokumentarfilm „Kinder der Flucht“ – vorgeführt von Elisabeth Krahn; 16 Uhr, Filmvorführungen über Ostpreußen im Untergeschoss des Grandhotels Esplanade vorgeführt von Joachim Berg; 17 Uhr, Beginn der Mitgliederversammlung; ab 18 Uhr, Abendessen; 19 Uhr, bunter Abend im Restaurant L'Orangerie im Grandhotel Esplanade mit Tanzmusik der „Happy Sound Music“ von K.-D. Dust, Gedichtvorträgen, Quiz und Schaueinlagen von Teilnehmern. Gegen 24 Uhr, Ende. Sonntag, 19. September: 8.30 Uhr, Einlass in die Veranstaltungsräume im Grandhotel Esplanade, Bahnhofstraße 8; 9 Uhr, Ab Eingang Grandhotel Esplanade, Blumenniederlegung am Denkmal von Agnes Miegel im Kurpark; 10.30 Uhr, Feierstunde; mit musikalischer Umrahmung; Begrüßung Kreisvertreter; Grußworte von Ehrengästen, Kurzandacht, Totenehrung durch Elisabeth Krahn, Festansprache „Von Morungen / Harz nach Mohrungen / Ostpreußen“ von Lutz Krause, Schlusswort durch den Kreisvertreter, gemeinsamer Gesang des „Deutschlandlied“, ab 12.30 Uhr, Mittagessen nach Speisekarte. 14 Uhr, nach einem gemeinsamen gemütlichen Nachmittag Abschiednehmen der Teilnehmer.

Gratulation – Erika Jahr feierte am 21. August ihren 90. Geburtstag. Wir wünschen ihr noch viele weitere gesunde Lebensjahre und danken ihr für ihre aufopferungsvolle langjährige Tätigkeit im Kreisausschuss und Kreistag. Bleibe uns bitte noch lange erhalten, Erika!



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Kreistagswahl – Der Wahlausschuss der Kreisgemeinschaft Neidenburg gibt nachstehend in alphabetischer Reihenfolge die Namen der künftigen Kreistagsmitglieder für die Legislaturperiode von 2010 bis 2014 bekannt: Ruth Bahr, Günther Ernst, Marion Haedge, Ulrich Hoffmann, Frank Jork, Reinhard Kayss, Lutz Knief, Jürgen Kowalek, Ingrid Laufer, Heinz Laurien, Dr. Uwe Laurien, Ulrich Lewandrowski, Dietrich Olinski, Hans-Ulrich Pokraka und Jürgen Szepanek.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Heimattreffen der Schirwindter Ostpreußen – Das sechzehnte Treffen der Schirwindter-Landsleute und Freunde des Kreises, fand vom 30. Juli bis zum 1. August 2010 in Meiningen, im „Gasthof zum Schlundhaus“ statt. Mittelpunkt war die Heimatstadt Schirwindt, aus der am 31. Juli 1944 – also vor 66 Jahren – die Flucht vor der Roten Armee begann. Unser Treffen, am 30. Juli 2010 begann mit der Begrüßung durch den Organisator Gerhard Preikschat und einem stillen Gedenken der verstorbenen Landsleute: Hildegard Rauschenbach und Eva Kaukereit. Außerdem galt unser Gedenken dem Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Schloßberg: Arno Litty. Regelmäßig besuchte er mit seiner Frau Inge das Treffen der Schirwindter hier in Meiningen. „Hildchen“ Rauschenbach war unsere Heimatdichterin. Sie textete und vertonte rund fünfzig Lieder; auch



schrieb sie neben mehreren Büchern noch etwa einhundert Gedichte. Mögen alle ihre Lieder, die sie für uns gesungen hat sowie auch die Gedichte und Erzählungen noch lange in den Herzen der Ostpreußen in liebevoller Erinnerung weiterleben. Hella Gießler berichtete in ihrem Beitrag, wie die Zivilbevölkerung am 31. Juli 1944 – oft überstürzt – alles stehen und liegen lassen musste. Die große Flucht begann! Egal ob jung oder alt, gesund oder krank, nur so schnell wie möglich fort von hier. Sie hatten keine andere Wahl! Daheim blieben nur die Toten. Gerhard Preikschat erklärte, dass dieser 31. Juli vor 66 Jahren sicher der schwärzeste Tag in der Geschichte seiner Heimatstadt Schirwindt gewesen ist. Die Stadt ging im Flammenmeer und im Hagel von Bomben und Granaten unter! Schirwindt war einst die kleinste östliche Stadt des „Deutschen Reiches“ und somit auch Grenzstadt zu Litauen. Sie wurde als erster Ort auf deutschem Gebiet von der Roten Armee eingenommen. Aus diesem Grund wurde die Stadt Schirwindt auf Befehl Stalins eingeebnet. Weiterhin schilderte Gerhard Preikschat an Hand einer Landkarte die einzelnen Stationen der Flucht mit seiner Familie. Ob tiefer Schnee und eisige Kälte bei starkem Ostwind – der Treck musste weiter, so beschwerlich es auch war – bei jedem Wetter! Ständige Begleiter waren der Hunger und die Angst. Oft wurden die Trecks von feindlichen Flugzeugen (Tieffliegern) beschossen! Die auf der Flucht an Krankheit oder Erschöpfung gestorbenen Menschen (meist kleine Kinder oder alte Leute) konnte man am Wegrand höchstens mit einem Tuch bedecken, in der hartgefrorenen Erde war es nicht möglich eine Grube auszuheben!

Diese Erinnerungen wurden dann zum zentralen Thema an diesem sechzehnten Regionaltreffen. Nachdem die schlimmsten Strapazen überstanden – waren und die geflüchteten Menschen sich auf einigermaßen sicherem Boden befanden, mussten sie eine weitere hässliche Erfahrung machen! Wo sie auch hinkamen in diesem „Deutschen Reich“ – niemand wollte die Flüchtlinge aufnehmen! Die Leute verschlossen ihre Häuser und behaupteten, keinen Platz zu haben und auch selber nicht genug zu Essen. Das stimmte allerdings meistens nicht, wurden die Flüchtlinge dann aber eventuell doch aufgenommen, bekamen sie oft nur einen Raum in der Scheune oder neben dem Stall. Nirgendwo waren die „Fremden“ gern gesehen! Es war sehr schwierig eine Bleibe – wenigstens für den Übergang – zu finden! Dieser überaus enttäuschende Zustand hielt sich über eine sehr lange Zeit! Sie sind noch jahrelang nur als „die Zugereisten“ bezeichnet worden! Doch es gab natürlich auch Ausnahmen, genau wie in jeder anderen Situation. Um uns nach diesem traurigen Kapitel wieder etwas aufzuheitern, begann dann Dora Stark damit, uns einige schöne Gedichte vorzutragen. Harry Geertschuis mit Brigitte und Gerhard Geertschuis mit Hildegard erfreuten uns mit einem Dia-Vortrag. Sie machten auf diese Weise mit uns eine Tour durch Ostpreußen und

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19

auch durch Westpreußen. Mit seiner Schilderung traf Harry genau das Interesse seiner Zuschauer; und er verstand es auch sehr gut, unsere Aufmerksamkeit zu fesseln. Als Gast konnte Antanas Spranaitis aus Kudirkos – Neumiestis (Litauen) von der Nachbarschaft Schirwindt begrüßt werden – Spranaitis hat eine Schirwindter-Stube eingerichtet, in welcher die Erinnerung an die verschwundene Stadt mit vielen Exponaten gepflegt wird. Demnächst wird diese Heimatstube vergrößert. Der Bürgermeister stellte dafür fünfzig weitere qm zur Verfügung. Im Namen aller Schirwindter Landsleute möchten wir uns an dieser Stelle ganz herzlich dafür bedanken! Ganz spontan rief Gerhard Preikschat eine Sammlung ins Leben. Ein Betrag von 285 Euro wurde bei der spontanen Sammlung gespendet! Dieser Betrag soll für die Ausstattung der o.g. neuen Räumlichkeiten verwendet werden. Tatkräftige Mitstreiter und Hilfe beim Einrichten der neuen Räume bekommt das Ehepaar Spranaitis durch Harry Geertschuis und seine Brigitte. Gerhard Preikschat überreichte dann Herrn Antanas Spranaitis als Dank für seine umfangreiche Erinnerungs-Arbeit ein großes Bild. Auf diesem Bild ist die „Memel“ mit der „Königin-Luise-Brücke“ in Tilsit dargestellt. Später wurden wir wieder mit einem „Litauer Buffet“ überrascht! Ein ganz herzliches Dankeschön dafür und viele Grüße! **Nun wollen wir noch einmal zurück schauen.** Unser Anliegen ist es, unsere unvergessenen Erlebnisse durch die Schilderung der Ereignisse an kommende Generationen weiter zu geben. Der Zweite Weltkrieg und die damit verbundenen Schrecken und Leiden unendlich vieler Menschen in ganz Deutschland – in unserem Fall die Flucht und der Verlust unserer Heimat – dürfen nicht in Vergessenheit geraten!! Als Erste waren natürlich die Grenzbewohner von diesem Schicksal betroffen. Auch Frau Hedwig Sommer sprach noch einmal von unserem Leidensweg, der an diesem 31. Juli 1944 begann. Wir hörten anschließend das Gedicht: „Heimat Ostpreußen – Mein geliebtes Heimatland“! In diesem Wort klingt es schon an – „Heim“ ist darin enthalten, das Vertraute, der Raum der Geborgenheit – auch die Gemeinschaft zählt dazu. Immer vertraut bleiben uns der Sprachklang, die Landschaft, die Siedlung und das Brauchtum im damaligen Ostpreußen. Mit einem besinnlichen Gedicht ging dieser Nachmittag dann zu Ende. Margot Lang hat dieses folgende Gedicht geschrieben: „Kindheit – Kinderjahre in Ostpreußen“. Vorgelesen wurde uns dieses Gedicht von Frau Hedwig Sommer. Großer Beifall war dann Dank für alle Vorträge. Der Ausklang des Abends des 31. Juli 2010 fand dann in den „Meininger Schlossstuben“ statt.

Am nächsten Morgen, es war dann der 1. August 2010, besuchten wir den Gottesdienst in der evangelischen Stadtkirche. Allen denjenigen, die nicht mehr an dem Treffen der Schirwindter in Meiningen teilnehmen können, senden wir liebe Grüße in jedes Haus. Es bestand immer eine feste Gemeinschaft und Verbundenheit. In diesem Jahr konnte ich sogar miterleben, dass der Zusammenhalt, und wenn nötig auch Hilfe für die Landsleute, weit über die Grenzen hinaus besteht. Es gibt Menschen, die sich durch ihr Denken, Handeln und ihre Selbstlosigkeit vom Heer der anderen unterscheiden. Sie imponieren uns durch ihren Mut, inspirieren durch ihre Tatkraft, denn sie stellen ihr Leben in den Dienst der Landsmannschaft. Das beweist uns Gerhard Preikschat durch sein langjähriges ehrenamtliches Engagement für seine Schirwindter Landsleute – seine ostpreußische Familie – schon zum sechzehnten Mal. Nun sagen wir Dank, lieber Gerhard, liebe Brigitte. Wir hoffen sehr, dass es nicht das letzte Mal war, dass wir uns hier gesehen haben.



SENSBURG

Kreisvertreter: Siegbert Nadolny, Wasserstr. 9, 32602 Vlotho, Tel. (05733) 5585, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de Geschäftsstelle: „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, Kreuzbergstr. 15, 42849 Remscheid.

Abschied von Heinrich Borchert – Am 10. Juli 2010 ist Heinrich Borchert, der Begründer der Ortstreffen der Dorfgemeinschaft Steinhof und Groß Steinfelde, im Alter von 86 Jahren verstorben. Der Sprecher der Dorfgemeinschaft Berthold Hirsch schreibt anlässlich seines Todes: Heinrich Borcherts Bemühen, die Erinnerungen an die Heimat in Ostpreußen wach zu halten, war überdurchschnittlich stark. Seine Idee, die ehemaligen Bewohner der Dorfgemeinschaft Steinhof und Groß Steinfelde in regelmäßigen Treffen zusammenzuführen, konnte er zum ersten Mal am 26. April 1980 verwirklichen. Tatkräftige Unterstützung erhielt er dabei von Landsmann Helmut Jelonek, der vor einigen Jahren verstorben ist. Der baute eigens dafür auf seinem Grundstück einen Saal. Auch die Ehefrauen Käte und Irene halfen immer wieder mit. In einem der Gedichte von Heinrich Borchert mit dem Tenor, andere Interessen zugunsten der folgenden Treffen zurückzustellen, spiegelt sich die Sehnsucht nach dem masurischen Zuhause wider. Eine ganz besondere Leistung von Heinrich Borchert ist das von ihm herausgegebene Buch „Wo sind sie geblieben?“ Es ist eine gelungene Mischung aus Chronik, Information und Erzählung mit reicher Bebilderung. In jahrelanger Arbeit hat er durch intensive Recherchen Daten und Fakten und eine Vielzahl von interessanten Bildern zusammengestellt. 1992 konnte er sein Buch vorstellen, dass bestens geeignet ist, unseren Kindern und Enkeln das Land ihrer Vorfahren nahezubringen. – Heinrich Borcherts Lebensführung ließ immer wieder erkennen, dass er in allen Lebenslagen auf Gott vertraute. Wir Steinhöfer und Groß Steinfelder mit unseren Angehörigen sagen ihm für all seine Mühe und seinen Einsatz für unsere Dorfgemeinschaft unseren herzlichen Dank. Wir werden ihn nie vergessen.

25. Ortstreffen Steinhof und Groß Steinfelde – Vom 11. bis 25. Juni 2010 fand in Eberbach das 25. Treffen der Dorfgemeinschaft Steinhof und Groß Steinfelde statt. Nach dem traditionellen Gedenken an die Verstorbenen stellte der Sprecher der Dorfgemeinschaft Berthold Hirsch die Bedeutung dieses 25. Treffens heraus als Anlass, dieses Jubiläum zu feiern. Als eigentlichen Beginn der Treffen nannte er die theoretischen und praktischen Vorbereitungen seines Vaters Fritz Hirsch, der bereits 1946 mit der Kontaktpflege durch seine Rundbriefe die in der Zerstreuung lebenden Landsleute vereinte. Bei Lehrer Carl Erdmann fand er Unterstützung bei der Suche nach ihrem Verbleib. Als ehemaliger Bürgermeister half Fritz Hirsch „seinen Schäfchen“ bei Fragen zum Lastenausgleich. Er war Mitglied des Gutachterausschusses in Lübeck. Trotz seiner schweren Krankheit konnte Heinrich Borchert noch vier Wochen vor seinem Tod an diesem Beisammensein – die Treffen lagen ihm ja immer ganz besonders am Herzen - teilnehmen und von den Anfängen vor 25 Jahren berichten. – Weiter trugen zum Gelingen des diesjährigen Treffens bei: Günter Erdmann mit seinem in der Heimat gedrehten Video-Film, Gotthard John mit einem Jahresbericht über Arbeit und Feste damals auf dem väterlichen Gut in Moythienen bei Steinfelde sowie sein Bruder Herbert John, Leiter einer Heimatgruppe. mit einem Bericht über seine Tätigkeit. Er zeigte sich erfreut, dass jetzt auch jüngere Leute Zugang zu seinen Treffen suchen. Für Singen, Plachandern und Kaffeetrinken blieb danach noch genügend Zeit.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Ulrich Depkat, Gartenstraße 21, 26180 Rastede, Tel.: (04402) 695727, Geschäftsstelle: Tel.: (0431) 77723 Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: tilsit.stadt@web.de

Schulgemeinschaft Neustädtische Schule – Zum fünften Mal trafen wir uns zu einem Schultreffen in der Fuhrmannsschänke bei Hermannsburg in der Lüneburger Heide. Der „alte Stamm“ hatte sich wieder versammelt: Günter und Mariechen Endrunat, Karin und Helmut Gawehn, Erwin und Christine Feige, Egon Bauer, Uschi Abicht, Werner Koschinski, Lore Bönisch, Günter Voigt, Dr. Reiner Mattern und als „Neuling“ und jetzt jüngstes Mitglied unserer Schulgemeinschaft: Franz Lange (verwitweter Schwager von Endrunats). Leider konnte Manfred Urbschat durch plötzlichen Krankenhausaufenthalt nicht teilnehmen, wirklich bedauerlich, da wir uns alle schon auf seinen Vortrag über 40 Jahre „Tilsiter Rundbrief“ und weitere Archivierungsmaßnahmen freuten. Wie bereits gewohnt hatte unser Celler Günter Voigt ein breites Programm vorbereitet. So wurde die Stadtrundfahrt mit Pferdekutsche durch Celle ein besonderes Erlebnis. Kaum einer wusste mit „Iserhatsche-Heidekastell-Montagnetto“ oder dem „Neuschwanstein des Nordens“ oder „Berg der Sammelleidenschaften“ etwas anzufangen – wir kamen beim Besuch aus dem Staunen nicht raus. Mit kunstgewerblichen Überraschungen und Bilddokumentationen wurden die Teilnehmer des Treffens schon oft beschenkt, aber dieses Mal überraschte Werner Koschinski uns alle mit unserem Wappentier aus Holz handgefertigt. Auch der Brückenschlag zu unserer Tilsiter Schule und zu den heutigen Schülern beschäftigte uns. Dr. Mattern aus Erfurt hat der Stadtgemeinschaft Möglichkeiten der Förderung von Schülern aus Tilsit-Stadt (Sovjetsk) / Schule Nr.1 mit deutschen beziehungsweise europäischen Fördermitteln über das „Goethe-Institut“ aufgezeigt.

Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Eine Lesung mit Angelika Waller: „Königin Luise“, findet am Mittwoch, 15. September, 19.30 Uhr, im Ostpreußischen Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, statt. Der Eintritt beträgt: 4 Euro / ermäßigt 3 Euro. Man sagte Königin Luise nicht nur besondere Schönheit und Güte nach, sondern auch diplomatisches Geschick. Den Stoff für Anekdoten lieferte sie als unkonventionelle Tochter, liebende Mutter und Frau, leidenschaftliche Biertrinkerin, patriotische Königin und geschickte Diplomatin im Dienste Preußens. Die von Angelika Waller warmherzig und temperamentvoll vorgetragenen Texte lassen das Bild einer Monarchin entstehen, die mit Geschick und Geschmack Konventionen brach und doch ganz Kind der preußischen Verhältnisse blieb. Anschließend wird der Film „Der Mann aus Jena“ (1981) gezeigt, in dem Angelika Waller als Königin Luise vor der Kamera stand. Angelika Waller, geboren 1944, ist Schauspielerin, Regisseurin, Pädagogin. Von 1966 bis 1992 war sie am Berliner Ensemble. Heute Professorin an der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“. Die CD „Königin Luise in Selbstzeugnissen und Anekdoten“beinhaltet Texte aus dem Buch „Wohl oder übel muß ich armes Weibsen dran – Anekdoten von Königin Luise“ (erschienen im Eulenspiegel Verlag). Eine weitere Buchempfehlung im Luise Jahr ist der Titel „Luise – Königin der Preußen“ von Renate Hoffmann (erschienen im Verlag Das Neue Berlin).

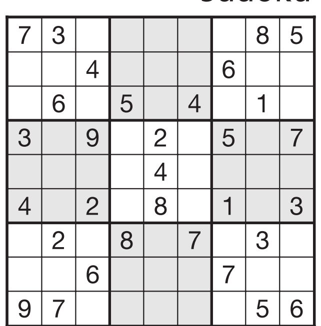
Schwedenrätsel (Clues): schweiz. Hauptstadtbewohner; die erste Frau (A. T.); Bad an der Nahe; Geheimgericht; Ruheständler, Pensionär; ungeschlechtl. Fortpflanzungszelle; Geist, Witz (franz.); ein wenig nass; englische Schulstadt; frühere schwed. Popgruppe; deutsche Fußballlegende (Uwe); Fremdwortteil: unter; Landstreicher (engl.); Tempelberg in Jerusalem; überholt, vergangen; komisch-satirische literar. Gattung; heulen, winseln (Hund); Merkzettel (Kzw.); giftiges Halbmetall; Handelsbrauch; Geldeingänge; Währungseinheit; indianisches Pfeilgift; selten, knapp; italienische Insel; dichtes Dunstgebilde; umdrehen, umkehren; Zitterpappel; eine der Gezeiten; dumm, unklug; römischer Kaiser; niedersächsische Stadt; Stadt im Sauerland (NRW); amerik. Erfinder (Thomas Alva); Sagenkönigin von Sparta; Haltestelle; sauber, ordentlich (ugs.); Sport: Fechtwaffe; britischer Admiral (Horatio); verheiratetes Paar; Schreibflüssigkeit; Binnenstaat in Westafrika; Kurort am Lago Maggiore; Stuhlteil; Tiroler Alpenpass; Querstange am Mast; italienischer Tenor (Enrico); ungerade (beim Roulette); Lilliengewächs, Heilpflanze; Rotwild, Waldtier; Feuchtigkeit; Teil von Vietnam; Verkehrsleuchte; früher: Seeräuber, Pirat; erhöhter Fußbodenteil; Lotteriescheine ziehen; Stadt in Pakistan; Pastenbehälter; Kultbild der Ostkirche; Wohlwollen; besonderes Ansehen (lat.); bestehen, existieren; Vorsilbe: Schall, Ton (griech.); linker Nebenfluss der Donau; Ruhelosigkeit; letzter Wortteil; nicht stattfinden lassen; Wattebausch; Verhältniswort; Rundfunkgerät; internationales Notsignal; katholisches Gebet; Hauptstadt von Oregon (USA); Opernsologesang; Gepflogenheit, Brauch; Polstermöbel; Kalifenname; Feuer; Hauptgeschäfts-, Hauptreisezeit; Brutstätte; Strom in Ostasien; kleine Brücke; Farbe; wuchtig, gewichtig; sportlich in Form; Truppenstandort; Abk. für Selbstbedienung; persönliches Fürwort; Stadt in den Niederlanden; Brennmaterial; germanisches Schriftzeichen; Dreifingerfaultier; österr.-niederl. Schauspieler; Eigentum, Habe; Gericht mit würziger Soße

PAZ10_35

Sudoku

7	3						8	5
		4				6		
	6		5		4		1	
3		9		2		5		7
				4				
4		2		8		1		3
	2		8		7		3	
		6				7		
9	7						5	6

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

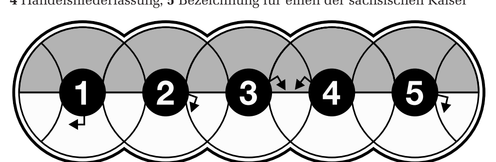
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen eine Raubtiergattung und eine -familie.

1 Indianerhütte, -zelt
2 allein, verlassen
3 Barriere
4 norwegische Dichterin
5 Funkanlage
6 Aufständischer

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Liliengewächs.

1 Rauschgift, 2 französischer Frauenname, 3 Lockspeise zum Tierfang, 4 Handelsniederlassung, 5 Bezeichnung für einen der sächsischen Kaiser



So ist's richtig:

Sudoku:

7	3	1	2	9	6	4	8	5
5	9	4	7	1	8	3	6	2
2	6	8	5	3	4	9	1	7
3	8	9	6	2	1	5	4	7
1	5	7	3	4	9	6	2	8
4	2	6	9	8	5	1	7	3
6	2	1	8	5	7	4	3	9
8	4	6	2	4	9	7	5	1
9	7	3	4	1	2	8	5	6

Diagonalrätsel: 1. Wigwam, 2. einsam, 3. Sperre, 4. Undset, 5. Sender, 6. Rebell – Wiesel, Marder

Kreiskette: 1. Kokain, 2. Denise, 3. Koeder, 4. Kontor, 5. Ottone – Kaiserkrone

Luxus und Nostalgie als Programm

Auf der MS »Deutschland« verschmelzen auch in der Realität manchmal Traum und Wirklichkeit

Unlängst feierte die in finanzielle Untiefen geratene, doch durch Finanzspritzen aus München ins Trockene gebrachte MS „Deutschland“ ihren zwölften Geburtstag im Hafen von St. Petersburg. Dieses Schiff ist Kult, ja Inbegriff eines besonderen Lebensstils, der süchtig macht.

Unter den Sphärenklängen der „Traumschiff“-Melodie gleitet die MS „Deutschland“ majestätisch aus dem Kieler Hafen hinaus ins Baltikum. Die Passagiere an Bord winken den Menschen am Pier fröhlich zu. Die Szene ist filmreif – ganz so wie in der TV-Serie, die bereits seit vielen Jahren Traumquoten einfährt. Als am nächsten Morgen auf hoher See bei Windstärke 7 die Rettungsübungen im eleganten „Kaisersaal“ durchgeführt werden, hat die Realität die Passagiere wieder eingeholt. Manche suchen, leicht grünlich

Mit Windstärke 7 auf hoher See kam auch die Realtität

im Gesicht, im vollen „Ornat“ ihrer Rettungswesten fluchtartig das Weite. Bordarzt Dr. Posteuca, ein jovialer Mann mit reicher Erfahrung, hat alle Hände voll zu tun. Er verabreicht Spritzen und Tabletten gegen Übelkeit, die im Handumdrehen helfen. Am Mittag sind alle wieder „an Deck“ und genießen im Restaurant „Berlin“ die vom Schweizer Starkoch Christian Walter kreierten Menüs. Darf es noch ein wenig getrüffelte Gänseleber, ein Hauch Hollandaise auf den frischen Spargel sein? Wo wird der Gast vom Personal so verwöhnt wie an Bord dieses Luxusliners? Selbst die Serviette wird ihm auf den Schoß gelegt.

„Nur essen musst du allein“, schmunzeln Peter und Renate W. aus Stuttgart. Das Ehepaar ist bereits zum – man höre und staune – 15. Mal auf der „Deutschland“. Beide waren bereits an Bord, als das „Traumschiff“-TV-Team noch mit Kapitän Hansen, alias Schauspieler Heinz Weiss, und Bordarzt Dr. Schröder, gespielt von Horst Naumann, besetzt war. Seinerzeit haben sie hautnah an den Dreharbeiten teilgenommen. „Die Darsteller waren fast auf du und du mit den normalen Passagieren“, erinnern sich beide. Inzwischen ist von der alten Garde nur noch Heide Keller, sozusagen die Inkarnation der perfekten Chefstewardess, geblieben. „Egal, wer den Kapitän mimt“, sagt Renate W. „mit dem echten, Andreas Jungblut, kommt ohnehin kein Schauspieler mit – gescheit und gutaussehend wie der ist.“ Der hochgewachsene, reich mit Gold betresste Mann kommt bei allen gut an, egal, ob Männlein oder Weiblein. Wenn er in einer ruhigen Minute seinen Passagieren auf seiner mit modernster Elektronik ausgerüsteten Brücke in verständlichen Worten die Funktion des Schiffes erklärt, kann man eine Stecknadel zu Boden fallen hören.

Vom Banalen, Alltäglichen oder etwaigen Problemen bleibt der Passagier unbehelligt. Auch die sonst so beliebte Frage nach der Zahl der Särge an Bord ist hier tabu. Der Gast soll seine Reise auf den makellos polierten Planken des Traumschiffes in vollen Zügen genießen, umgeben von einem Heer dienstbarer Geister, die ihm fast jeden Wunsch von den Augen ablesen. 280 Mitarbeiter, die allesamt Deutsch sprechen, stehen maximal 520 Passagieren rund um die Uhr zur Verfügung. Dies entspricht genau der Philosophie des Reeders und Erfinders des Schiffes, dem das „menschliche Maß“ über alles ging. Diese Tradition wird auch nach dem frühen Tod Peter Deilmanns – er starb 2003 im Alter von 68 Jahren – von seinen Zwillingstöchtern Gisa und Hedda fortgeführt. Luxus und Nostalgie sind Programm. Die Kabinen wurden gediegen im Stil der 30er Jahre des letzten Jahrhunderts ausgestattet. In den kleinen, aber feinen Bädern funkeln vergoldete Armaturen. Überall auf dem Schiff dominieren edle Hölzer und kostbare Stoffe. Kuppeln aus buntem Glas sind in die Decken eingelassen. Auf den von schmiedeeisernen Geländern gerahmten Treppenabsätzen hängen Originalölgemälde und großflächige Fotografien aus alten Ufa-Streifen. Unter den eleganten Kolonnaden der Flaniermeile residiert ein Edel-Juwelier, der jede Frau mit seinem prachtvollen Schmuck betört. Schräg gegenüber wirkt ein Coiffeur von Rang mit seinem hochmotivierten Team. Und nicht zuletzt lockt die elegante Boutique am Ende des Flurs mit edlen Cashmere-Pullovern, Seidenkrawatten, feinen Accessoires und betörenden Düften der großen Parfümeure dieser Welt. Eine Kulisse wie geschaffen für das „Traumschiff“ des erfolgreichen Berliner Fernsehproduzenten Wolfgang Rademann. Die zum Großteil hanebüchenen Episoden an Bord werden zwar oft mit Häme überschüttet, fügen dem Glanz der „Deutschland“ jedoch keinen Kratzer zu. Das Schiff wird nicht selten zum zweiten Wohnzimmer der Zuschauer, in dem Traum und Wirklichkeit nahtlos miteinander verschmelzen. Wer würde nicht gern am Abend, umfächelt von einer sanften Brise, mit einem kühlen Bier an Deck sitzen, die prachtvollen Barockfassaden von St. Petersburg bewundern und einen ausgedehnten Spaziergang durch diese von Zar Peter I. im 18. Jahrhundert aus einem Guss geschaffene einzigartige Stadt unternehmen!

Beim Landgang, der ohne die obligatorische Begrüßung durch eine Seemannsband schier undenkbar ist, treten zwei Herren auf den Plan, die besonders alleinreisenden Damen das Leben auf ihrer Kreuzfahrt versüßen. Peter und Hans-Peter, zwei perfekte Gentlemen, fungieren als „Hosts“, also Gastgeber in (fast) allen Lebenslagen.

Zum Tanztee oder in der Bar in feinen Zwirn gehüllt, agieren sie auf Ausflügen in weißer Hose und rotem Anorak mit der weithin sichtbaren Aufschrift „Crew“. Unverzichtbar seien beide, berichtet die reizende Dame aus

Selbst für das Seelenheil der Passagiere ist gesorgt

dem Ruhrpott. Auf ihrer letzten Reise hätten sie und ihre beiden Freundinnen sich in Norwegen hoffnungslos „verfranst“. Und wäre nicht Peter im buchstäblich letzten Augenblick als Retter aufgetaucht, hätten sie mit Sicherheit das Schiff verpasst. Ein déjà-vu! Kennen wir nicht ähnliche Szenen aus der berühmten Serie?

Wo es so menschelt, ist eine Pastorin nicht fern. Annie Lander Laszig, die humorvolle Dänin mit Heimathafen Kiel, sorgt sich an Bord rührend um das Seelenheil der Passagiere und steht ihnen auch außerhalb ihrer Gottesdienste mit Rat und Tat zur Seite. Und sollte irgendein Passagier einmal über Bord gehen – was natürlich Gott verhüten möge – wäre ein Sprung ins kalte Nass für die sportliche Frau kein Problem. Sie ist eine bekennende „Wasserratte“, die bei Wind und Wetter und sogar im Winter in der Ostsee badet. Bleibt nur noch zu sagen: Leinen los zur nächsten Kreuzfahrt in blaue Fernen. *Uta Buhr*



Hier werden manche Träume wahr: An Deck der MS „Deutschland“ Bild: Look-Foto

Der Queen ins Schlafzimmer geblickt

Bei einem Besuch der Königlichen Yacht »Britannia« erhält man Einblick in das royale Leben

Egal, ob eingefleischter Fan der britischen Royals oder eher ironisch-distanzierter Betrachter: Weilt man als Urlaubsgast in Edinburgh, ist ein Besuch der außer Dienst gestellten und in ein Museum verwandelten Königlichen Yacht „Britannia“ ein „Muss“. Schließlich handelt es sich um eines der berühmtesten Schiffe der Welt.

Im April 1953 in Schottland vom Stapel gelaufen und 1954 in Betrieb genommen, ist die „Britannia“ die letzte in einer langen Reihe Königlicher Yachten, deren Geschichte bis zum Jahr 1660 zurückgeht. Nach 44 Dienstjahren, über einer Million Seemeilen und nahezu 1000 Staatsbesuchen in 135 Ländern liegt sie jetzt fest vor Anker am Ocean Terminal im Edinburger Hafen Leith.

Neuer Eigentümer seit ihrer offiziellen Außerdienststellung im Dezember 1997 ist der Royal Britannia Trust, eine Wohltätigkeitsorganisation, die das Schiff wartet und erhält.

Dies und noch viel mehr erfährt der interessierte Besucher von dem in 21 Sprachen verfügbaren Hörführer, im Eintrittspreis enthalten ist und jeden Gast sicher über sämtliche fünf Hauptdecks geleitet. Dabei muss keiner, so wie einst die rund 300 Königliche Matrosen starke Besatzung, enge Stiegen hinauf- und hinunterkraxeln. Alles ist behindertengerecht eingerichtet durch einen seitlich vom Schiff an der Pier erbauten Fahrstuhlturm, in den man nach der Besichtigung jedes einzelnen Decks wieder zurückgeleitet wird, um bequem das nächste zu erreichen.

Gute anderthalb Stunden ist der Besucher unterwegs und erlebt, je nach individueller Interessenlage, „seinen“ ganz persönlichen Besichtigungshöhepunkt: Für den einen ist es die Brücke, von der aus der kommandierende Admiral seine Befehle gab, für den anderen der blitzblank polierte Maschinenraum, der zwar nicht zu betreten, aber durch eine nachträglich eingebaute Panoramaglaswand perfekt einsehbar ist. Oder aber es ist der Blick in die bordeigene Garage, wo der nicht minder blitzblanke Rolls Royce steht, der in jedem Hafen an Land gehievt wurde, um die Royals standesgemäß an ihr jeweiliges Ziel zu chauffieren. Beeindruckend auf andere Art auch der Blick in die Mannschaftsquartiere, deren Beengtheit keinerlei Privatsphäre zuließ, oder in die Wäscherei, wo bei Temperaturen von 50 Grad Celsius gearbeitet wurde… Zentrum des gesellschaftlichen Lebens an Bord war der Bankettsaal, wo dereinst die Elite der Weltpolitik auf Einladung der königlichen Gastgeber dinierte. Die illustre Gästeliste reicht von Premier Sir Winston Churchill bis hin zu den Präsidenten Bill Clinton, Boris Jelzin und Nelson Mandela.


Britisch unterkühlt: Die Ausstattung der königlichen Kabine Bild: Fischer

Wer den Wunsch verspürt, einmal auf denselben Stühlen zu sitzen und zu speisen wie einst die gekrönten Häupter und ihre Gäste, kann den Saal heute für private Festlichkeiten und Veranstaltungen mieten.

Der absolute Fünf-Sterne-Blick auf der „Britannia“ ist indessen der ins ehemalige Schlafzimmer der Queen: zwar wieder nur durch eine nachträglich eingebaute Panoramaglaswand, aber immerhin weltweit der einzige zu besichtigende Schlafraum eines amtierenden Monarchen. Das Bett mit seiner pastellfarbenen Blümchen-Tagesdecke ist weder „kingsize“ noch „queensize“ und für Zweisamkeit eindeutig zu schmal. Der Königliche Prinzgemahl hatte denn auch sein separates Quartier, und auf die hochzeitsreisenden Royals wartete gegenüber die Honeymoon-Suite mit einem französischen Bett. Auf der „Britannia“ die Flitterwochen zu verbringen hat allerdings keinem Glück gebracht: Die Ehen aller vier königlichen Paare, die hier flitterten, wurden geschieden… *Angelika Fischer*

Für Sie gelesen

Sanssouci für Kinder

Hunderttausende historisch Interessierte zieht es alljährlich in die preußischen Schlösser, um dort den Hauch der Geschichte zu erahnen. Star ist nach wie vor Schloss Sanssouci mit seinem Park und den es umgebenden Bauten wie Chinesisches Haus, Neue Kammern, Bildergalerie oder Römische Bäder. Unter den Besuchern sind meist nicht viele Kinder – von den Schulklassen einmal abgesehen, die „verdonnert“ wurden, diese „ätzenden“ Orte zu besichtigen. Es soll ja Kinder geben, die bekommen „Pickel“, wenn sie nur das Wort „Museum“ hören. Das mag daran liegen, dass ihnen die Schönheiten, die sie dort entdecken können, nicht oder nicht richtig nahegelegt wurden. Für Schloss Sanssouci gibt es einen Museumsführer für Kinder, der bereits vor fünf Jahren erschien, seine Gültigkeit und Lebendigkeit indes nicht eingebüßt hat. Die Journalistin Cornelia Vossen, die seit vielen Jahren Kindergruppen durch die Berliner Gemäldegalerie führt, erzählt auf anschauliche (fast liebevolle) Weise von Friedrich dem Großen, der in 40 Jahren dem Schloss Leben eingehaucht hat. Zu erleben ist der Mensch Friedrich: Was war sein Lieblingszimmer, wo brachte er seine Gäste unter, wo schlief er selbst und warum hatte der König kalte Füße? Cornelia Vossen gibt Antworten auf diese und andere Fragen. Immer dabei Alkmene, Hasenfuß und Biche, die Windspiele des Königs, die dem jungen Leser auch die eine oder andere knifflige Frage stellen. Museen und Pickel? Nach der Lektüre dieses Buchs wohl kaum noch. *os*



***Cornelia Vossen: „Sanssouci – Ein Schloss, ein Park, ein König und seine Hunde“**, Nicolaische Verlagsbuchhandlung, Berlin 2005, gebunden, durchgehend farbig illustriert, 14,90 Euro*

Schwarzwald für die Familie

Man kann den edlen Schwarzwald ebensowenig beschreiben wie die Empfindung, die er hervorruft. Ein Zug dieser Empfindung ist jedoch ein Gefühl tiefer Zufriedenheit“. hat Mark Twain, der „Vater“ von Tom Sawyer und Huckleberry Finn einmal über einen der wohl schönsten Landstriche Deutschlands geschrieben. Zufriedenheit und innere Ruhe überkam auch die Rezensentin, als sie das neue Merian-Heft „Schwarzwald“ in Händen hielt. Stimmungsvolle Fotos und informative wie auch unterhaltsame Texte riefen eigene Erinnerungen wach. Beschauliche Städte, aber auch stille Winkel findet der Leser in diesem wie immer hervorragend gestalteten Heft. Pure Lesefreude. *os*



***Merian-Heft „Schwarzwald“**, Jahreszeiten Verlag, Hamburg 2010, 140 Seiten, 20 Seiten Infoteil mit herausnehmbarer Karte und Faltplan, 7,95 Euro.*



Kein Mitgefühl wert

Christenverfolgung weltweit

Zumindest Teile des Islam erheben Anspruch auf die Weltherrschaft. Opfer dieses Anspruches sind oft Christen, die verfolgt, diskriminiert, ihrer Rechte beraubt oder getötet werden. Die westliche Welt will davon wenig Kenntnis nehmen. Lieber wälzt sie sich im Schuldkult und beklagt, was das Christentum alles auf dem Kerbholz habe. Es ist das Verdienst von Joachim Feyerabend, in „Wenn es lebensgefährlich ist, Christ zu sein" einen Blick auf die häufig verzweifelte Lage der Christen zu werfen. In Ländern wie Nordkorea und China wird das Kreuz mit Hammer und Sichel bekämpft. Doch in den meisten Ländern dieser Erde geht die Gewalt von Islamisten aus, die nicht nur im Iran, Afghanistan oder Saudi-Arabien ihr Unwesen treiben. Feyerabend beleuchtet die Praxis der Christenverfolgung in über 50 Ländern.

Auch wenn CDU-Politiker wie Ruprecht Polenz dies anders sehen und einen EU-Beitritt der Türkei herbeisehnen: Die Türkei gehört eindeutig in die Reihe der Länder, in denen Christen als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. „Der Wunsch nach Aufnahme in die EU gleicht unter solchen Vorzeichen einem trojanischen Pferd für wahabitisches oder anderes fundamentalistisches Gedankengut", schreibt Feyerabend. Nicht nur für Staatspräsident Recep Tayyib Erdogan sei die Demokratie lediglich der Zug, „auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten."

Am Ende seines Buches verweist der Autor auf Hochrechnungen, nach denen die Muslime in Deutschland ab dem Jahr 2046 die Bevölkerungsmehrheit stellen könnten und damit in der Lage wären, im Bundestag auf legalem Wege islamkonforme Gesetze zu verabschieden. Diese Zahl mag man für übertrieben halten. Nicht übertrieben hingegen ist die Bemerkung des Autors, dass in Deutschland noch immer das Erbe Hitlers fortwirkt und damit eine Art Kult der vorauseilenden Dauerentschuldigung durch unsere Politiker und Medien durchexerziert wird. Feyerabend zitiert hierzu eine Schweizerin, die im Sekretariat des nationalkonservativen Politikers Christoph Blocher beschäftigt war: „Ich verstehe die Deutschen nicht, sie lassen sich schließlich von den Zentralräten der Juden und der Muslime vorschreiben, was sie zu denken und zu sagen haben."

Der Westen hält nicht zu den Seinen

Und so ziehen unsere Landsleute für das Leid der Tibeter auf die Straße. Das Schicksal der Christen im Südsudan und anderswo ist ihnen jedoch keines Fackelzugs wert. Zudem beugten sich laut Feyerabend Politik und Kulturbeflissene vorauseilend dem Druck und Terror militanter Muslime von Teheran bis Nordafrika und wagten kaum noch, etwas Kritisches zu äußern. „Der Vatikan als Gralshüter katholischer Lehre bemüht sich um gut Wetter, während in einigen islamischen Ländern der Papst selbst gnadenlos beschimpft … wird. In unseren Breiten werden Hetzkampagnen gegen Christen ohne politische Folgen und öffentlichen Aufstand, ohne Demonstrationen, Flaggen- und Strohpuppen-Verbrennungen, …. zur Kenntnis genommen", schreibt der Autor. *Ansgar Lange*

***Joachim Feyerabend: „Wenn es lebensgefährlich ist, Christ zu sein – Kampf der Religionen und Kulturen"**, Olzog, München 2010, broschiert, 304 Seiten, 24,90 Euro*



Mitreißender Aufruf

Jugendrichterin Heisig steckte kurz vor ihrem Freitod noch voller Pläne

Nur zweieinhalb Stunden, nachdem die Leiche von Kirsten Heisig gefunden worden war, verkündete Berlins Justizsenatorin Gisela von der Aue die Todesursache: Die streitbare Jugendrichterin habe Suizid begangen, so die SPD-Politikerin.

Auch wenn die spätere Obduktion diesen raschen Befund bestätigt haben soll – viele Menschen, auch aus der persönlichen Umgebung von Heisig, haben mit der offiziellen Erklärung ihre Probleme. Die dürften sich nach der Lektüre von Heisigs erst kurz vor ihrem Tod fertiggestellten Buch noch vertiefen.

Was jetzt wie ihr Vermächtnis erscheint, ist die Streitschrift einer hoch engagierten Frau, die noch sehr viel vorhatte, die voller Pläne und Ideen steckte und „vorne" mit dabei sein wollte, wenn es darum ging, ihre Vorschläge umzusetzen. „Es ist … notwendig, eine ehrliche Debatte jenseits von Ideologien zu führen. Sie wird kontrovers, wahrscheinlich auch schmerzhaft sein. Deutschland wird sie aushalten – und mich auch." Mit diesen Worten endet „Das Ende der Geduld – Konsequent gegen jugendliche Gewalttäter".

Was uns die 1961 geborene Richterin mitzuteilen hat, wirkt wie Salz in die von der laufenden Sarrazin-Debatte aufgerissene Wunde. Zwar geht es Kirsten Heisig um Jugendgewalt allgemein am Beispiel Berlins, wobei sie deutsche Täter selbstverständlich nicht ausspart. Doch sie lässt keinen Zweifel am Zusammenhang zwischen Immigration, gescheiterter, vor allem aber: verweigerter Integration und der dramatischen Häufung von teilweise schwerster Kriminalität im Milieu bestimmter Zuwanderergruppen. Unter ihnen stechen laut Heisig neben südosteuropäischen Zigeunern (Roma) vor allem Kinder und Jugendliche aus muslimischen Ländern heraus.

Die meisten Täter haben einen Migrationshintergrund

Wobei auch hier noch einmal zu differenzieren sei. Über ihren Zuständigkeitsbereich Berlin-Neukölln, einem Bezirk mit 300 000 Einwohnern, schreibt sie: „Schwerkriminelle, die häufig 30 und mehr erhebliche Taten (im Jahr, d. Red.) aufweisen, haben zu 90 Prozent einen Migrationshintergrund, 45 Prozent sind ‚arabischer' Herkunft, 34 Prozent haben türkische Wurzeln." Das obwohl gegenüber 40 000 Türken nur 10 000 Araber in Neukölln lebten.

Heisig stellt in ihrem Buch auch das „Neuköllner Modell" vor, mit dem auf ihre Initiative versucht wird, durch bessere Koordinierung der verschiedenen Stellen die Dauer bei Jugendverfahren deutlich zu verkürzen. Vor allem aber setzt die Autorin darauf, die Jugendhilfe zu verstärken und zu verbessern, um kriminelle Karrieren, die oft im Kindesalter beginnen, frühzeitig zu stoppen. Sie deutet hierbei auf gravierende Schwachstellen bei den Jugendhilfen hin.

Ein schlechtes Licht fällt indes auch auf die Eltern der Immigrantenkinder. Oft kümmerten sie sich weder um die Schulbildung der Kinder, ja bestärkten sie, einmal straffällig geworden, noch. Schnell seien sie dann mit der Behauptung bei der Hand, die deutschen Behörden seien „fremdenfeindlich".

Die mangelnde Kooperation der Eltern mit Schulen und Behörden demonstriert Heisig an etlichen Beispielen, die sprachlos machen. Das Abgleiten in die Kriminalität beginne in aller Regel mit notorischer Schulschwänzerei. Heisig gelingt es in ihrem Buch weder zu pauschalisieren, noch schönzureden. Das macht ihr Werk zur fundierten Grundlage für jeden, der in der Debatte mitreden will. *Hans Heckel*

***Kirsten Heisig: „Ende der Geduld – Konsequent gegen jugendliche Gewalttäter"**, Herder, Freiburg 2010, geb., 208 Seiten, 14,95 Euro*



Starke Frau in der Hansezeit

Ein atmosphärischer Unterhaltungsroman entführt ins 14. Jahrhundert

Nach mehreren in der Wikingerzeit spielenden Romanen scheint sich die Historikerin und Meeresarchäologin Catharina Sundberg nun auf Romane spezialisiert zu haben, welche im 14. Jahrhundert zur Zeit der Hanse spielen. Nach „Die Handelsherrin" und „Gebrandmarkt" bleibt die Autorin mit ihrem neuen Roman „Die Kupferhändlerin" ihrer neuen Linie treu. Erneut steht hier die Handelsherrin Anne Persdotter im Mittelpunkt des Romans.

Anne Persdotter hat nach dem Tod ihres Mannes dessen Handelshaus übernommen und führt seitdem erfolgreich seine Geschäfte weiter. Als die Macht der Hanse auch in Stockholm Einzug hält, muss Anne ihr Handelshaus schließen, da die Hanse eine Ausbildung fordert, die sie nicht durchlaufen hat und als Frau überhaupt nicht absolvieren darf. So muss sie ihre beiden Kinder bei ihrer treuen Freundin Valborg in Stockholm zurücklassen, um beruflich neu Fuß zu fassen.

Sundberg stellt Anne Persdotter als zugegeben übertrieben starke, selbstständige und vor allem unabhängige Frau dar, die nicht nur den attraktiven venezianischen Kaufmann Leonardo, sondern auch den grausamen Piraten Klaus Störtebeker durch ihre Klugheit und Gerissenheit um den Finger wickelt.

Als der gefürchtete Pirat Annes mit Kupfer beladenes Schiff kapert, bietet sich Anne wagemutig als Geisel an. Von ihrem Mut und ihrer Dreistigkeit beeindruckt, willigt der grobschlächtige Alptraum der Hanse ein. „Der gefürchtete Seeräuber saß in grüner Hose und einem braunen Mantel hinter einem schlichten Holztisch. ‚Spielt ihr Schach, Jungfer?' ‚Das hab ich schon einige Male gespielt, ja.' … ‚Setzt Euch!', befahl er … Anne spürte, wie ihr die Hitze ins Gesicht stieg. Der Umgang mit ihm war schwierig, er war so gewalttätig und unberechenbar, während sein scharfer Verstand sie gleichzeitig zwang, ständig aufmerksam zu bleiben. Er lockte wie das Verbotene und gab ihr Kraft. Sie wischte sich ein paar Schweißperlen von der Oberlippe. Nachdem er das Brett in die Mitte geschoben hatte, stellte er die Figuren auf und nickte ihr zu, damit sie begann."

Catharina Sundberg erzählt die Geschichte einer so starken und tapferen Frau, dass man sie manchmal fast schon als zu tollkühn und abgebrüht bezeichnen könnte. Die Tatsache, dass sie ihre zwei Kinder zurückgelassen hat, scheint Anne zeitweise völlig auszublenden.

„Die Kupferhändlerin" ist ein leichter Unterhaltungsroman mit viel Liebe zum Detail. Die anschaulichen, authentischen Beschreibungen der Landschaft, der Städte und der Menschen laden den Leser ein, Zeit und Raum zu vergessen, um ganz in das Geschehen des 14. Jahrhunderts, das Zeitalter einer mächtigen Hanse und noch mächtigerer Piraten, einzutauchen. *Vanessa Ney*

***Catharina Sundberg: „Die Kupferhändlerin"**, Piper, München 2010, broschiert, 336 Seiten, 9,95 Euro*

Der Königsberger Weg

Ob zu Zeiten der Preußen oder heute unter den Russen, die Bewohner der Stadt entwickelten stets eine eigene Identität

Stefan Berger, Professor für deutsche und europäische Zeitgeschichte an der Universität Manchester, hat internationale Autoren um sich geschahrt und sie über die Stadt mit den vielen Namen – „Kaliningrad, Königsberg, Królewiec, Karaliaucius" – und der vielfältigen Identität nachdenken lassen. Wobei nur Berger in „Kaliningrad in Europa – Nachbarschaftliche Perspektiven nach dem Ende des Kalten Krieges" explizit von „Königsberg" spricht und in einer Einleitung zu Stadt-, Regional- und Problemgeschichte ein Kompliment ans andere reiht: Königsberg war preußisch, aber nicht absolutistisch, deutsch, aber multikulturell – räumlich weit entfernt vom „Heiligen Römischen Reich deutscher Nation", aber dank einer beeindruckenden Reihe deutscher Geistgrößen „Vorposten der Aufklärung im Osten Europas". Eine Sonderstellung behielt die Stadt auch nach 1945, als sie durch die Vertreibungen der Deutschen und der Neuansiedlung von Russen zur „sowjetischen Modellstadt" umgewandelt werden sollte. Das ging gründlich schief, „die Bevölkerung blieb letztendlich unzufrieden mit dem kommunistischen Kaliningrad", konstatiert Berger beinahe schadenfroh. Erst in postkommunistischer Zeit setzte „die Legitimierung von Königsberg durch offizielle russische Stellen" ein, die als „Abrechnung mit dem kommunistischen Regime" betrieben wurde und gründlicher ausfiel, als manchem Kreml-Bürokraten lieb war: „Kaliningrader Identitäten liegen näher an europäischen Identitäten als russische."

Preußisch, aber nie absolutistisch

Auf über 60 Seiten beschreibt Berger in einem zweiten Aufsatz „Kaliningrad und seine Königsberger Vergangenheit in der jüngsten deutschen Wahrnehmung" – ein archivalisches und interpretatorisches Glanzstück, das eventuell den falschen Titel hat. Die „deutsche" Wahrnehmung nimmt eher ab, da selbst Vertriebenensprecher einräumen, „dass in der heutigen russischen Stadt mehr der kulturellen deutschen Tradition gedacht wird als bei uns in der Bundesrepublik".

Wie russisch, europäisch, „kaliningradisch" ist Königsberg? Wie Olga Sezneva von der University of Chicago sehr lebendig ausführt, leben in der Stadt immer mehr „Kaliningrader", mehrheitlich russische Rückwanderer aus Ex-Sowjetrepubliken, die ihre „territoriale Identifizierung" in Richtung auf eine eigene Identität betreiben – „Kaliningradniks" eben, 78 Prozent der heutigen Bevölkerung, deren komplizierte Selbstfindung Olga Sezneva formuliert: Wir haben keine gemeinsamen Grenzen mit Russland und Deutschland. Unsere Region ist weder deutsch noch russisch, es ist einfach unsere Region, die uns bislang fehlenden Wurzeln schaffen wir uns hier. Sogar empirisches Zahlenmaterial nennt die Autorin: „Ein Anschluss an Deutschland, Litauen oder Polen wird von nur 13,6 Prozent von uns als mögliche Zukunftsalternative im Zusammenhang mit einer Sezession von Russland diskutiert, aber 29 Prozent von uns können sich Kaliningrad als vierten souveränen Staat im Baltikum vorstellen."

Ähnliche Gedankenspiele finden sie bei Polen, wie Ewa Romanowska von der „Kulturgemeinschaft Borussia" aus Allenstein beschreibt: Die polnischen Erfahrungen mit Russland sind so schlecht, dass man die russische Exklave Königsberg bänglich beäugt – die polnische Bindung an die EU ist so stark, dass man Königsberg auch als ökonomische Chance begreifen möchte: Königsberg kann als rückständige „Insel" enden oder zur europäischen Avantgarde Russlands reifen, wenn es mit Polens Hilfe Kontakte zur EU aufnimmt und Autonomie von Russland erlangt. Frau Romanowska ist zu danken, dass sie alle polnischen Überlegungen referiert, meist anonym, denn da wird Tacheles geredet: „Ostpreußen und damit Königsberg sollten polnisch sein", es soll an Litauen oder Polen „übergeben" oder zwischen beiden aufgeteilt beziehungsweise „zu einer zollfreien Zone mit Blick auf eine mögliche Gründung eines vierten baltischen Staates" umgewandelt werden. Nur frühere und heutige Ist-Zustände, nämlich deutsches Königsberg und russisches Kaliningrad, erscheinen wohl keinem Polen auch nur erwähnenswert.

Radikaler sind die Litauer, deren früherer Kommunistenchef Antanas Snieckus angeblich Stalins Offerte ablehnte, das nördliche Ostpreußen an Litauen anzuschließen. Später tat manchem diese Ablehnung leid, und zahlreich sind litauische Versuche, die russische Souveränität in Königsberg zu beenden und diese „Kolonie" nach Litauen „heimzuholen". Daraus wird natürlich nichts, wie auch die EU bislang keine Anstalten machte, sich zum Erfüllungsgehilfen litauischen Appetits auf Königsberg zu machen.

Russen gedenken deutscher Tradition

Natürlich ist Königsberg der EU nicht gleichgültig, erläutern Tobias Etzold und Clive Archer von der Universität Manchester, und Brüssels Northern Dimension (ND) ist ein vielversprechender Weg, divergierende Ängste, Wünsche und Pläne aller Beteiligten konstruktiv auszugleichen: Die EU wird Königsberg so „technisch" und partnerschaftlich wie Norwegen, Island und andere Nicht-EU-Staaten behandeln, was der Stadt und ihrer Umgebung nützt, zudem EU und Russland näher zueinander bringt. Königsberg bleibt russisch, wird „europäisch" organisiert und verwaltet und so der „Lackmus-Test für die Fähigkeit zu regionaler Stabilität und Sicherheit durch Integration neutraler Staaten in westliche Strukturen und eine Politik regionaler Kooperation".

Dabei kommt den „nordischen Ländern" mit Dänemark an der Spitze eine Pionierrolle zu, konstatieren die beiden Autoren. Ihr Urteil wird im letzten Aufsatz, verfasst von dem Dänen Pertti Joenniemi und dem Russen Alexander Sergiun, befriedigt aufgegriffen und fortgeführt: „Kaliningrad bekam einen Sonderstatus im gemeinsamen Fahrplan EU-Russland" und könne „sich in eine Art Hongkong an der Ostsee entwickeln". *Wolf Oschlies*

***Stefan Berger (Hrsg.): „Kaliningrad in Europa – Nachbarschaftliche Perspektiven nach dem Ende des Kalten Krieges"**, Veröffentlichungen des Nordost-Instituts Bd. 14, Harrasowitz Verlag, Wiesbaden 2010, gebunden, 207 Seiten, 29 Euro*



Elch als Plüschtier

Der Elch ist kuschelweich und bestens zum Spielen geeignet.
Maße des Elchs (Länge x Breite x Höhe in cm): 44 x 30 x 36
Aufwendige Handarbeit aus den Werkstätten der
Kösener Spielzeug Manufaktur GmbH
Der Elch ist per Handwäsche
bei 30°C waschbar.

Best.-Nr.: 6992

€ 147,-



Arno Surminski
Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 6973, € 14,95



Zuckerlöffel Ostpreußen-Elchschaufel
Vergoldeter Sammellöffel mit der Elchschaufel. Die Lieferung erfolgt in einem Kunststoff-Etui
Best.-Nr.: 6926

Best.-Nr.: 6926
nur € 12,95





THILO SARRAZIN
DEUTSCHLAND SCHAFFT SICH AB
Wie wir unser Land aufs Spiel setzen

Mit seiner profunden Erfahrung aus Politik und Verwaltung beschreibt Thilo Sarrazin die Folgen, die sich für Deutschlands Zukunft aus der Kombination von Geburtenrückgang, problematischer Zuwanderung und wachsender Unterschicht ergeben. Er will sich nicht damit abfinden, dass Deutschland nicht nur älter und kleiner, sondern auch dümmer und abhängiger von staatlichen Zahlungen wird. Sarrazin sieht genau hin, seine Analyse schont niemanden. Er zeigt ganz konkret, wie wir die Grundlagen unseres Wohlstands untergraben und so den sozialen Frieden und eine stabile Gesellschaft aufs Spiel setzen. Deutschland läuft Gefahr, in einen Alptraum zu schlittern. Dass das so ist, weshalb das so ist und was man dagegen tun kann, davon handelt sein Buch.
Gebundenes Buch mit Schutzumschlag, 464 Seiten
Best.-Nr.: 6999 € 22,99



NEU

Königin-Luise-Brosche
Das gekrönte „L" von Eichenlaub eingefaßt.
Der Hintergrund ist emailliert.
Best.-Nr.: 6960

€ 8,95



statt € 7,40 nur noch € 3,95

Eva Pultke- Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968

Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95



Hans Hellmut Kirst
Deutschland deine Ostpreußen
Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 6825, € 16,80



Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95



statt früher € 15,90 nur noch € 7,95

HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820



statt € 7,00 nur noch € 3,95

Agnes Paul
Die bösen Augen
Sagen und Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 93 Seiten
Best.-Nr.: 2087

Sonderpreis

statt € 6,40 nur € 2,95

Waltraut Schülke
Geliebtes Ostpreußen
Erinnerungen an Kindheit und Jugend
Kart., 48 Seiten
Best.-Nr.: 5209

PMD Preußischer Mediendienst

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Oliver Rieckmann empfiehlt...



Arno Surminski
Winter Fünfundvierzig oder Die Frauen von Palmnicken

Im Winter 1945 wehte der Sturm des Krieges über die Grenzen der deutschen Ostprovinzen und trieb Millionen Menschen vor sich her nach Westen. Als der Landweg abgeschnitten war, blieb nur noch die Flucht über die Ostsee. Millionen flohen zu Fuß, mit Pferd und Wagen, per Eisenbahn oder Schiff über Eis und Wasser. Zu den Flüchtenden gehörten die Bäuerin Lisa Kretschmann aus Schippenbeil mit ihren Kindern und die Witwe Levine Gedeitis aus Memel mit ihrer Tochter Olga. Aber auch Tausende jüdischer Frauen, die als KZ-Häftlinge in ostpreußischen Lagern beim Ausbau von Flugplätzen gearbeitet hatten, sollten von den Kriegsgegnern nicht befreit werden und mussten deshalb auf grauenvolle Weise sterben. Das Buch begleitet vier junge jüdische Frauen aus dem Ghetto von Lodz auf ihrem Weg nach Auschwitz, ins Konzentrationslager Stutthof und von dort zu den ostpreußischen Außenlagern. Als der Sturm im Januar 1945 losbrach, wurden sie auf Todesmärschen durch das verschneite Land zur Ostseeküste getrieben und von den Wachmannschaften in der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar erschossen. Die Tragödie der „Frauen von Palmnicken" war jahrzehntelang vergessen und verdrängt. Dieses Buch soll ihnen ein Denkmal der Erinnerung setzen. Ihr Leidensweg ist eingebunden in das Elend der Zivilbevölkerung, die in den Sturmtagen des Winters in den Westen floh. Eine Hauptrolle spielt die Ostsee, die in den letzten Kriegsmonaten von der Danziger bis zur Neustädter Bucht zum größten Schiffsfriedhof aller Zeiten wurde.

Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7000

€ 19,95

Elch-Standbild

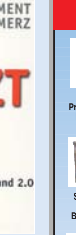
Wunderschöne Darstellung gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert,
auf Metallplinthe

Höhe: 16 cm,
Breite: ca. 21 cm,
Gewicht: 1,3 kg
Best.-Nr.: 6627



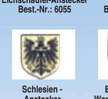
€ 99,95

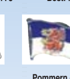




Wolfgang Clement/Friedrich Merz
Was jetzt zu tun ist – Deutschland 2.0
Geb., 199 Seiten
Best.-Nr.: 6978, € 18,95

Heimat-Anstecker





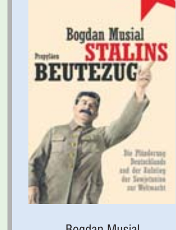
Ostpreußen-Provinz-Anstecker Best.-Nr.: 5889	Ostpreußen-Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6055	Königsberg-Anstecker Best.-Nr.: 6056	Westpreußen-Anstecker Best.-Nr.: 6504
Sudetenland-Anstecker Best.-Nr.: 6880	Schlesien - Anstecker Best.-Nr.: 6778	Elchschaufel-Wappen- Anstecker Best.-Nr.: 6830	Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6642
Preußenadler-Flaggen-Anstecker Best.-Nr.: 6722	Preußen-Anstecker Best.-Nr.: 6057	Pommern - Anstecker Best.-Nr.: 6928	Je Anstecker nur € 2,95

Sommer in Ostpreußen 1942

DVD

Es ist schon lange her. Und es liegt in weiter Ferne, wovon dieser Film erzählt: von Gottfried und Maria, einem jungen Paar mitten im Krieg. Und von einem Sommer in Ostpreußen. Wir schreiben das Jahr 1942. Wie viele Deutsche träumt das Paar vom Urlaub an der Ostsee, von der Samlandküste, von Wind und Wellen, von Ruhe und Erholung. Die Enge des Alltags eintauschen gegen die Weite Ostpreußens. Urlaub vom Alltag, Urlaub vom Krieg. Wer weiß, wie viele Sommer es für den deutschen Soldaten noch geben wird? Aus Berlin, Breslau und Dresden fuhren täglich Sonder- und Ferienzüge nach Königsberg, darunter auch Luxuszüge und Schnellzüge. Für die Strecke Berlin – Königsberg benötigte der Bahnreisende damals sechseinhalb Stunden. Heute dauert die Fahrt mehr als 16 Stunden, mehrmaliges Umsteigen inbegriffen. Von Königsberg ging es dann mit der Cranzer Bahn zur Kurischen Nehrung oder mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste. „Aus dem Reich", wie man zu sagen pflegte, kamen jeden Sommer Zehntausende Feriengäste in die östliche Provinz. Die Reise führt uns an die Kurische Nehrung, nach Nidden, nach Rossitten, ans Kurische Haff, wir gehen mit einem Kurenfischer auf Fang, nehmen an der Heuernte teil, besuchen Cranz, das größte königlich-preußische Seebad an der Ostseeküste, fahren mit der Bahn nach Cranzbeek, besichtigen das unzerstörte Königsberg mit dem prächtigen Stadtschloss und dem Dom, fahren mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste und beobachten Elche in der Niederung. Zeitzeugen wie die Schriftstellerin Ruth Geede und Maja Ehlermann-Mollenhauer, die Tochter des berühmten Malers Ernst Mollenhauer, kommentieren die einzigartigen historischen Filmaufnahmen. In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten +
15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95

€ 14,95



Bogdan Musial
Stalins Beutezug
Geb., 512 Seiten
Best.-Nr.: 6995, € 26,95

CD

Auf den Spuren von Königin Luise in Ostpreußen
Von Königsberg nach Memel
In acht spannenden Reportagen begibt sich Henning von Löwis auf die Spuren der legendären preußischen Königin.
Laufzeit: 78 Minuten
Best.-Nr.: 6982, € 9,95



CD

Zogen einst fünf wilde Schwäne
24 Lieder aus Ostpreußen
Best.-Nr.: 6934

€ 12,95

Hörproben finden Sie auch meiner Internetseite



CD

Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau
Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770

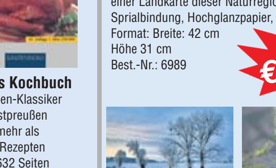
€ 12,95

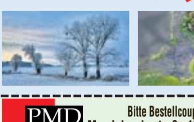
Hans Hellmut Kirst
Gott schläft in Masuren
Roman
Geb., 297 Seiten,
Best.-Nr.: 6991, € 18,50

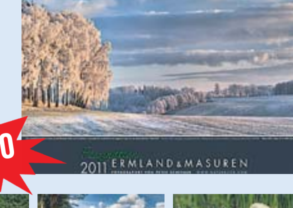
Doennigs Kochbuch
Der Küchen-Klassiker aus Ostpreußen
mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95

Faszination Emland und Masuren – Kalender 2011

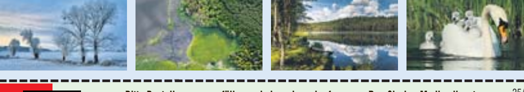
Wunderschöne Landschaftsaufnahmen aus dem Emland und Masuren
Mit Fotos von Peter Scherbuk
15 Blätter, mit 13 großformatigen und eindrucksvollen Farbfotos und einer Landkarte dieser Naturregion
Spiralbindung, Hochglanzpapier,
Format: Breite: 42 cm
Höhe 31 cm
Best.-Nr.: 6989







€ 14,80





Elchschaufel-Polo-Hemd

Hochwertiges Polohemd
aus deutscher Herstellung,
100% Baumwolle, Knopfleiste mit 3 Knöpfen, Ärmelabschluss mit Bündchen, Farbe: dunkelblau
Größe M, Best.-Nr.: 6996
Größe L, Best.-Nr.: 6970
Größe XL,
Best.-Nr.: 6971

je € 22,95



Elchschaufel-Schirmmütze
Best.-Nr.: 6969, € 14,95

Marianne Kopp
Beetenbartsch und Klunkermus - Ostpreußische Küche



NEU

Königsberger Klopse sind heute Allgemeingut der deutschen Küche und nicht nur bei Ostpreußen bekannt und beliebt. Ähnliches lässt sich wohl auch von der weihnachtlichen Leckerei Königsberger Marzipan sagen. Die Küche des alten Ostpreußens hat jedoch weit mehr zu bieten, was eine Wiederentdeckung lohnt. Schon die Namen der Gerichte wecken Kindheitserinnerungen oder Neugier. Ob Beetenbartsch, Schedderstroh oder Klunkermus, Kakalinski oder Glumskeilchen – verwendet wurde vor allem, was die heimische Land- und Vorratshaltung hergab, an Butter, Schmand und Eiern wurde nicht gespart. Süß oder herzhaft, gehaltvoll und sättigend, in dem rauen Klima der nordöstlichsten Provinz Deutschlands brauchte man kräftiges Essen. Mit kleinen Varianten lässt sich das alles aber auch unter heutigen Gesichtspunkten gesund Ernährung genießen. Wie sehr die ostpreußische Küche auch ein kulturhistorischer Schatz ist, betonte schon die Königsberger Dichterin Agnes Miegel und berichtete immer wieder aus ihrem reichen Erfahrungsschatz seit Ende des 19. Jahrhunderts. Bewährte, überlieferte Familienrezepte, bereichert um mancherlei Zitate und Hintergründe zu den Gerichten und Zutaten, sind in diesem Kochbüchlein zusammengetragen und mit appetitanregenden Bildern von Günter Pump illustriert.
Geb., 96 Seiten, zahlr. farb. Abbildungen
Best.-Nr.: 7001

€ 9,95

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

35/10

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Frauen von der Kasse verbannt

Riad – Nach massiven Protesten hat die Supermarktkette „Panda“ in Saudi-Arabien ihre 13 erstmals an der Kasse eingesetzten Mitarbeiterinnen wieder aus dem Kundenbereich zurückgeholt. Die Stimmung in dem islamischen Land, in dem Geschlechtertrennung herrscht, war zudem noch dadurch befeuert worden, dass ein Unternehmenssprecher die Entscheidung, Frauen als Kassiererinnen einzusetzen, damit begründet hatte, dass Frauen fleißiger seien als Männer. *Bel*

Angst vor Statistik

Caracas – Venezuelas Präsident Hugo Chávez weigert sich, offizielle Mordstatistiken zu veröffentlichen. Beobachter vermuteten, dass allein in der Hauptstadt pro Wochenende 50 Personen ermordet werden. Ein in der oppositionellen Tageszeitung „El Nacional“ veröffentlichtes Foto, das ein überfülltes Leichenschauhaus in Caracas zeigte, deutet Chávez als „verzweifelter Akt der Bourgeoisie“ angesichts der „bevorstehenden Niederlage“ bei der nächsten Wahl. In Wirklichkeit befeuern Inflation und Versorgungsengpässe die Kriminalität. *Bel*

ZUR PERSON

Konservativer rückt auf

Für konservative Werte steht und stand die Partei, und das werden wir noch stärker herausarbeiten müssen“, erklärte **Christian von Boetticher**, als feststand, dass er die Nachfolge von Peter Harry Carstensen als CDU-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein antreten wird. Die CDU will sich vor der vom Landesverfassungsgericht angeordneten Neuwahl neu positionieren und leitet mit dem 39-jährigen von Boetticher zugleich einen Generationswechsel ein. Zur Zeit ist er Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag von Schleswig-Holstein, wo er von 2005 bis 2009 Landwirtschaftsminister war, und seit Juli 2009 stellvertretender Ministerpräsident ist.

Spekulationen über eine Spitzenkandidatur bei der Neuwahl wies er zurück. In einem Interview sagte von Boetticher, die Menschen wollten wissen, wie der künftige Kurs der CDU aussehe. Deshalb sei neben Visionen auch ein Besinnen auf konservative Werte wichtig.



Der 1970 in Hannover geborene von Boetticher ist seit Jahren als christdemokratischer Politiker aktiv. Nach dem Abitur 1990 wurde er Reserveoffizier bei der Luftwaffe und schloss 2001 sein Jurastudium mit Promotion ab. 2002 wurde er als Ehrenritter in den Johanniterorden aufgenommen. Außerdem ist er Mitglied der studentischen Verbindung Landsmannschaft Slesvico-Holsatia Kiel. Boetticher trat 1986 in die Junge Union ein und wurde 1987 Mitglied der CDU. Seitdem bekleidete er verschiedene Ämter auf Orts- und Kreisebene. Erfahrungen konnte er auch auf EU-Ebene sammeln. Von 1999 bis 2004 war er Mitglied des Europäischen Parlaments und bereitete als Delegationsabgeordneter unter anderem den EU-Beitritt Lettlands vor. *MRK*

Zeichnung: Mohr

Brüllende Klasse

Wie niemand auf mich hören wollte, warum das Ausland uns nicht hilft, und wieso die Diskutierende Klasse keinen Schimmer hatte / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Hättest Du geschwiegen, wärest Du ein Weiser geblieben!“ Tja, haste aber nicht. Was habe ich die politische Elite unseres Landes doch überschätzt vergangene Woche, als ich mich noch in der Gewissheit sonnte, dass sich schon kein Wichtiger zu Sarrazin äußern würde. Die Druckerschwärze war noch nicht trocken, da tobten sie los. Vom muslimischen Vereinsheini, dessen Namen wir noch nie gehört hatten, bis zur Bundeskanzlerin drückten alle den ranzigen Senf aus der prallvollen Tube ihrer Plattitüden.

„Zirkus Sarrazini“ nannte ein Witzbold diese Aufführung. Das Bild passt: Dompteur Sarrazin sagte „Hopp!“ und alle führten ihre Nummer auf. Na ja, nicht alle. Einige verpassten den Einsatz. Sowas passiert den erfahrensten Dressuraffen. Ein gnädiger Dompteur weiß das und gibt den Pennern der Manege eine zweite Chance. Also schob Sarrazin das Stichwort „Juden-Gen“ hinterher. Jetzt wurde selbst Guido Westerwelle wach und machte ein Geräusch. Den hatten wir schon vermisst, wo er doch nie abseits stehen mag, wenn es etwas Dummes zu sagen gibt.

Allerdings: Wer „Jude“ und „Gen“ in einen einzigen Satz packt, der betritt eindeutig die verbotene Zone. Noch dazu, wenn er sich auf eine wissenschaftliche Arbeit stützt, die er nicht ganz richtig verstanden hat, wie Sarrazin selbst einräumen musste. Alle hofften, dass er damit endgültig den Selbstzerstörungsknopf gedrückt hat und warteten begierig darauf, dass die böse Hexe mit einem lauten Knall zerplatzt.

Tut sie aber nicht – völlig unverständlich! Vor wenigen Jahren noch hätte das wunderbar geklappt. Puff, und der „Nazi“ wäre weg gewesen. Aus jener guten alten Zeit haben die Sarrazin-Feinde ihre überwältigende Sammlung von Empörungsfloskeln herübergerettet. Daher dieses anheimelnde Gefühl, wieder in den 90ern zu sein, wenn sie das Verbal-Gerümpel vor uns ausbreiten. Da umwehen uns sofort süße Erinnerungen an die längst vergangenen Tage, als das Verdikt „Brandstifter“ noch neu war und richtig in die Glieder ging. Heute klingt das wie von einer zerkratzten Vinylplatte. Statt heftiger Hitzewallungen entfährt uns da nur noch ein müdes „Ach ja ...“

Gleiches gilt für den einst so erfolgreichen Schlager „Unser Ansehen im Ausland ist gefährdet“, den sie jetzt wieder spielen. Keiner will dazu tanzen, nicht mal das Ausland. Eine führende Kopenhagener Zeitung ruft stattdessen frech „Ätsch“: Nur weil die Deutschen die Sarrazinschen Wahrheiten vor zehn Jahren nicht hören wollten, müssten sie jetzt diese Debatte ertragen. In Dänemark habe man das alles schon damals durchgesprochen und entsprechend reagiert. Und das übrige Ausland? Na ja, ob die Pariser wirklich die Nasen über Deutschland rümpfen oder doch eher wegen des Qualms, der aus den brennenden Autos ihrer Vorstädte steigt, ist nicht abschließend geklärt. Die Londoner konnten Sarrazins Thesen im Geschrei der islamistischen Hassprediger, die in England ihre Tiraden auf offener Straße verbreiten dürfen, mit Sicherheit gar nicht hören. Und die Holländer, die Geert Wilders' Truppe zur Volksparteigröße hochgewählt haben?

> Alles fügt sich: Die Originalität der Attacken harmoniert perfekt mit ihrer Substanz

Meine Güte, tut der Kanzlerin denn niemand den Gefallen, wegen Sarrazin an Deutschlands Dialogbereitschaft zu zweifeln? Doch, sicher, dafür müsste Merkel aber wohl in Länder fahren, wo der Islam Staatsreligion ist und damit alle anderen als Glaubensrichtungen zweiter Klasse rangieren. Dort ist man bestimmt aufgebracht. Wir wissen nämlich, dass die Menschen in diesen Ländern sehr sensibel sind und leicht gekränkt, wenn man mit ihren religiösen Gefühlen nicht achtsam genug umgeht. So sitzt in Pakistan nach Informationen der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) ein christliches Ehepaar wegen Blasphemie im Gefängnis. Ihm wird vorgeworfen, den Koran ohne vorherige rituelle Waschung berührt zu haben. Ja, so sensibel sind die. Da kann man sich gut vorstellen, wie tief sie die ruppigen Auslassungen von Thilo Sarrazin verletzt haben müssen.

Es nimmt daher kaum Wunder, dass Ayman Mazyek vom Zentralrat der Muslime in Deutschland händeringend nach einer möglichst mächtigen Verdammung suchte und sie auch fand: Sarrazin sei ein „Nazi in Nadelstreifen“. Donnerwetter, der Mann weiß mit Worten umzugehen! Betrachten Sie nur die feine Alliteration: „Nazi–Nadel“. Ja, es fügt sich alles zueinander, die Originalität der Attacken harmoniert perfekt mit ihrer Substanz.

Selbstredend „grenzt Sarrazin ganze Gruppen aus der Gesellschaft aus“ und schürt „weit verbreitete Vorurteile“. Wie verbreitet die sind, können Sie an jeder Ecke beobachten, an der über die Kontroverse gestritten wird. Das heißt – gestritten? Streitet denn einer? Auf verstörende Weise scheint sich das Volk ziemlich einig mit Sarrazin. Und die „Vorurteile“ lesen sich eher wie Zeugenaussagen von Leuten, die nur wiedergeben, was sie seit Jahren in ihrer Umgebung wahrnehmen.

Womit wir bei dem Rätsel wären, wie die „diskutierende Klasse“, die politische zumal, so rettungslos den Kontakt verlieren konnte zur (tatsächlichen) öffentlichen Meinung. Nichts von dem aufgestauten Unmut ist durchgedrungen zu den Gefilden von Angelas Wunderland, wo der immerwährende Integrationsgipfel tagt an einem riesigen Tisch, unter den man selbst die gewaltigsten Probleme fallen lassen kann.

Nach 20 Jahren deutscher Einheit fühlt man sich an Erich Honeckers Tage erinnert. Der war bis zum Schluss felsenfest davon überzeugt, dass die „wärktäätchen Massen“ unerschütterlich hinter ihm stehen im Kampf gegen kleine Nester unverbesserlicher Klassenfeinde. Wenn er durch sein Reich kutschierte, hübschten fleißige Hände die grauen Ortschaften auf, die er passierte, damit der Genosse Generalsekretär einen schönen falschen Eindruck bekomme vom Fortgang des Sozialismus. Häuserfronten wurden frisch gestrichen, Zäune repariert. Und wenn er einen Betrieb besuchte, verlasen ausgesuchte Arbeiter vorgefertigte Oden an den Sieg der guten Sache.

So einen Blödsinn würden unsere Regierenden doch sofort entlarven, den gestanzten Stuss der Schönredner als solchen erkennen, redeten wir uns bislang hochfahrend ein. Schließlich leben wir in einer „offenen Gesellschaft“, in der alles frei gesagt werden kann.

Denkste! Zwischen die „Diskutierende Klasse“ oben und das Volk unten hat sich kaum bemerkt eine dritte Schicht geschoben, die argwöhnisch darüber wacht, dass von unten nichts nach oben durchdringt. Es ist die „Brüllende Klasse“, die stets vor Ort ist, um unbotmäßige Meinungsäußerungen mit Krach und Gewalt zu unterbinden.

Bei Thilo Sarrazins Buchvorstellung war die Brüllende Klasse natürlich zur Stelle. Ein einsamer Mann hielt ein Pappschild hoch, darauf stand „Danke Thilo!“ und die Adresse des akzentuiert islamkritischen Internetforums „pi-news.net“. Etwa 150 Brüllende schritten sofort zur Tat und brüllten und drohten so lange und so heftig, bis der Danksager von der Polizei außer Sichtweite gedrängt wurde: „Nazis raus! Nazis raus!“

Solche Bilder kommen dann ins Fernsehen, womit die Medien die Rolle von Honeckers Pinselschwingern übernehmen. Die Politiker sehen dort: Das Verhältnis von Thilo-Freunden und Thilo-Feinden ist in etwa eins zu 150, also befinden wir uns doch in herzlicher Eintracht mit der „engagierten Öffentlichkeit“ (so nennt sich die Brüllende Klasse in der Eigenwerbung).

Einer der Brüller entrüstete sich übrigens mit den Worten: „Wozu mache ich eigentlich Sozialarbeit?“ Ein interessanter Seufzer, der uns enthüllt, warum von den zahllosen Sozialarbeitern kaum etwas zu hören war über die wahre Lage in den multikulturellen Brennpunkten, wo sie tätig sind: Die haben sogar ihre eigene, ganz persönliche Wahrnehmung brutal niedergebrüllt: „Nazis raus! ... aus meinem Kopf.“

ZITATE

Der mecklenburg-vorpommerische Landtagsabgeordnete ***Mathias Brodkorb*** *(SPD) erklärt im österreichischen „Standard“, warum eine* ***FPÖ in Deutschland*** *keine Chance hätte:*

„Laut Umfrage wären hier 15 bis 20 Prozent der Leute bereit, eine solche Partei zu wählen. Aber dennoch kreuzen die Menschen so eine Partei nicht an. Wahrscheinlich weil es in Deutschland ein öffentliches Klima gibt, das eine solche Partei in die Nähe von Nazis stellt. Es gibt da eine Art Selbstkontrolle ... Denn wenn die CDU objektiv nach links rückt und die NPD weiter ganz rechts außen steht, ist da eine Lücke, die in vielen anderen europäischen Ländern gefüllt worden ist, nur bei uns nicht.“

Der frühere BDI-Chef ***Hans-Olaf Henkel*** *fordert in „Focus-online“ eine faire Auseinandersetzung mit den Thesen von* ***Thilo Sarrazin****:*

„Das Nichtdiskutieren über gesellschaftliche Probleme hat uns noch nie weitergebracht. Aus meiner Zeit als Präsident der Leibniz-Gemeinschaft ist mir noch in Erinnerung, dass inzwischen selbst Wissenschaftler sich nicht mehr frei fühlen, solche Schulvergleichsstudien zu veröffentlichen, die zu ähnlichen Ergebnissen wie die führen, die von Sarrazin erwähnt werden. Das Unter-den-Teppich-Kehren führt nur dazu, dass irgendwann die Sache explodiert.“

Ernst Elitz*, Gründungsintendant des Deutschlandradios, meint dazu in der „Bild“-Zeitung vom 31. August:*

„Der dümmste Vorwurf gegen ihn lautet: Er sagt nichts Neues, alles schon bekannt. So bekennt die Politik ihr Versagen.“

Genetisches Risiko

Wenn's um Herkunft ging, sprach gerne
einst gehoben man vom Blut,
heut' sind schlicht im Zellenkerne
Gene für dergleichen gut.

Über diese werden alle
in der Schule schon belehrt –
was sich nicht in jedem Falle
dann auch als Gewinn bewährt.

Denn wie ist's nun mit den Genen,
gibt's die oder gibt's die nicht?
Wer kann locker sie erwähnen,
wann ist Gen-Verschweigen Pflicht?

Gene und die Theoreme,
die nicht jedermann versteht,
bringen nämlich leicht Probleme,
wenn's um manche Gene geht!

Diese darf man zwar beweisen
in New York und Tel Aviv
doch das Spiel mit heißem Eisen
läuft für andre sichtlich schief.

Umgekehrt ließ wer behende
forschen, wie's mit Hitler war,
und er schloß dabei am Ende
auch auf solche Gene gar!

Kürzlich erst war das zu lesen,
grad im Sommerloch zudem,
der Verfasser dieser Thesen
kriegte aber kein Problem.

Nun, ob diese oder jene,
offenbar ist irgendwie
das Gerede über Gene
eine Art von Lotterie ...

Pannonicus